

# Leipziger Volkszeitung

### Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Volksehrwürdigen Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. beiderlich bestimmte Blatt

**Bezugspreis mit Austr. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einchl. Bringerlohn 2.- für Selbstabholer 1.90 Mt. - Durch die Post bezogen 2.- Mt. ohne Beklebung Telefon Sammelnummer 72208**  
**Verkaufsstelle: Leipziger Buchdruckerei H. G., Leipzig Nr. 534 77**

**Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21**  
**Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig**  
**Telephon 72208. - Verlag in Leipzig,**  
**Tauchaer Straße 19/21 - Telephon 72208**

**Insertionspreise: Die 10erzeile, Kolonelle 35 Pfg., bei Wapportchrift 40 Pfg.**  
**Stellenangebote 10 gelb. Kolonelle 25 Pfg. Familienanzeigen von Privaten**  
**die 10erzeile, Kolonelle mit 50% Nachl. Reklamezeile 2 Mt. Insetrate v. ausw.:**  
**die 10erzeile, Kolonelle 40 Pfg. bei Wapportchrift 50 Pfg., Reklamezeile 2.25 Mt**

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. - Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, urfere Zweigstellen und alle Postanstalten entgegen

## Keine Entspannung in der Mandchurei

### Schiedspruch der USA? Litwinow hofft auf Amerika

SPD London, 16. Juli.

Die amerikanische Presse meldet aus Moskau, daß Litwinow für den Fall einer negativen Antwort der chinesischen Regierung auf die russische Note die Absicht habe, Amerika um einen Schiedspruch in dem russisch-chinesischen Streit über die Ostchinesische Eisenbahn zu bitten. Angeblich beabsichtigt Litwinow, sich bei diesem Schritt darauf zu stützen, daß die Regierung der Vereinigten Staaten Rußland seinerzeit warmherzig eingeladen habe, den Kellogg-Pakt zu unterzeichnen.  
Die amerikanische Presse weiß ferner zu berichten, daß die Note an China zu einem heftigen Konflikt zwischen Litwinow und Karahan geführt hat. Litwinow soll der Auffassung sein, daß Rußland durch den Kellogg-Pakt gebunden sei und das dreitägige Ultimatum an China daher einen Klaff bedeute.

Nach Nachrichten, die japanische Reisende aus Mandchurien mitgebracht haben, sind Truppenbewegungen und Militärzüge auf jedem Bahnhof östlich von Karmitschaja, dem Vereinigungspunkt der ostchinesischen und der Amur-Eisenbahn, zu bemerken.

### Zwischenantwort Chinas

WZ Moskau, 15. Juli.

Nach einem vom Außenkommissariat veröffentlichten Kommuniqué hat heute der chinesische Geschäftsträger in Moskau, Sia Wei Sung, dem Volkskommissar Karahan eine Note überreicht, in der er mitteilt, daß die Uebersetzung der Sowjetnote ins Chinesische erst in der Nacht des 14. Juli vollendet und das Telegramm erst Montag, 13.30 Uhr, ausgegeben worden sei. Da er ohne Instruktionen seitens des Nanking-Ministeriums des Außeren und ohne direkte Verbindung mit der Moskauer Regierung sei, ersuchte Sia Wei Sung das Ministerium, die Sowjetnote telegraphisch nach Nanking zu übermitteln.

### Ein Sowjetbevollmächtigter unterwegs

WZ London, 15. Juli.

Aus Schanghai wird auf Grund eines amtlichen chinesischen Telegramms aus Chargin gemeldet, daß Moskau den dortigen Behörden wissen ließ, daß ein Bevollmächtigter unterwegs sei, um alle Streitfragen mit den chinesischen Behörden zu erledigen. Man sieht in China in der Entsendung dieses Sonderbevollmächtigten einen Hinweis dafür, daß auch jetzt noch günstige Aussichten für eine friedliche Lösung der Schwierigkeiten bestehen.

### Weiterer Zwischenfall

WZ Moskau, 15. Juli.

Nach hier vorliegenden Mitteilungen erschien heute chinesische Polizei in Begleitung eines diplomatischen Kommissars auf dem Sowjetkonsulat der Ostchina-Bahnstation Pogranitschnaja und erklärte, sie wolle die drucklose Sendeanlage untersuchen. Tatsächlich jedoch plante die Polizei eine Hausdurchsuchung. Nachdem ihr der Zutritt zum Konsulat verweigert worden war, entfernte sich die Polizei. Kurz darauf umzingelten Polizeibeamte das Sowjetkonsulat und versuchten vergebens, den Zutritt zu erzwingen. Einige Zeit später erschien die Polizei auf der Postwache, entfernte sich jedoch, ohne eine Hausdurchsuchung vorzunehmen.

### Rußlands Vergeltungsmaßnahmen

WZ Kowno, 15. Juli.

Wie aus Kowno gemeldet wird, verlautet von unterrichteter Seite, daß die letzte russische Note an die chinesische Regierung im Gegenzug zu den Auslegungen der europäischen Presse keine militärische Drohung enthalte. Die Sowjetregierung wolle vielmehr im Falle des Nichtzustandekommens einer friedlichen Lösung den chinesischen Geschäftsträger aus der Sowjetunion ausweisen, die chinesisch-russische Grenze an den Stationen Pogranitschnaja und Mandchuria sperren und den wirtschaftlichen Boykott über chinesische Waren verhängen. Ferner wird die Sowjetregierung die Nanking-Regierung nicht als die chinesische Zentralregierung anerkennen.

### Echo des Mandchurei-Konflikts

#### Demonstrationen vor dem Berliner Konsulat

SPD Berlin, 16. Juli.

Am Montagabend versammelten sich auf Veranlassung der kommunistischen Partei vor dem Hause des Berliner Chinesischen Konsulats in der Beuthstraße etwa 150 Arbeiter, um gegen die Vorgänge in der Mandchurei zu protestieren. Man hörte Rufe, wie: „Nieder mit den Nanking-Kriegsbegehren“, „Nieder mit den Arbeitermördern der Kuomintang“, „Schützt und verteidigt die Sowjetunion“. Gegen die Fenster des Konsulatsgebäudes wurden Steine geworfen. Die Polizei war schließlich gezwungen, einzuschreiten.

Heute abend sollen neue „Massendemonstrationen“ gegen den räuberischen Ueberfall auf die Sowjetunion in ganz Berlin stattfinden.

## „Rahenjammer ohne Rausch“

### Der Kampf um die Lastenverteilung

Auf dem Magdeburger Parteitag prägte der Chefredakteur des Vorwärts, Genosse Stampfer, das Wort von dem Rahenjammer ohne vorhergegangenen Rausch. Es bezog sich auf die Koalitionspolitik, die seit Jahresfrist im Reich getrieben wird. Der „Rahenjammer“ hat sich inzwischen keineswegs verflüchtigt. Vielmehr beginnt nun auch der Vorwärts einzusehen, welche Gefahren die Koalitionspolitik für die Zukunft bringen muß. Ein bemerkenswertes Zeichen für diese Erkenntnis ist ein Aufsatz, den der Vorwärts in seiner Sonntagsnummer brachte, und den wir hier — von der Kürzung einiger nebenhässlicher Sätze abgesehen — wörtlich wiedergeben. Die Redaktion.

Die Konferenz der Regierungen wird sich bis Ende August hinziehen, fast unmittelbar im Anschluß daran wird die Tagung des Völkerbundes in Genf beginnen. Der Plan, in einer Spätsommertagung des Reichstags die letzte Entscheidung über den Young-Plan vorzunehmen, wird sich angesichts dieser Dispositionen schwerlich durchführen lassen.

Die entscheidenden innerpolitischen Fragen, die mehr oder minder mit dem Young-Plan verknüpft sind — Lastenverteilung, Reform der Arbeitslosenversicherung — treten immer schärfer hervor, die entscheidenden Gegensätze beginnen sich abzuzeichnen. Sie werden im wesentlichen die politische Auseinandersetzung im Herbst bestimmen — nicht das agitatorische Geklämme des Hugenberg-Blocks, so wild er sich auch gebärdet.

Die Wiederholung jener schmutzigen und innerlich verlogenen Hege der sogenannten „nationalen Opposition“, die wir aus der Zeit vor der Verabschiedung der Dawes-Gesetze zur Genüge kennen, hat bereits begonnen — sie wird wahrscheinlich diesmal noch widerwärtigere Formen annehmen als damals, da kein Republikstuhlgeläch mehr diese Leute in der Offenbarung ihrer niedrigen Gesinnung hemmt.

Die deutschnationale Hege von 1925 hat indes die Deutsche Volkspartei nicht gehindert, sich alsbald mit den Deutschnationalen zur Durchsetzung reaktionärer Maßnahmen im Innern zu verbünden, und das Geklämme des Hugenberg-Blocks von heute hindert nicht, daß das Anlehnungsbedürfnis wichtiger Teile der Deutschen Volkspartei an die Deutschnationalen für den Kampf um die innerpolitischen Probleme immer deutlicher hervortritt.

Angesichts der Vorgänge der letzten Zeit drängt sich der Vergleich mit 1925 immer stärker auf. Die Dawes-Gesetze waren ohne die Sozialdemokratie nicht zu verabschieden. Annahme und Durchführung der Dawes-Gesetze erfolgte in zwei getrennten Phasen: Vollzug der notwendigen außenpolitischen Entscheidung, Vollzug der Entscheidung über die Lastenverteilung. Annahme des Dawes-Planes mit der Sozialdemokratie, Lastenverteilung mit den Deutschnationalen gegen die Sozialdemokratie.

Es herrscht kein Zweifel darüber, daß in den Kreisen der Industrie und in den Reihen der Deutschen Volkspartei darauf hingearbeitet wird, das Spiel von 1925 zu wiederholen. Die Deutsche Volkspartei fluezt zum mindesten, was Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik anbelangt, den Kurs Hugenbergs — eine Tatsache, die auch im Organ der christlichen Gewerkschaften mit Besorgnis um das Schicksal der bürgerlichen Mitte nachdrücklich unterstrichen wird. In der Finanzpolitik zieht die Volkspartei unter dem Druck der Industrie darauf ab, die Erleichterung der Reparationslast ausschließlich der sogenannten „Wirtschaft“ zugute kommen zu lassen — nicht der Volkswirtschaft, sondern der Gruppe der Großunternehmer innerhalb der Wirtschaft, mit brutaler Hintanhaltung der Interessen der breiten Volksmassen. Wenn sie Finanzreform sagt, so geht sie nicht aus von den Erfordernissen des Staates und zielt nicht auf finanzielle Kräftigung des Staates ab, sondern sie vertritt jene verhängnisvolle Finanzauswühlungspolitik, die die Schwierigkeiten der gegenwärtigen Stagslage hervorgerufen hat, ohne die wirtschaftliche Konjunktur im mindesten zum Besseren zu beeinflussen. Für eine derartige Finanzreform wirkt neben der Volkspartei der Hansabund, der prominente Vertreter in den Reihen der Demokratischen Partei sitzen hat.

Der Kampf um die Lastenverteilung wird sich nicht auf die Entlastung bei den Reparationszahlungen beschränken. Die Volkspartei hat am Schluß der letzten Sitzungsperiode des Reichstags ein Programm der Senkung der öffentlichen Ausgaben aufgestellt, das sich vornehmlich gegen die Sozialpolitik richtet. Der Kampf um die Lastenverteilung wird demnach im großen Stile ein Kampf um die Lebensverhältnisse der Klassen werden. Der Angriff der Unternehmer gegen die Arbeitslosenversicherung richtet sich nicht nur gegen die Erwerbslosen von heute und morgen, er gilt allen Arbeitenden, er soll die Position der Arbeiterschaft und ihrer Gewerkschaften in den Auseinandersetzungen um Lohnhöhe und Lebenshaltung schwächen.

Aus den Kreisen der sogenannten „Wirtschaft“ heraus wird systematische Vorbereitungsarbeit für einen möglichen

### Streit um die Kontrollkommission

#### Angriffe gegen Painlevé

SPD Paris, 16. Juli.

Die französische Rechtspresse zeigt sich heute höchst entrüstet darüber, daß es Kriegsminister Painlevé wagen konnte, in einem einem englischen Blatt gemährten Interview den Wert der von Frankreich immer noch harinädig geforderten Kontrollkommission in der entmilitarisierten Rheinlandzone zu bezweifeln. Namentlich Bertinaz vom Echo de Paris wirft sich als Wortführer des patriotischen Jurnes auf. Er erklärt es als unzulässig, daß Painlevé die französische Position schwäche. Den ganzen Winter über habe der Quai d'Orsay an der Festigung eines Projekts über diese Kontrollkommission gearbeitet und es sei ihm sogar gelungen, auch den englischen Außenminister Chamberlain zur Ausarbeitung einer ähnlichen Denkschrift zu veranlassen. Wenn diese englische Denkschrift nun von der Arbeiterregierung in den Papierkorb geworfen worden sei, so sei das noch kein Grund dafür, daß Painlevé, der schon die französische Armee desorganisiert habe, auch das französische Projekt torpediere.

Aber wichtiger als alle Jurnesaussprüche der Rechten ist die Tatsache, daß das Painlevé-Interview zum Ausgangspunkt einer öffentlichen Debatte über die Frage zu werden scheint, ob man wirklich an einer Kontrollkommission festhalten soll oder nicht. Die radikale Ede Nouvelle läßt heute durchblicken, daß Frankreich vielleicht doch besser verzichte, denn es handle sich darum, die provinzielle Ordnung in Europa durch eine endgültige bessere Ordnung zu ersetzen. In dieser neuen Ordnung müßten alle üblen Erinnerungen an den Krieg verschwinden und alle Spuren der kostspieligen und gefährlichen Militärparaden am Rhein verwischt werden.

### Steuerfreiheit der Verfassungsfeiern

In einer Verordnung des Reichsfinanzministeriums wird bestimmt, daß Veranstaltungen, die am 11. August aus Anlaß und zu Ehren des Verfassungstages unternommen werden, dauernd von der Vergünstigungssteuer befreit bleiben.

### Henderson und Sowjetregierung

SPD London, 15. Juli.

Außenminister Henderson teilte im Unterhaus mit, daß die Sowjetregierung hinsichtlich der Wiederaufnahme der Beziehungen zu England bisher in London keine Schritte unternommen hätte. Die britische Regierung habe die russische Regierung inzwischen jedoch durch Vermittlung der norwegischen Regierung bitten lassen, einen Vertreter nach London zu schicken, der mit der britischen Regierung die besten Methoden für eine Regelung der noch vor Aufnahme der normalen Beziehungen zu erledigenden Fragen besprechen soll.

### Hans Delbrück gestorben

WZ Berlin, 15. Juli.

Der bekannte Historiker Professor Hans Delbrück ist im Alter von 81 Jahren plötzlich gestorben.

Prof. Hans Delbrück wurde am 11. November 1848 in Bergen auf Rügen geboren. Er studierte Geschichte in Heidelberg, Greifswald und Bonn und nahm als Referendarius am Feldzug 1870/71 teil. Im Jahre 1873 promovierte er zum Doktor der Philosophie und widmete sich dann insbesondere dem Studium der Kriegsgeschichte. In Berlin habilitierte er sich im Jahre 1881, wurde 1885 außerordentlicher Professor und 1898 als Nachfolger des großen Historikers Treitschke ordentlicher Professor der Geschichte. Er leitete gleichzeitig lange Jahre die Preussischen Jahrbücher und war auch als preussischer Landtags- und Reichstagsabgeordneter tätig. Von seinen zahlreichen Schriften, in der Mehrzahl Kriegswissenschaftlichen Inhalts, sind besonders zu erwähnen eine umfassende Geschichte der Kriegskunst, „Geist und Masse in der Geschichte“, „Krieg und Politik“, „Weltgeschichte“, „Bismarcks Erbe“. Nach dem Kriege war Professor Delbrück Gutachter des parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Klärung der Ursachen der deutschen Niederlage im Weltkrieg und Mitglied der historischen Kommission für das Reichsarchiv.

A-Lesehalle

# Klara Zetkin über die SPD

## „Ein quatschiges Sammelsurium“

SPD. Die Enthüllungen über die geheimen Rundschreiben der kommunistischen Zentrale, die den Hinauswurf von Klara Zetkin vorbereiten sollten, sind den führenden Kommunisten sehr peinlich gewesen. Sie haben mit einem Dementi geantwortet, das dem früheren Reichswehrminister Gehler Ehre gemacht hätte, und haben sich von Klara Zetkin selbst einen Brief schreiben lassen, der vorzüglich um den Kern der Dinge herumgeht.

Zudem ist damit die Tatsache nicht aus der Welt geschafft, daß der Ausschluß vorbereitet wird. Die Differenzen sind erheblich und nicht erst heute. Wir veröffentlichen im folgenden einen Brief, den Klara Zetkin am 4. April 1928 aus Moskau an Wilhelm Pieck schrieb:

Lieber Wilhelm! Dir, dem allen vertrauten und erprobten Freund, muß ich mein Herz voller Sorge und Kummer über die „neue Etappe“ der Parteientwicklung aussprechen, die wieder einmal ganz schematisch unter der Leitung stehen soll: Gegen die „Rechten“, die „Brandlerianer“. Die Besprechungen zwischen der deutschen und russischen Delegation waren ein wohl vorbereiteter Heberfall, nichts als eine Kulisse für ein und fertige Abmachung.

Die gefasste Resolution wird die verhängnisvollsten Wirkungen haben und hat bereits begonnen, sie zu zeitigen. Sie revidiert die Linie des 6. Parteitag und des 6. Parteitag und wirft die innerparteiliche Entwicklung in die Ära Fischer-Maslow-Scholem zurück, und das in einer Situation, die von größter Günstigkeit für die Partei ist, vorausgesetzt, daß die Führung sie wahrzunehmen versteht und dabei von dem Vertrauen der Mitglieder getragen wird. Das ist nicht der Fall, solange sie eine kleine, unklare, unfähige Elitenwirtschaft bedeutet und nicht eine feste, einheitliche Konzentration der besten Kräfte.

Ich habe nicht jedes Wort, das Brandier, Jakob, Köhler in der „Internationale“ geschrieben, für der politischen Weisheit letzten Schluß, aber gemessen an dem kläglichsten Geschicksel des Offizierslunus dagegen ist es ernsthaft und verdient ernsthaft Diskussion. Zeit, angefangen der beginnenden Wahlkampagne, macht sich der Mangel eines guten Aktionsprogramms recht fühlbar, an dem sich die Wahlkampflosungen orientieren könnten.

Der Entwurf des Politbureaus war ein quatschiges Sammelsurium, kein brauchbares Programm.

Die Kandidatenliste für Reichstag und Preussischen Landtag ist ein Standal. Gegen Löbe ausgerechnet Gefährte, der sich noch nie auf einem Posten bewährt hat. Teddy sagte mir, daß er auch für die Arbeit unter den Frauen verlagert habe, so daß man ihn beiseite schieben mußte. Für Koss, Herta Geffke, Käthe Duncker kein Mandat, aber für die Lena Overlach, die verlorpörrte Unwissenheit, Unschulung und Intrige. (Es folgen dann einige weniger wichtige Sätze über die Unwissenheit der ichigen Reichstagsabgeordneten Dersch-Singer.)

Uch, lieber Wilhelm, es ist schwer, nicht bitter zu werden. Doch zurück zu dem Sammel des Abkommens. Wo bleibt die K (Kommunistische Internationale, die Red.), ihre organisatorische Einheitlichkeit und etliches mehr, wenn wichtige Fragen nicht vom Plenum diskutiert und beschlossen, sondern

„abergelkt“ werden durch Abkommen zwischen einzelnen Parteien?

Solche Abmachungen können keine bindende Kraft beanspruchen. Ich würde es als eine Beschmutzung meiner Lebensaufgabe betrachten, wenn irgendwer annehmen könnte, ich sei mit dem Beschluß einverstanden und werde ihn. Du weißt, wie zurückhaltend ich bis jetzt gewesen bin, jedoch zu dem Abkommen schweigen, wäre ein Verbrechen gegen die Partei. Daher meine Dir bekannte Erklärung. Ich lege Dir eine Abschrift bei und bitte Dich, durch Feststellung meiner Auffassung, gegen die du ja polemisieren kannst, mich gegen den Verzicht zu schützen, als ob ich mit dem Beschluß einverstanden sei. Ich habe die Absicht, vor den Wahlen zur Agitation herüberzutreten. Aber was aus meinem heißen Wunsch wird, weiß ich noch nicht.

Lieber Wilhelm, ich drücke dir in treuer Freundschaft die Hand. Klara.

Wilhelm Pieck, damals noch in Opposition gegen den neuen Kurs, ist inzwischen vor der Drohung der Kastellung mit nachfolgendem Hinauswurf zu Kreuze gekommen.

Klara Zetkin scheint auf dem besten Wege zu sein, vor der gleichen Drohung zu verzeihen, was sie bisher temperamentvoll vertreten hat — wie sie bei früheren Gelegenheiten immer mehr die Partei der Vorsichtigkeit als die der aktiven Solidarität ergriffen hat.

Kurswechsel in der inneren Politik geleistet. Die Organisationen der Industrie und des Handels vertreten in Kundgebungen, in denen Enghart sagt, daß die „weißblutende Wirtschaft“ die öffentlichen Lasten nicht mehr tragen könne. Die Front gegen die Sozialdemokratie wird immer stärker herausgearbeitet. Es kommt dabei auf politische Ehrlichkeit nicht an. Es mag als ein Symptom gewertet werden, daß die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, das von Handels- und Schiffsahrtstreifen unterhaltene Organ, die Höhe des Etats für 1929 wie die Schwierigkeiten der Kassensituation des Reiches als eine Folge der Finanzpolitik eines sozialdemokratischen Finanzministers bezeichnete — abgesehen die Höhe des Etats, wie die Schwierigkeiten der Deckung, wie der Kassensituation bereits Anfang 1928 in vollem Ausmaß erkennbar waren — noch unter der Regierung des Bürgerblocks und als Folge seiner letzten Manöver.

Das ist eben der Sach, mit dem die sogenannte „Wirtschaft“ kreben geht, im Inland wie im Ausland, um Stimmung für eine Verdrängung der Sozialdemokratie aus der Regierung und für eine Rechtswendung der deutschen Politik zu machen. Es ist der Appell an die Solidarität des Volkes in der ganzen Welt gegen die Vertretung der Arbeiterinteressen.

In dieser Front operiert Herr Enghart. Er hat als Sachverständiger in Paris mit der Anregung des Auslandes zur Einmischung in innerdeutsche Verhältnisse begonnen. Auf Wunsch der deutschen Sachverständigen ist der folgende Sach über die Industrieobligationen in den Sachverständigenbericht aufgenommen worden:

„Diese Sonderbelastung unterscheidet sich, abgesehen von den Umständen, die sie in der Gesetzgebung mit sich bringt, und der Erhebungsart, in keiner Weise von der gewöhnlichen Besteuerung. Wir empfehlen, daß sie beseitigt und daß bei der Verteilung der steuerlichen Erleichterungen, zu deren Durchführung unser Plan die deutsche Regierung instand setzen wird, die Aufhebung berücksichtigt wird.“

Von diesem Sach, der eine unzulässige Einmischung der Sachverständigen in das innerpolitische Problem der Lastenverteilung darstellt bis zu der angekündigten These Parker Gilberts, daß eine von einem Sozialdemokraten geführte deutsche Finanzpolitik keine Garantie für die Erfüllung der Leistungen aus dem Young-Plan biete, geht eine gerade Linie.

Herr Enghart hat in seiner Münchener Rede seine politische Stellung eingenommen. Seine unrichtigen Angriffe gegen den Führer der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wie gegen die Sozialdemokratie zeigen ihn in den Reihen derer, die dem Gedanken einer Wiederholung des Spieles von 1925 nachgehen.

Dieser Gedanke wird — trotz Hugenberg-Volksbegehren gegen den Young-Plan — in der deutschnationalen Presse aufgenommen. Er erfährt in den deutschnationalen „Hamburger Nachrichten“ die folgende Zuspitzung:

„Wenn die Linke nicht bereit ist, ihrer Gefolgschaft die ungeheuren Lasten zuzumuten, dann müßte sie zu einer Ablehnung des Sachverständigenplanes kommen. Denn darüber wird sie sich doch wohl keinem Zweifel hingeben, daß der Versuch, neben den Reparationslasten auch noch die inneren Lasten der Wirtschaft aufzubürden, dagegen gewisse Schichten von den Lasten freizuhalten, mit einem entsetzlichen Risiko nicht nur der reparationspolitischen Verständigungspolitik, sondern auch unserer gesamten Wirtschaft enden muß.“

Die Sozialdemokratie — das ist der Sinn der Worte — soll den Young-Plan gegen das deutschnationalen Agitationsgeschrei durchsetzen, die Deutschnationalen wollen dann die Lasten „der Gefolgschaft der Linken“, will sagen der deutschen Arbeiterklasse aufzulegen — wozu natürlich Bundesgenossen gehören. Wir sind uns nicht im Zweifel darüber, daß die Solidarität des Volkes zur Abwälzung der Last sehr stark ist — in Deutschland und über Deutschland hinaus. Es wäre indessen ein sehr gewagtes Spiel, wenn der Versuch gemacht werden sollte, im Anschluß an die Verabschiedung der Young-Gesetze diese Solidarität gegen die Arbeiterklasse wirksam werden zu lassen, ein Spiel, dessen Kosten materiell die Arbeiterklasse, politisch aber die bürgerliche Mitte zu bezahlen hätte!

Es würde nicht ohne ernsthaft politische Auswirkung bleiben, wenn die deutsche Arbeiterklasse für den endgültigen Frieden und die Freiheit des deutschen Volkes allein bezahlen müßte, während der Rest nur den Nutzen davon haben sollte — durch eine plutokratische Politik mit Hilfe der bürgerlichen Mitte!

Die wichtigen innerpolitischen Fragen, die in diesem Herbst entschieden werden müssen, sind für die deutsche Sozialdemokratie nicht von minderer Rangordnung, als die großen Fragen der endgültigen Reparationsregelung und der Räumung. Die Frage der Reform der Arbeitslosenversicherung wird sehr bald gestellt werden. Die Beratungen der Sachverständigenkommission sollen Ende Juli abgeschlossen sein, und die politische Stellungnahme der Parteien wird sehr bald nach der Veröffentlichung der Beschlüsse sichtbar werden. Sie wird von symptomatischem Wert für die kommenden Auseinandersetzungen um die Lastenverteilung sein. Die Entscheidung der Parteien über dieses Problem wird sehr schwer ins Gewicht fallen für den künftigen Bestand der ichigen Regierungskoalition!

## Scharfer Schuß auf die Wohnung des Genossen Künstler

Auf die Wohnung des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten und Wehrreferenten Künstler, am Weganduser, wurde in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag von der gegenüberliegenden Seite des Ufers aus, ein scharfer Schuß abgegeben. Die Kugel schlug etwa 50 Zentimeter neben einem Fenster der Wohnung Künstlers ein. Der Abend bemerkt dazu, es sei hier um so schwerer, an einen bloßen Zufall zu glauben, als Künstler in der letzten Zeit wiederholt anonyme Drohbriefe von Kommunisten erhalten habe.

## Fememörder freigelassen

SPD Schwerin, 15. Juli. Die erste Tat der Mecklenburgischen Rechtsregierung liegt jetzt vor. Am Montag sind auf Anordnung des Ministeriums unter dem Druck der Nationalsozialisten 5 Fememörder auf freien Fuß gesetzt worden. Es sind: o. D. Schäfer, der Maurer Klotz, der Landwirt Lichta, der Schuhmacher Kalla und der Feldschußbeamte Boldt, die wegen eines Fememordes zum Tode bzw. zu mehrjährigen Zuchthausstrafen verurteilt worden waren. Die zum Tode verurteilten Mörder wurden seinerzeit durch das mecklenburgische Justizministerium zu Zuchthausstrafen begnadigt. Im Jahre 1928 wurden die Zuchthausstrafen durch die Reichsammesse in Gefängnisstrafen umgewandelt.

## Massenanziehungskraft der SPD

### Ein Zentrums-Stadtorbnehmer überbetreten

SPD Trier, 15. Juli. Der Stadtorbnehmer der Zentrumspartei, Felten, ein Vertreter der katholischen Arbeiterklasse, ist zur Sozialdemokratie übergetreten. Felten begründet seinen Schritt in einem Schreiben, dem wir folgendes entnehmen:

„Ich habe mich nach reiflicher Ueberlegung entschlossen, aus der Zentrumspartei auszutreten und mich Ihrer Partei anzuschließen. Seit Jahren bin ich politisch in der Zentrumspartei und gewerkschaftlich in den christlichen Gewerkschaften aktiv tätig gewesen. Ich darf annehmen, daß ich nur durch diese Aktivität von der Zentrumspartei als Stadtorbnehmer aufgestellt und gewählt wurde. Aus meiner Erfahrung stelle ich fest, daß die Zentrumspartei mit ihren Interessengegenständen, den Erfordernissen der Arbeiterklasse nicht gerecht wird. Bisher haben mich religiöse Bedenken von diesem entscheidenden Schritt zurückgehalten. Diese Bedenken sind nunmehr nach Abschluß des Konfords in Preußen gefallen. In der Zentrumspartei und in den ihr nahestehenden christlichen Gewerkschaften wurde immer die Religionseindlichkeit der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften betont. Aber wer wird an diese Behauptung heute noch glauben, nachdem die SPD als stärkste Partei im Preussischen Landtag einstimmig für die Annahme des Konfords gestimmt hat. Insbesondere darf ich feststellen, daß die Kommunalpolitik der Trierer Stadtorbnehmerfraktion des Zentrums mich sowie die von mir vertretenen Wähler nicht befriedigen konnte. Ganz allgemein steht fest, daß von 20 Stadtorbnehmern des Zentrums nur drei Arbeitnehmer-Stadtorbnehmer sind, die, falls sie wirklich ernste Arbeit leisten wollten, bei jeder Gelegenheit in den Hintergrund gedrängt werden. Ich darf hierbei gleichzeitig feststellen, daß auch viele meiner Kollegen aus Anzuehnlichkeit entweder in das sozialdemokratische Lager abgewandert oder indifferent geworden sind. Diese Entwicklung hat auch in mir den Entschluß reifen lassen, mit meinem Mandat zu Ihrer sozialdemokratischen Stadtorbnehmerfraktion überzutreten.“

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Bezirk Breslau, hat in der Zeit vom 27. April bis 12. Mai 1928 eine Werbewoche durchgeführt. Das Ergebnis war 558 weibliche und 1268 männliche Mitglieder, insgesamt also 1827 neue Mitglieder. Dieses glänzende Ergebnis wurde erzielt dank der hingebenden Mitwirkung der dortigen Genossinnen und Genossen.

## Die Attraktion.



Hugenberg: „Etwas verstaubt ist diese Schaufensterpuppe zwar schon, aber, Gott, — für meine Kundschaft...!“

## Spionage-Niecherei des Reichsgerichts

### Ein SPD-Blatt unter Anklage gestellt

Das Hannoveraner Kommunistenblatt, die Neue Arb.-Ztg., ist unter Anklage der verbotenen Spionage gestellt worden. Das Blatt hatte ebenso wie andere kommunistische Zeitungen die Arbeiter-Berichterstatter aufgefordert, ausführlich über die Frage zu berichten, welche Beiträge für den kommenden Krieg arbeiten und welche in einem Krieg schnell umgestellt werden könnten. Der Reichsanwalt hat nun, wie die Neue Arbeiterzeitung mittels, gegen das Blatt ein Verfahren wegen verbotener Spionage eingeleitet und den verantwortlichen Redakteur Willi Bohn als Angeklagten durch den Untersuchungsrichter beim Amtsgericht Hannover vernommen. In der obigen Frage wird der Versuch gesehen, Material über geheime Maßnahmen zu erhalten und dieses gegen das Reich im Interesse einer ausüblichen Macht zu verwerfen.

## Schwere Zwischenfälle bei einem Kinderfest

TU Ragnit (Ostpreußen), 15. Juli.

Am Sonntag feierte der hiesige Landarbeiterverband im Schützenhause sein Sommer- und Kinderfest. Im Verlauf des Festes kam es zu Streitigkeiten zwischen Anhängern der Sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei innerhalb des Verbandes, die in Tätlichkeiten ausarteten. An dem Kampfe waren etwa 200 Personen, darunter zahlreiche Frauen, beteiligt. Der Wirt erbat telefonisch polizeiliche Hilfe. Zehn Ragniter Schutzpolizeibeamte wollten Ruhe stiften, die Kämpfenden räumten jedoch das Schützenhaus nicht. Von Tisfit wurde daher weiterer polizeilicher Schutz erbeten. Es erschien ein Ueberfallkommando, das die Streitenden zu trennen und das Lokal zu räumen versuchte. Mehrere Arbeiter und Polizeibeamte wurden erheblich verletzt. Schließlich gelang es der Polizei, das vollständig zerstörte Lokal zu räumen. Auf der Straße sahen sich die Tätlichkeiten fort und erst um 2,30 Uhr morgens war die Ruhe wieder hergestellt.

## Dynamitheke der Landbündler

SPD Berlin, 16. Juli.

Die bisher in Schleswig-Holstein geübte Dynamitheke soll nach dem Wunsch der ostelbischen Agrarier in Zukunft auch auf Pommern ausgebeht werden. Dieser Tage fand, nach einer Meldung des Stettiner Volksboten, in Stralsund eine Landwirteversammlung statt, zu der sich die pommerischen Landbündler Redner aus Schleswig-Holstein verschieben hatten. In erster Linie hatte man sich den Adelsführer der schleswig-holsteinischen randalierenden Bauern bestellt. Der Vorsitzende der Stralsunder Versammlung, ein Major Hillenbrand-Wulfen, betonte ausdrücklich, daß es der Zweck dieser Rundgebung sei, Bundesgenossen zu werden für das, was von Holstein aus als unmittelbare Bewegung ins Werk gesetzt worden sei.

## Der „Großstaat“ Lippe

500 Meter jenseits der Ippischen Grenze liegt ein beliebtes Ausflugslokal „Der Krug“. Alltäglich bringt ein Autobus in mehreren Fahrten wohl über 100 Bier- und Kaffeekunden von der westfälischen Gemeinde Ahme bis zur Grenze. Von hier aus muß alles zu Fuß zum „Krug“ gehen, denn die Ippische Regierung erlaubt nicht den Transport dieser Fahrgäste auf den 500 Metern ihrer Landstraße. Da der Autobus auf der schmalen Landstraße nicht wenden kann, fährt er leer hinterdrein, wendet am „Krug“ und fährt leer zur Grenze zurück, wo die Fahrgäste auf dem Rückwege wieder einsteigen dürfen. Ausnahmen gibt es selbst bei strömendem Regen nicht!

## Delegation zum Völkerverbund

### Die parlamentarischen Mitglieder

Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, sind als parlamentarische Mitglieder der deutschen Abordnung für die Völkerverbundung im September folgende Herren in Aussicht genommen: Breitscheid (Soz.), Freiherr v. Rheinbaben (D. Sp.), Prälat Kaas (Zentr.; im Behinderungsfalle Brüning), Graf Bernstorff und Koch-Weser (Dem.), sowie Professor Hochsch (Dnatl.).

# Der Mann im Dunkeln

Sir Basil Zaharoffs Lebensgeschichte

E. I. Schon der Titel des Buches fängt den Blick des Lesers, und man glaubt, einen spannenden Kriminalroman des Edgar Wallace zu lesen, so interessant ist dieses Werk geschrieben. Aber es gibt viel mehr, Richard Lewinsohn-Morus schildert in un-gemein fesselnder Weise das Leben eines politischen Abenteurers, Kanonenschnitzers, Kriegshehlers und mehrfachen Multimillionärs, der als kleiner, arbeitsamer Grieche durch glückliche Umstände bis in die höchste Spitze des englischen Hochadels kam und einen ge-waltigen Einfluss auf die gesamte Rüstungspolitik in der Welt ausübte.

Aus ärmlichen Verhältnissen stammend, im Griechenviertel von Konstantinopel wohnend, fällt er durch ungewöhnliche reiche Begabung einem reichen Landsmann auf, dieser nimmt größeres Interesse an ihm, schickt ihn zur weiteren Ausbildung nach Eng-land und läßt ihn dort erziehen. Nach Jahren kommt er zurück mit den reichen Erfahrungen des Westens, wird Tuchhändler bei seinem Onkel, verfrachtet sich nach kurzer Zeit mit ihm, rechnet auf etwas kleinere Weise mit ihm ab, geht nach London, kommt wegen des Delittes in Haft, wird freigesprochen, landet in Athen und versucht dort seine geschäftlichen Erfahrungen des Westens an den Mann zu bringen. Hat außerdem einen guten Freund und großen Gönner, den Politiker Stulidis, späteren Minister-präsidenten und wird von diesem der englischen Rüstungsirma Nordenfeldt für die bevorstehenden Orientgeschäfte in Waffen aus-wärts empfohlen. Dies ist der Wendepunkt in seinem klei-nen Leben.

Die große Konjunktur beginnt, der Berliner Kongreß von 1877 unter Bismarcks Leitung ist eben beendet und dient als An-sporn den neuerstandenen Balkanstaaten, zu rüsten, was sie können. Millionengeschäfte werden getätigt, Zaharoff fährt als Agent von Nordenfeldt umher, von Athen nach Konstantinopel, Sofia, Bel-grad, Bukarest, Wien, überall ist er zu finden in den Ministerien. Die diplomatischen Beziehungen auf dem Balkan sind sehr gespannt, es drohen neue Kriege zwischen Serbien und Bulgarien, Rumänien und Rußland, Griechenland und dem Goldenen Horn. Er rückt sich daran nicht, an alle Regierungen verkauft er seine Waffen, auch wenn sie nicht sofort zahlen können, die Rüstungsfirmen werden warten. Nur größeren Absatz, dann gibt es höhere Dividenden! Bald erscheinen die anderen Konkurrenten, man knüpft einander Beziehungen an, Zaharoff gewinnt durch seine gewissen Geschäft-s-tüchtigkeit den Amerikaner Maxim und bald darauf ist der erste gut ausgebaute Rüstungskonzern geschaffen, die Nordenfeldt Guns and Ammunition Co. Ltd. und die Maxim Guns Co. werden im Jahre 1888 zu einem Unternehmen vereinigt. Dieser Konzern hat alles was er braucht, Waffenfabriken in England, Amerika und Schweden, Eisenerzbergwerke in Spanien, Holzlager in Polen, also vom Rohprodukt bis zum Fertigerzeugnis ist alles in einer Hand vereinigt. 1897 kommt die große englische Rüstungsirma Bickers und bietet dem Konzern an, sich mit ihr zusammenzuschlie-ßen, man geht auf dieses Angebot ein und 30 Millionen Mark ist der Preis.

Der Tanz geht los, Europa und die ganze Welt rüsten, eine Militärvorsage sagt die andere in den verschiedenen Ländern, keiner will zurückbleiben hinter dem anderen, um in kommenden Auseinandersetzungen nicht zu unterliegen. Die gesamten Rüs-tungsfirmen führen einen Krieg der Lieferungen untereinander, Bickers, Armstrong, Krupp, Schneider-Creuzot, Stoda, Puttkopf und die anderen machen den Weg frei für den späteren organisierten Massenmord. Bald darauf einigt man sich, Bickers schließt seinen Sohn zu Krupp in die Lehre, in Spanien sitzen alle friedlich beisammen und bieten dem Königreich Waffen an für den Krieg gegen Amerika im Jahre 1899. Krupp liefert den Bogern im Chinaaufstand von 1900 Kanonen, und Bickers, die englische Firma, den Buren in ihrem Befreiungskampfe gegen die Engländer, Ma-schinengewehre und Munition. Jeder getreu seinem Grundsatze „non olet“, Geld riecht nicht. Es wird wahrhaftig verdient. In Jarjann an der Wolga werden riesige Anlagen der russischen At-tilerloggesellschaft gebaut mit einem Kapital von 50 Millionen Mark, Bickers und Schneider-Creuzot sichern sich die Aktienmehr-heit des Gründungskapitals. Die Dividenden steigen ins un-gemeßene. Trotz der langsamen, aber desto sicheren Einfrierung Deutschlands durch Eduard VII. von England, geht das Geschäft über alles. Bloß in und von, die große Hamburger Werft, über-nimmt die Instandsetzung der russischen Newa-Werften, die Oester-reicher, Stoda, wollen auch mit dabei sein und übernehmen Aktien-pakete von den russischen Puttkopf-Werften. Man wechselt die Ingenieure aus, tauscht Erfahrungen und Geschäftskonstruktionen und ist schon lange vor 1914 im wahrsten Sinne des Wortes inter-national, bis das Gewitter losbricht.

Jetzt lohnt es sich wirklich, auf dieser schönen Welt zu leben, die Gewinne steigen ins Angeahnte, Englands Kriegsproduktion weilt riesige Zahlen auf, es wurden erzeugt: 25 000 Geschütze, 250 000 Maschinengewehre, 4 Millionen Gewehre, 300 Millionen Granaten und 10 Milliarden Patronen. Zaharoff wird im Um-drechen Multimillionär. Doch er wird nicht so recht froh, sein Heimatland Griechenland soll auf Wunsch und Befehl an diesem glorreichen Krieg mitmachen. Dem Türken muß man noch eine Rechnung präsentieren von anno dazumal, darum losgeschlagen um jeden Preis. Millionen gibt er dafür aus, Zeitungen, Kino, Theater, alles wird in seinen Dienst gestellt und steht unter seinem Einfluß. Den König stützt man ob seiner Deutschfreundlichkeit, Venizelos, heute politisch ein toter Mann, erklärt den Mittel-mächten den Krieg. Am Ausgang des Weltbrandes ist Zaharoff einer der geachteten Männer von England. Wird in den Adels-stand vom König erhoben, bekommt Orden, Dokortitel, ist mit in Versailles in engster Nähe von Lloyd George und intrigiert hinter den Kulissen. Im Jahre 1921 kommt jedoch sein größter Schicksal, er will Weltpolitik selbständig treiben und erleidet Schiffbruch. Mit Venizelos gemeinsam bereitet er den griechisch-türkischen Krieg vor und will lineare Länder und Provinzen für sein Heimatland erobern. Kleinasien winkt als Preis, aber die Welt-mächte, England und Frankreich, sind in dieser Frage gespalten und treten als Rivalen auf, England auf Seiten der Griechen, Frankreich dagegen ist türkenfreundlich. Trotzdem gewinnt Grie-chenland und bekommt vom Völkerverbund Smyrna als Mandats-gebiet zugewiesen. Aber nicht allzu lange Zeit währt diese Herr-schaft. Die Griechen müssen weichen aus Kleinasien und Zaharoff selbst hat die größte Partie seines Lebens für immer verloren.

Am politischen Horizont tauchen neue Fragen auf. Lloyd George wird gekürzt auf Grund seiner wahnwichtigen Politik, Zaharoff hat hunderte von Millionen Mark für Griechenland ver-loren, aber er verliert den Mut nicht, die neue Frage der Zeit-geschichte hat ihn gepackt und nimmt sein ganzes Bewußtsein in Anspruch: Das Erdöl. In einem Jahre hat er 600 Millionen Mark Kapital durch seine Konzerne investieren lassen, der Streit um Mesopotamien ist zwischen zwei Weltmächten, England und Amerika, in vollstem Gange. Das Glück schwankt außerordentlich, riesige Summen werden verloren und wieder gewonnen, aber Basil Zaharoff hat ungeheure Reserven, die unerschöpflich sind, und er behauptet seine Macht und spekuliert, wo er kann. Als einer der ersten erwirbt er Konzessionen von den Russen, nur verdienen ist sein Motto. Als Schlüsselpunkt in seinem überaus dunklen Leben laßt sich der nahezu 70jährige die Spielbank von Monte Carlo, verläßt jedoch den Spielplatz, als er die Partie gewonnen hatte. Dann zieht er sich zurück nach Paris in seine Villa, heiratet eine Jugendliebe und ist heute ein vorbildlicher, müder Greis nach einem so unruhigen Leben.

Das Buch gibt einen ausgezeichneten Ueberblick über die dunklen Geschäftsmethoden der großen Rüstungskonzerne, die auch heute noch nicht viel anders geworden sind und zeigt, daß immer nur die Arbeiter der einzelnen Länder als Mittel zum Zweck be-nutzt werden.

Allen Arbeiterbibliotheken sei dieses Buch zur Anschaffung empfohlen.

\*) Richard Lewinsohn-Morus, Der Mann im Dunkeln, die Lebensgeschichte Sir Basil Zaharoffs, des mysteriösen Euro-päers, 1929, S. Fischer-Verlag, Berlin.

# Anfragen im englischen Unterhaus

## Henderson wird nervös

Der Ulster-Nachrichtendienst berichtet:

Die heutige Sitzung des Unterhauses, der Botschafter Dawes in der Diplomatensloge bewohnte, brachte ein in außer-ordentlich gereizter Stimmung geführtes außenpolitisches Frage- und Antwortspiel.

Der konservative Abgeordnete und Oberst-Weststeiger, Oberst Murray, fragte Henderson, ob bereits fest stehe, wo die Repara-tions- und Rheinlandkonferenz stattfinden werde.

Henderson antwortete wütend und mit lautem „Nein“.

Unter lebhaftem Beifall seiner konservativen Parteifreunde fragte Murray weiter, ob nicht endlich der Zeitpunkt gekommen sei, an dem England im Interesse einer fruchtbareren Konferenzarbeit und des rechtzeitigen Zustandekommens der Konferenz sich mit einem neutralen Lagungsort einverstanden erklären sollte.

Henderson, mit Papieren fuchtelnd, brüllte den form-gewandten und lebenswüchtigen Oberst folgendermaßen an: „Ich möchte, daß jedermann, der sich ein England nennt, verlangen würde, daß sich eine solche Konferenz auf unserem englischen Boden abspielt.“ (Zustimmung auf den Ministertisch. Die Ar-beiterpartei klatscht schwachen Beifall, die Konservativen lärmten.)

Dem Parteigenossen von Henderson, Wedgwood, ergab es nicht besser. Wedgwood fragt, ob die englische Regierung von der französischen Regierung eine Mitteilung erhalten habe, wo-nach die französische Regierung sich weigere, Deutschland zu ge-statten, auf der Reparationskonferenz die Saarfrage anzu-sprechen.

Henderson antwortet zuerst ausweichend, daß die Saar-frage an sich nichts zu tun habe mit dem Thema der Konferenz: Reparationen und Rheinlande.

Wedgwood läßt nicht locker und fragt nochmals, ob die

Regierung denn keine Informationen über den französischen Standpunkt erhalten habe.

Henderson wird wieder ärgerlich und fragt erregt, wie Wedgwood dazu komme, solche Voraussetzungen zu machen. Im übrigen werde England Deutschland nicht daran hindern, das Saarproblem zur Sprache zu bringen.

In einer nunmehr fast elektrisch geladenen Atmosphäre kommt es zu einem neuen Zusammenstoß über die Rheinland-frage. Wedgwood fragt, welche Unterlagen Henderson für seine Äußerung habe, wonach Deutschland es nicht gern sehen würde, wenn England alle in und nicht gleichzeitig mit Frank-reich und Belgien das Rheinland räume.

Henderson antwortet, daß er derartige amtliche deutsche Äußerungen, insbesondere vom Außenminister Stresemann her-rührend, in den englischen Berichten über die Besprechung der Rheinlandfrage im vorigen Herbst in Genf und später noch ein-mal in Lugano vorgefunden habe.

Wedgwood bittet um Bekanntgabe dieser Äußerungen, worauf ihm Henderson, wiederum ärgerlich werdend, zu-schreit: „Ich habe Zeit, bis zur bevorstehenden Konferenz zu warten und alsdann mir die Meinung von Dr. Stresemann über diese Frage anzuhören.“

Die in der Thronrede angekündigte Unternehmung über die Wahlrechtsreform war am Montag Gegenstand einer neuen Aus-sprache zwischen dem Ministerpräsidenten Macdonald, dem kon-servativen Führer Baldwin und dem Führer der Liberalen, Lloyd George. Die Aussprache bezog sich auf den Inhalt der Unternehmung, die Art der Enquete und die Persönlichkeiten des Vorstehenden. Die Öffentlichkeit hat bisher immer noch keine Klarheit darüber, ob die von der Regierung geplante Wahlrechtsreform lediglich auf eine Beseitigung der Pluralstimmen und der Unvergleichbarkeit ab-zieht, oder ob eine weitgehende Reform, wie etwa die Einführung von Stichwahlen oder dergleichen, geplant ist.

## Die Blutjustiz Woldemaras

Ein Schreiben Macdonalds

SPD Kowno, 15. Juli.

Im Zusammenhang mit dem im Mai verübten Attentat auf den litauischen Ministerpräsidenten Woldemaras wurden besonders in den Kreisen der Studenten zahlreiche Verhaftungen vorgenom-men. Die Mitglieder der sozial-revolutionären Gruppe unter der Studentenschaft wurden restlos gefangenengeföhrt. Von ihnen ist der Student Woskilla als aktiver Teilnehmer an dem Attentat kürzlich erschossen worden. Der Vater eines andern Studenten, der nach dem Attentat geflüchtet ist, wurde in das Konzentrations-lager von Wara verfrachtet. Im Gefängnis verblieben 14 Stu-denten. Mehrere drohte die Todesstrafe. Der Prozeß gegen sie wurde jedoch wieder abgebrochen und die Angeklagten immer wieder verschoben.

Das hing nach unfern Informationen mit einem persö-n-lichen Brief Macdonalds an Woldemaras zusammen. Darin warnt Macdonald den litauischen Ministerpräsidenten vor standrechtlichen Todesurteilen und der Anwendung politischer Repressalien. Auf Grund dieser Warnung wurde die Verhand-lungen vor dem Kriegsgericht zunächst wiederholt verschoben. Erst dieser Tage ist die erste Gruppe der Angeklagten abgeurteilt wor-den. Der Student Woskilla erhielt lebenslängliches Zuchthaus, die andern drei wurden zu schweren Kerkerstrafen verurteilt. Die Aburteilung der übrigen Gruppen steht in den nächsten Tagen bevor. Auch ihnen stehen im Gegensatz zu der Prozedur des Kriegs-gerichts Verteidiger zur Verfügung; außerdem ist die Vernehmung von Entlastungszeugen zugelassen.

## Anweisung eines Generaldirektors

WZB Kaitowik, 14. Juli.

Wie die polnische Presse meldet, hat der Generaldirektor der Bismarckhütte, Kallenborn, von der schlesischen Weiswobschaff den Ausweisungsbefehl erhalten. Kallenborn, der Polen bis zum 21. Juli verlassen soll, ist deutscher Staatsangehöriger. Die pol-nische Presse berichtet in diesem Zusammenhang, daß Kallenborn bereits mehrmals den Ausweisungsbefehl erhalten habe, daß dieser Befehl aber infolge von Interventionen des deutschen General-konsulats immer wieder rückgängig gemacht worden sei. Die neue Ausweisung soll im Zusammenhang mit der Entlassung von 400 Arbeitern der Bismarckhütte stehen.

## Unterwerfung der Trozki-Opportunisten

Die Presse veröffentlicht eine Erklärung Rabets, Smilgas und Proebrahenski, die in der Oppositionsbewegung Trozki eine führende Rolle gespielt haben, in der sie ihre Unterwerfung mit der politischen Linie der kommunistischen Partei und ihren völligen Bruch mit der Opposition betonen.

## Selbstmord in der Sowjetverbannung

Erst jetzt kommt die Nachricht, daß im Dezember 1928 die linke Sozialrevolutionärin Rajewskaja Selbstmord begangen hat. Tatjana Rajewskaja war als Mitglied des Kronstädter Komitees in der Oktoberrevolution 1917 tätig. Seit 1919 war sie ununter-brochen in den bolschewistischen Gefängnissen eingesperrt und in die absten Gegendern verbannt. In Ust-Ensolst (Nord-Rußland) machte sie ihre letzte dreijährige Verbannung durch, deren Frist Anfang 1929 ablaufen sollte. Zwei Monate vor Ablauf dieser Frist machte sie ihrem Leben durch Doffnung der Adern und durch einen Schuß ein Ende.

## Parlamentstreik in Bukarest

WZB Bukarest, 15. Juli.

In der Kammer begann heute die Debatte über den Geset-zenwurf zur Reform der Verwaltung. Der frühere Minister Duca verlas im Namen der Liberalen Partei eine Erklärung, in der er der Regierung Manlu vorwarf, das Werk der früheren Regierungen zu zerstören. Die Liberale Partei sah sich deshalb gezwungen, das Parlament zu verlassen.

Erklärungen in ähnlichem Sinne wurden im Namen der Volks-partei von dem Abg. Goga und von einem Vertreter der Gruppe Lupu verlesen. Nach der Erklärung Monius, der die Anführung der Opposition energisch zurückwies und betonte, daß die Regierung sich in voller Übereinstimmung mit dem Regenschäftsstat befindet, und ihr Werk, ohne zu zögern und ohne sich zu beugen, fortsetzen werde, verließen die Vertreter der Liberalen, die vier Volksparteier und die vier Angehörigen der Gruppe Lupu die Kammer.

Im Senat hat die Opposition nach Abgabe der gleichen Er-klärung ebenfalls die parlamentarische Arbeit eingestellt.

## Wanderwelle für bedingungslose Räumung

Der frühere Außenminister und Sozialist Wandervelde ver-öffentlichte in der Zeitung Le Peuple einen Artikel, in dem er er-klärt, wenn die Räumung des Rheinlandes der Annahme einer Rheinlandkontrolle über das Jahr 1935 hinaus durch Deutschland oder der Kommerzialisierung des ungeschützten Teiles der deutschen Zahlungsvorfälle untergeordnet werden würde, so würde dies eine Vertagung der Räumung ad calendas graecas bedeuten. Außerdem würde es den Erfolg der künftigen Konferenz zur Li-quiridierung des Krieges in Frage stellen. Wandervelde fordert, daß die Räumung der Kommerzialisierung der deutschen Schuld vorausgehen und die Kommerzialisierung somit ersichtern müsse.

## Protest in Belgrad

Die Reichsregierung hat gegen die vor einigen Tagen erfolgte Ausweisung des Korrespondenten des Berliner Tagesblatts Schrift-lich protestiert. Die jugoslawische Regierung hat zugestimmt, die von der Reichsregierung gegen die Ausweisung angeführten Gründe einer näheren Prüfung zu unterziehen.

## Borah über die Zollvorlage

Wie aus Washington gemeldet wird, haben die Senatoren Watson und Reed die neue Zollvorlage ausführlich mit Präsident Hoover besprochen. Ueber das Ergebnis dieser Besprechung ver-lautet amtlich noch nichts.

Senator Borah erklärte zu der Zollvorlage, daß die ausländ-ischen Regierungen vollkommen im Recht seien, wenn sie gegen die hohen Zölle Einspruch einlegten.

## Die Rebellen kapitulieren

SPD Mexiko-City, 15. Juli.

Der Aufforderung der Bundesregierung folgend hat sich der Rebellenführer Salvador Flores mit 45 seiner Leute in Los Altos im Bundesstaate Jalisco den Regierungstruppen ergeben. Zwei seinem Trupp zugehörige Leute, die sich weigerten, seinem Befehl der Waffenlieferung nachzukommen und beachtlichsten, die Banditenaktivität auf eigene Faust fortzusetzen, wurden auf Befehl ihres bisherigen Führers von ihren Kameraden erschossen.

Im Bundesstaate Zacatecas operierende Rebellen griffen die Ortschaft Estanzuel an, wurden aber von den Bundestruppen nach heftigen dreistündigen Kämpfen zurückgeschlagen. Die Rebellen verloren 10 Tote und mehrere Verwundete.

General Candido Aguilar, der frühere Außenminister im Kabi-nett Caranza richtete an die mexikanische Bevölkerung einen Auf-ruf, in dem die dringende Notwendigkeit des inneren Friedens und des endlichen Aufhörens des 19 Jahre dauernden gegenseitigen Blutvergießens betont wird. Der Aufruf stellt fest, daß die im Jahre 1910 ausgebrochene mexikanische Revolution bis heute 1 200 000 Menschenleben gekostet und unabsehbarer Materialschaden verursacht hat.

## Spionage in Pommern?

Berliner Blätter berichten: Vor einiger Zeit erschien beim Landratsamt in Stolp in Pommern ein der Kriminalpolizei seit langem der Spionage verdächtiger Russe, der angeb, wichtige Mit-teilungen über eine polnisch-französische Spionageorganisation in Ostdeutschland machen zu können. Er verlangte für die Preisgabe seiner Informationen 12 000 Mark. Das Anerbieten des Russen wurde abgelehnt. Die Polizei übermachte aber den Russen, der bald darauf seine Rückreise über Warschau antrat. Nach einer Meldung der Stolper Morgenzeitung, fand man bei dem ohne Mittel nach Deutschland gekommenen Russen 32 000 Zloty und eine genaue Aufstellung der pommerschen Garnisonen.

Ward Hermans außer Verfolgung gesetzt. Der in die Ange-legenheit der Ultrarechten Dokumentenveröffentlichungen verwickelte Redakteur der Schelde, Ward Hermans, ist durch Gerichtsbeschuß außer Verfolgung gesetzt worden mit der Begründung, die Vor-untersuchung habe nicht ergeben, daß Hermans militärische Spio-nage getrieben habe.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Kurt Günther in Leipzig.  
Verantwortlich für den Inseratenteil: Hugo Seppel in Leipzig.  
Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.



Christlich-leninistische Niederlage

Um die Arbeiterratswahl bei der Straßenbahn.

Über die Gültigkeit der Wahlen für den Arbeiter- rat der Großen Leipziger Straßenbahn, die am 21. und 23. April 1929 stattgefunden hatten, entschied in letzter Instanz dieser Tage das Landesarbeitsgericht Leipzig, indem es die Klage auf Wahlanfechtung abwies. Die Bedeutung dieser Entscheidung liegt nicht allein in der Tatsache, daß es sich hier um einen der größten Leipziger Betriebe handelt, und daß bei der Urteilsfällung in erster Instanz wichtige arbeitsrechtliche Probleme berührt wurden.

Die Wahlanfechtungsklage hatte auch noch einen wichtigen politischen Hintergrund. Sie brachte nämlich das Hand- in-Hand-Arbeiten der kommunistischen Weltrevolutionäre mit den Christen ans Tageslicht.

Der Christliche Zentralverband der Arbeitnehmer in öffentlichen Betrieben und Verwaltungen und die Vertreter der kommunistischen Sonderliste bezweifelten nämlich unter allerlei Vorwänden die Richtigkeit der Wahlen zum Arbeiterrat, die den Freigewerkschaften einen Erfolg gebracht hatten.

Der Vertreter der Christen und die Prozeßbevollmächtigten der Kommunisten (Schurlig, Ebert & Co.) fanden sich in Angriffen und Anschuldigungen gegen die verhassten Sozialdemokraten und die freien Gewerkschaften. Gemeinsamlich wurde behauptet, daß es bei der Wahl zu Mißbräuchen gekommen sei. In erster Instanz suchte man mit Hilfe des Arbeitsgerichts die Gültigkeit der Arbeiterratswahl anzuzweifeln. Die Vertreter des Wahlvorstandes führten in einer ausgedehnten Beweisaufnahme den Nachweis, daß alle die Behauptungen, die von der christlich-leninistischen Kampagne aufgestellt worden waren, nicht auf Wahrheit beruhten. Durch eine eblische Vernehmung des in Frage kommenden Straßenbahnchaffners wurde nämlich klar- gelegt, daß von einem Wahlmißbrauch keine Rede sein konnte. Die Kommunisten hatten nun behauptet, daß in einem Wahl- bezirk 65 Stimmen für ihre Liste abgegeben, bei der Auszählung aber nur 44 Stimmen für ihre Liste vorhanden gewesen seien. Als Beweis für ihre Behauptung legten sie dem Gericht 65 eides- stattliche Erklärungen von Straßenbahnern vor, die in dem be- treffenden Wahlbezirk angeblich kommunistisch gewählt hatten.

Die Genossen Rätner und Sieber, die für den verklag- ten Wahlvorstand erschienen waren, stellten vor Gericht fest, daß es formell unzulässig sei, eine derartige Feststellungsklage, wie sie von den Christen und den Leninisten erhoben worden war, gegen den Wahlvorstand zu richten.

Mit einer ganz überstürzten Urteilsbegründung gab das Arbeitsgericht, Kammer Untergeschichtsrat Dr. Schmidt, der Klage gegen den Wahlvorstand statt und erklärte die Wahl für ungültig. Begründung: Aus den 65 eidesstattlichen Erklärungen ergab sich, daß tatsächlich (!) 65 Leute die Liste der APD ge- wählt hätten. Worauf die Verschiedenheit zwischen abgegebenen und gezählten Stimmen zurückzuführen sei, hätte nicht fest- gestellt werden können. Jedenfalls sei das Wahlergebnis in dem betreffenden Wahlbezirk von der tatsächlichen Stimmabgabe ab- gewichen; und so sei die Möglichkeit nicht von der Hand zu weisen, daß auch bei der Abstimmung in dem einen oder anderen Wahlbezirk ähnliche Unterschiede zwischen der tatsächlichen Stimmabgabe und dem veröffentlichten Wahlergebnis vorhanden gewesen seien. Das Wahlergebnis könne somit durch das Er- gebnis einer Neuwahl erheblich verändert werden.

Dieser ein bißchen auf Vermutungen und Möglichkeiten auf- gebaute Beschluß des Arbeitsgerichts wurde von den anwesen- den Christen und Leninisten mit lauten Bravo-Rufen auf- genommen.

Die kommunistischen Schreier gerieten in laute Begeisterungs- kämpfe ob des Urteils des Gerichts, das sie sonst „bürger- liches Klassengericht“ zu nennen pflegen.

Die Volkszeitung hat klar und eindeutig kundgetan, daß — ganz abgesehen vom Einzelfall — Urteil und Urteilsbegründung aus einer ganzen Reihe von Gründen formaler und sachlicher Natur unhaltbar ist. Unser Haupteinwand gegen das Urteil war die Auffassung, daß es — ganz abgesehen von schwerwiegenden Be- denken — unmöglich sei, durch eidesstattliche Erklärungen die Richtigkeit eines Wahlergebnisses nachzuprüfen. Das würde ja in der Praxis eine Aufhebung des in der Reichsverfassung und in dem Betriebsratsgesetz vorgesehenen Wahlschei- mungs bedeuten. Bei der Einstellung der Kommunisten ist es nicht verwunderlich, daß sie diese Rechtsauffassung, die in hundert- ten Fällen dem Unternehmer die Möglichkeit gäbe, die Stimm- abgabe der einzelnen Mitglieder der Belegschaft zu kontrollieren, vorbehaltlos zu ihrer eigenen gemacht haben! Welche vermerkten sie in ihrem Schlußbündel, daß für die Berufung der Freigewerks- chafter „nicht die geringste Aussicht auf Erfolg besteht“. Die Berufungsschrift wurde als eine „verschleierte Kapitulation“ be- zeichnet.

Die Kommunisten verteidigten das Urteil der ersten Instanz, das jedes Wahlscheitern bei den Betriebsratswahlen auf- hebt und die Belegschaft der Willkür der Unternehmer aus- liefert.

Kennzeichnenderweise zog der Vertreter der Christen seine Klage bei der Urteilsverkündung erster Instanz zurück, da die Kommu- nisten schon allein die Unternehmerinteressen zur Genüge wahr- nahmen!

Das Landesarbeitsgericht hob aber das Urteil des Arbeits- gerichts auf! Begründung: Die formale Voraussetzung für die Klage war nicht vorhanden, da sie sich nur gegen den Wahlvor- stand und nicht auch gegen den Arbeiterrat richtete. Es heißt da- mals:

„Als Antraggegner ist in dem angefochtenen Beschluß der Wahlvorstand, bestehend aus seinem Vorsitzenden Karl Rätner und den Arbeitnehmern Hangelmann und Sieber als Beisitzer angegeben. Wie das Landesarbeitsgericht überzeugend aus- geführt hat, ist die Anfechtung einer Betriebsratswahl nicht gegen den Wahlvorstand, sondern gegen den aus ihm hervor- gegangenen Betriebsrat zu richten. Denn das Amt des Wahl- vorstandes endigt mit dem Abschluß aller Wahlhandlungen. Bestellt und zur Vereidigung der Wahl be- fähigt ist nunmehr der Betriebsrat, dessen Wahl angefochten wird. Das Verfahren des Arbeits- gerichts leidet also an einem wesentlichen Mangel, da ein Be- teiligter (der Arbeiterrat), der nach § 88 des Arbeitsgerichts- gesetzes gehört werden mußte, nicht gehört wurde.“

Schon aus diesem formalen Grunde, auf den bereits in der ersten Instanz hingewiesen wurde, wurde die Wahlanfechtungs- klage (eigentlich eine „Beschluß“-Klage) in zweiter Instanz ab- gewiesen. Aus diesem Grunde erübrigte sich ein Eingehen auf die übrigen Tatbestände, so daß dadurch die Niederlage der ver- einigten Christen und Leninisten nicht ganz so schmählich ist, wie sie es verdient!

Die Christen werden sich sicherlich in religiöser Demut dem Urteil des Gerichts beugen. Ihre Bundesgenossen von der APD werden sich aber überlegen müssen, welche Parole sie jetzt aus- geben wollen, um ihre Blamage zu vertuschen. Nachdem sie in der ersten Instanz dem Beschluß des Gerichts mit lauten Bravo-Rufen zugestimmt haben, ist es jetzt für sie etwas schwer, in der zweiten Instanz von „Klassenjustiz“ zu sprechen. Was wird aber die nächste Gelegenheit sein, bei der Christen

Urlaub für Arbeiter und Angestellte

Die Regelung in den einzelnen Ländern

Der Internationale Gewerkschaftsbund beschä- tigte sich auf der Ende Mai in Prag abgehaltenen Tagung ein- gehend mit der Frage des bezahlten Urlaubes für Arbeiter und Angestellte. Es geschah dies wohl mit Rücksicht darauf, daß im letzten Jahrzehnt von den Arbeitern und Angestellten fast aller Länder in erhöhtem Maße Anspruch auf Ferien erhoben worden ist. Den gewerkschaftlichen Organisationen war es denn auch in den bedeutendsten Ländern möglich, in mehr oder minder großem Umfang die Forderung auf Gewährung eines in jedem Jahr wie- derkehrenden Urlaubes zu verwirklichen. Sicher erhalten noch große Teile der Arbeiterschaft keine Ferien. Ebenso wenig ist es aber zu leugnen, daß die Gewerkschaften in der Ferienfrage be- deutende Erfolge erzielt haben. In welchem Maße dies der Fall ist, soll im folgenden kurz dargelegt werden. Wir stützen uns dabei auf eine Abhandlung von J. Lukas im Juli-Heft der „Gewerkschaftlichen Rundschau für die Schweiz“, in der reichhaltiges Material des Internationalen Ar- beitsamtes in Genf und des Internationalen Ge- werkschaftsbundes in Amsterdam verarbeitet ist.

Verständlicherweise bestehen in den einzelnen Ländern erheb- liche Unterschiede in der Ferienregelung. Es gibt Länder, in denen die Urlaubsfrage umfassend und solche, in denen sie in beschränktem Maße gesetzlich geregelt ist. In anderen wieder werden auf Grund von Vereinbarungen in Kollektivverträgen Ferien gewährt und endlich noch haben sie sich auch als allge- meiner Brauch durchgesetzt. Das Bestreben, sie ge- setzlich zu verankern, ist natürlich in den meisten Ländern vorhanden. Gesetzliche Bestimmungen über einen jährlich wiederkehrenden Urlaub, die sich zum Teil auf alle Ar- beiterkategorien, zum Teil aber auch nur auf bestimmte Berufe er- strecken, gibt es in Brasilien, Dänemark, Estland, Finnland, Lett- land, Luxemburg, Oesterreich, Polen, Rußland, Schweiz und der Tschechoslowakei. Nach einer Verordnung aus dem Jahre 1926 wird in Brasilien allen Arbeitern und Angestellten der Industrie, Handels- und Bankunternehmungen nach einjähriger Tätigkeit in demselben Betrieb ein Urlaub von 14 Tagen gewährt. In Däne- mark ist seit 1921 der Urlaub für Hausangestellte gesetzlich festgelegt. Im übrigen erhalten die Arbeiter der öffentlichen Be- triebe im Durchschnitt 2 Wochen Ferien im Jahr. Von den 310 567 Mitgliedern der dänischen Gewerkschaften hatten 1926 106 424 Anspruch auf Urlaub. Im Gesetz verankert ist in Estland die Ferienvergewährung für Gemeinde- und Staatsbeamte, denen nach einjähriger Dienstzeit 2 und nach 2 Jahren 4 Wochen Urlaub zu- stehen. Außerdem erhalten Teile der Angestellten, ohne daß ver- trägliche Regelungen bestehen, jährlich Urlaub.

Finnland sieht nach einem Gesetz von 1922 allen Arbeitern Urlaub zu, und zwar nach halbjähriger Tätigkeit 4 Tage und nach einem Dienstjahr 7 Tage.

In Lettland erhalten die meisten Arbeiter — nicht eingeschlossen sind Landarbeiter und einige Personalgruppen — nach gesetzlichen Bestimmungen aus dem Jahre 1922 jährlich einen Urlaub von 2 Wochen. In Luxemburg müssen jedem Arbeiter Ferien mit voller Lohnzahlung gewährt werden, und zwar je nach Dienstjahren 4 bis 12 Tage. Allerdings steht dem Unternehmer das Recht zu, die Urlaubstage in Form von Überstunden nach- arbeiten zu lassen.

Gesetzlich-Anspruch auf Ferien haben in Oesterreich die Ar- beiter in Handel, Gewerbe und Industrie, die Hausgehilfen, Land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter, die Privatangestellten und die Angestellten der öffentlichen Betriebe.

Während den Arbeitern nach einjähriger Tätigkeit 1 Woche und nach fünfjähriger Tätigkeit 2 Wochen Urlaub zusteht, erhalten die Angestellten je nach Dienstjahren 2 bis 5 Wochen Ferien. Auch in Polen bestehen gesetzliche Bestimmungen, nach denen Arbeiter, die auf Grund eines Arbeitsvertrages in Industrie, Handel und Staatsdienst usw. tätig sind, nach einem Dienstjahr 8 Tage Ferien

erhalten. Nach dem Arbeitsgesetzbuch von 1922 stehen in Ruß- land jedem Lohnarbeiter nach 6 1/2 monatiger ständiger Arbeit im Jahr mindestens 2 Wochen Urlaub zu. In der Schweiz bestehen in einigen Kantonen (Basel, Bern, Tessin, Zürich) gesetzliche Be- stimmungen über Ferien. Viele Arbeitsverträge sehen hier noch außerdem die Gewährung von Ferien vor. Endlich erhalten noch in der Tschechoslowakei nach dem Gesetz je nach Dienstjahren die Arbeiter jährlich 6 bis 8 Tage und die Angestellten 10 bis 21 Tage Urlaub.

Keine gesetzliche Regelung der Ferienfrage finden wir in Bel- gien, Deutschland, Frankreich, England, Holland, Rumänien, Schwe- den, Spanien. Trotzdem erhalten die Arbeiter und Angestellte in diesen Ländern Ur- laub. Hierfür sind dann meist vertragliche Abmachungen mit den Unternehmern maßgebend. Von den Ländern ohne gesetzliche Regelung des Urlaubes ist die Ferienvergewährung zweifellos in Deutschland am verbreitetsten. Am 1. Januar 1927 war hier in 6780 (von 7490 laufenden) Tarifverträgen ein Urlaub von 3 bis 18 Tagen im Jahr vorgesehen. Anspruch auf Urlaub hatten 8 680 000 Arbeiter. In Belgien erhalten hauptsächlich die Angestellten jährlich Ferien. Dagegen wird in Frankreich nur in geringem Maße Urlaub gewährt. Die Staatsbeamten erhalten in Eng- land jährlich 18—18 Tage Ferien. Demgegenüber wird den Staatsarbeitern ein bezahlter Urlaub bis jetzt noch verweigert. Die Privatangestellten können sich jenseits des Kanals zumeist eines 2- bis 6wöchigen Urlaubes erfreuen. Auf Grund von Kollektiv- verträgen erhielten 1 500 000 Arbeiter in England im Durch- schnitt 6 Tage Ferien. In Holland hatten am 1. Juni 1928 76 Prozent der Arbeiter ein tarifliches Anrecht auf Ferien. Wäh- rend die Urlaubsgewährung in Rumänien und Spanien weniger verbreitet ist, hatten in Schweden 1927 40 730 Arbeiter auf Grund von 447 bestehenden Gesamtarbeitsverträgen jährlich 2 Wochen Ferien. Nach den von Lukas bearbeiteten Berichten, die zeitlich nicht übereinstimmen, stand in den ein- zelnen Ländern folgenden Arbeitern Urlaub zu:

Table with 2 columns: Country and Number of Workers. Includes Germany, Czechoslovakia, Austria, etc.

Selbstverständlich marschiert hier Deutschland nur wegen seiner großen Arbeiterzahl an der Spitze. Relativ genommen steht es dagegen hinter manchen kleineren Staaten weit zurück.

Nach einer Berechnung des Internationalen Arbeitsamtes er- hielt in Europa 1926 von 47 Millionen Arbeitern 19 Millionen nach dem Gesetz oder nach Tarifverträgen jährlich einen bezahlten Urlaub.

Wir betonen schon, daß in einer Reihe von Ländern, in denen die Ferienfrage durch Gesetz nicht geregelt ist, auf eine gesetzliche Verankerung des Urlaubes gedrängt wird. Wo nur in beschränktem Maße gesetzliche Bestimmungen bestehen, ist man be- strebt, sie auf alle Arbeiterkategorien auszudehnen. Ferner noch verfehlt man zum Teil auch in Ländern, in denen gesetzliche Bestimmungen über Ferien bestehen, tarifvertragliche Abmachungen bezuglich des Urlaubes zu treffen, die über das im Gesetz vorge- sehene Minimum hinausgehen. Die Erfüllung dieser Ferien- forderungen der Arbeiter, das braucht wohl kaum besonders her- vorgehoben zu werden, hängt selbstverständlich in wesentlichem Maße von der Stärke der gewerkschaftlichen Organisationen in den einzelnen Ländern ab.

Achtung, Heizungsmonteure und Helfer

Nach abermaligen Verhandlungen mit dem Verband der Zentralheizungsindustriellen wurde folgendes vereinbart:

Die jetzigen Löhne der Monteure und Helfer erhöhen sich ab 11. Juli 1929 um 5 Pfg. und ab 3. Oktober 1929 um weitere 3 Pfg. pro Stunde.

Demnach gelten bis 31. März 1930 folgende Löhne:

Table with 3 columns: Category, Rate as of 11.7.1929, Rate as of 3.10.1929. Lists wages for fitters and helpers.

Lohnzafeln können gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches im Verbandsbureau in Empfang genommen werden. Deutscher Metallarbeiterverband, Verwaltungsstelle Leipzig.

Achtung, Rauchwarenzurichter!

Die sowjetrussische Handelsgesellschaft, Zweig- stelle Leipzig, sucht für eine Rauchwarenzurichterei in Rajan (südlich von Leipzig) Zurichter, denen sie einen Monatsgehalt von 300 Mark (nicht Rußl.) bietet. Sie prüft sich damit, daß sie für diesen für russische Verhältnisse schändlichen Lohn genügend Zurichter aus Leipzig bekommt.

Wir halten es für unsere Pflicht, unsere Kollegen zu warnen, für diesen Lohn Arbeit anzunehmen. Die Lebenshaltung, auch wenn sie noch so bescheiden ist, erfordert in Rußland mindestens 250 Rubel im Monat, das sind nach deutschem Gelde 500 Mark. Manchere Kollege, der den russischen Löhnen gefolgt ist, hat drüber sehr in Deutschland erpartes Geld, um nicht unterzugehen, zu- gefehlt.

Wer sich trotzdem nicht abhalten lassen will, in Rußland Arbeit anzunehmen, fordere in dem ihm vorgelegten Vertrag einen Lohn von monatlich mindestens 400 Rubel. Zweckmäßig ist es, etwa er- partes Geld gegebenenfalls bei ausländischen Banken zu hinter- legen. Nur so kann man sich vor ärgerlichen Enttäuschungen bewahren.

Erwähnt sei noch, daß die Kollegen, die in Rußland Arbeit annehmen, verpflichtet sind, russische Arbeiter anzulernen. Wehe demjenigen, der das abzulehnen mag; das Leben wird ihm zur Hölle gemacht.

Alle von den in Rußland arbeitenden Kollegen an deutsche Or- ganisationen gerichteten Berichte über die dortigen Verhältnisse werden nicht befördert. Im übrigen erfolgt eine Bespitzelung auf Schritt und Tritt.

Unerschütterlich ist es, daß die Kollegen, die nach Rußland auszu- wandern beabsichtigen, vorher bei ihrer Organisation Informa- tionen einholen. Keuferische Vorkehrungen sind unbedingt geboten. Nur so ist es möglich, sich vor Schäden zu bewahren. Deutscher Befeldungsarbeiterverband, Bezirksfiliale Leipzig.

Am den Brief von Dr. Schacht

Die Eisenbahner verlangen Klarheit

SPD Wie steht es mit dem Schacht-Brief? Den frei- gewerkschaftlichen Eisenbahnern ist mit der offiziellen Ver- sicherung, es handle sich beim Schreiben Dr. Schachts nicht um eine geheimgehaltene Erklärung, sondern um einen Brief, den Dr. Schacht in Übereinstimmung und mit ausdrücklicher Billigung der Reichsregierung an Owen Young in der Frage der Selbstän- digkeit der Reichsbahn gerichtet habe, nicht gedient. Ebenso- wenig genügt ihnen die Berühigungspolizei, das Schreiben Schachts gebe lediglich Erklärungen über den Begriff der „Selbständig- keit“ der Reichsbahn, wie sie im Young-Plan unter Verbeifaltung der wesentlichen Bestimmungen des Dawesplanes vorgelesen seien.

Wenn der Schacht-Brief harmlos ist, warum veröffentlicht man ihn dann nicht? Ist er veröffentlicht, dann wird man ja sehen, ob er harmlos ist. Daß die Eisenbahner alle Ursache haben, misstrauisch zu sein, zeigt schon die Tatsache, daß für den Gut- achtigertab zum Organisationskomitee, das die Reichsbahnfragen regeln soll, der Reichsbahn bereits zwei Plätze zuge- wiesen sind. Warum nur der Reichsbahn und nicht auch dem Reichsbahnpersonal? Mit der Erklärung, daß die Organisationskomitee nur aus Beamten bestehen sollen, können sich die Eisenbahner zur Not noch abfinden, keineswegs aber damit, daß sie nun auch von dem Gutachterstab ausgeschlossen sein sollen.

Die Eisenbahner wissen sich in ihren Forderungen einig mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, der nach den üblichen Erfahrungen von Paris rechtzeitig die Beteiligung der Arbeiter- schaft an den Beratungen der Organisationskomitee angemahnt hat. Die freigewerkschaftlichen Eisenbahner müssen darauf be- stehen, daß ihre Wünsche ebenso respektiert werden wie die des Reichsbahn-Arbeitsgebers. Sie wollen Klarheit und faire Behandlung.

Achtung, Bauhandwerker!

Die Parteifreier Leipziger befinden sich seit Donnerstag, dem 11. Juli, im Streik. Der Kampf ist ihnen von ihren Unternehmern aufgegeben worden. Ueber die minimale Forderung auf Lohn- erhöhung wurde keine Verständigung erzielt.

Die Kampfbedingungen sind für die Arbeitnehmer infolge der Eigenart des Gewerbes äußerst schwierig. Wir bitten deshalb alle Bauhandwerker, die Parteifreier moralisch zu unterstützen. Die Sektionsleitung der Parteifreier.

# Das Ende der Hamburger Vulkanwerke Ein gutes Geschäft für die Deschimag

Der Sanierungsprozess in der deutschen Schiffbauindustrie, bei dem ja leider immer die Arbeiter- und Angestelltenchaft die Leidtragenden waren, ist einen weiteren bedeutenden Schritt vorwärtsgelungen, ja er hat vielleicht sogar seinen vorläufigen Abschluss gefunden.

Nach der durch die Vertilgung der Deutschen Schiff- und Maschinenbau AG. (kurz Deschimag) angeordneten Stilllegung und Veräußerung ihrer bedeutenden Teilbetriebe Stettiner Vulkan, Stettin, und J. G. Tecklenborg u. G., Wesermünde, der „Sanierung“ der Tecklenberg u. G., Einwarden, und dem Konkurs der Werft von K. S. K. u. Co., Stettin, die beide ebenfalls der Deschimag angehören, ist jetzt die

Verpflichtung der erst wenige Jahre vor Ausbruch des Weltkrieges in Betrieb genommenen, also durchaus modernen Anlagen der Hamburger Vulkan-Werke

in ihrem größeren Teile endgültig von dem Vorstand der Deschimag veräußert worden. Die Vermögensgegenstände des Hamburger Staates, die Stilllegung der noch für längere Zeit ziemlich gut mit Aufträgen versehenen Werft auf Grund des mit der Inhaberin geschlossenen Gelände-Pachtvertrages zu verhindern, haben indirekt nur den Erfolg gezeitigt, daß ein Teil der Werft an den jetzigen Besitzer der Howaldtwerke, Kiel, und der Hamburger Werft von Janßen und Schmiedel, Kopenhagen, abgetreten ist und hauptsächlich für Reparaturarbeiten in Betrieb gehalten wird. Das bedeutet die Weiterbeschäftigung von vielleicht tausend Leuten, während das Gros der Arbeiter und Angestellten (zur Zeit etwa 3000, nicht, wie allgemein bisher berichtet, 3000) in kurzer Zeit

aus Lohn und Brot gestochen wird. Es ist allerdings anzunehmen, daß ein Teil dieser Leute bei dem sich vergrößernden Betrieb von Blohm u. Bock wieder unterkommen wird, der Rest aber wird stempeln müssen, und da bis zur völligen Abwicklung der Verkaufsverhandlungen und deren Folgeerscheinungen die für den Schiffbau ungünstigste Jahreszeit herangekommen sein wird, voraussichtlich für lange Zeit.

Im trafen Gegensatz zu dieser, bei Veräufere größerer Werke sich immer wiederholenden Tatsache stehen die Verhältnisse, die die Unternehmer und die beteiligten Bankverbindungen aus solchen Stilllegungen, Leberregierungen und ähnlichen Aktionen zu ziehen wissen. Hierfür ist der vorliegende Fall der Vulkanwerke ein geradezu klassisches Beispiel. Der Hamburger Vulkan wurde erst vor etwa drei Jahren mit allen schiffbaulichen, maschinenbaulichen, Dock- und sonstigen Anlagen für den Preis von circa 3,3 Millionen von der Deschimag übernommen. Heute zählt die Firma Blohm u. Bock an die Deschimag für drei der Vulkanwerke einen Barbetrag von 4 Millionen Mark, denen zwei weitere Millionen im Laufe der nächsten zwei Jahre folgen sollen.

Das sind also bereits zwei Millionen Nebenuntertausend Mark mehr, als die Deschimagleitung für die gesamte Vulkanwerke mit sämtlichen Einrichtungen seinerzeit bezahlt hat.

Das weitere (vierte) Post übernimmt Dr. Diederichsen (Howaldtwerke) mit dem kleineren Teil der Werftanlagen. Der Kaufpreis für Dock und Anlagen wird, zusammen mit den sich aus der vorgehenden Veräußerung und sonstigen Verwertung des übrig bleibenden Teiles der Werft ergebenden Beträgen nicht viel geringer sein, als die von Blohm u. Bock zu entrichtende Summe. Rechnet man dann noch hinzu, daß seitens der Deschimagleitung auch an den Hamburger Staat noch eine sehr hohe Forderung — sie soll sich auf 2,3 Millionen belaufen — für die vorzeitige Rückgabe des Pachtgrundes und Freigabe der Dockanlagen gestellt wird — eine Forderung, die der Staat allerdings nicht in voller Höhe, in Anbetracht seiner Hafenerweiterungspläne voraussichtlich aber doch zum Teil bewilligen wird —, so ergibt sich die klare Rechnung, daß Herr Bankier Schröder als leitender Kopf der Deschimag aus der Aufgabe der Vulkanwerke eine stattliche Reihe Millionen Reichsmark als Gewinn erzielt.

hat, die dem Unternehmen, bzw. seiner Bank, auf keinen Fall aber, selbst nicht zu einem geringen Bruchteil, der Arbeiter- und Angestelltenchaft zugute kommen. Ein nettes, glattes Geschäft, aus dem zu ersehen ist, daß auch aus der als Verdienstoffekt von Unternehmern so sehr vertriebenen Werftindustrie noch allerlei herauszuschlagen ist, wenn die Sache richtig angefaßt wird. Dieses zeigt der Deschimag besonders zum Ausdruck gebracht wurde — die Werften im Vorjahre wieder außerordentlich stark gelitten haben, weil die böse, unbedachte Arbeiterchaft ihnen durch den langanhaltenden Streik vom Oktober 1928 bis Januar 1929 das ganze Reparaturgeschäft des Jahres verdorben hat.

## Spartkasse und Stadtbank

Eine Entscheidung des Reichsgerichts.

Das II. Zivilsenat des Reichsgerichts hat jetzt ein Urteil gefällt, wonach städtische Sparkassen für sich oder für ihre Abteilungen die Bezeichnung Stadtbank führen dürfen. Dem Urteil liegt eine Klage des Zentralverbandes des deutschen Bank- und Bankiergewerbes gegen die städtische Sparkasse in Magdeburg zugrunde. Der Verband forderte, daß die städtische Sparkasse die Bezeichnung Magdeburger Stadtbank unterlasse. Der Forderung des Bankgewerbes entsprachen das Landgericht in Magdeburg und das Oberlandesgericht Naumburg. Das Reichsgericht hat aber eine andere Stellung eingenommen. Es entschied dahin, daß die Firmierung Stadtbank für eine städtische Sparkasse zulässig sei. Es könne wohl vorkommen, so heißt es in dem Urteil des Reichsgerichts, daß ein Kunde auf Grund der Firmierung Stadtbank zur Sparkasse gehe, um dort bankmäßige Geschäfte abzuschließen, auf die sich die Sparkasse nicht einlassen kann. Darin sei aber ein unlauterer Wettbewerb, wie der Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes behauptet, nicht zu erblicken.

Das II. Zivilsenat des Reichsgerichts hat jetzt ein Urteil gefällt, wonach städtische Sparkassen für sich oder für ihre Abteilungen die Bezeichnung Stadtbank führen dürfen. Dem Urteil liegt eine Klage des Zentralverbandes des deutschen Bank- und Bankiergewerbes gegen die städtische Sparkasse in Magdeburg zugrunde. Der Verband forderte, daß die städtische Sparkasse die Bezeichnung Magdeburger Stadtbank unterlasse. Der Forderung des Bankgewerbes entsprachen das Landgericht in Magdeburg und das Oberlandesgericht Naumburg. Das Reichsgericht hat aber eine andere Stellung eingenommen. Es entschied dahin, daß die Firmierung Stadtbank für eine städtische Sparkasse zulässig sei. Es könne wohl vorkommen, so heißt es in dem Urteil des Reichsgerichts, daß ein Kunde auf Grund der Firmierung Stadtbank zur Sparkasse gehe, um dort bankmäßige Geschäfte abzuschließen, auf die sich die Sparkasse nicht einlassen kann. Darin sei aber ein unlauterer Wettbewerb, wie der Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes behauptet, nicht zu erblicken.

## Ausperrung im norddeutschen Fischergewerbe

Wie die Telunion berichtet, sind auf Beschluß der Vereinigten Fischereivereinigungen Norddeutschlands mit Wirkung vom 15. Juli sämtliche Gesellen im norddeutschen Bezirk ausgesperrt worden. Es wird mitgeteilt, daß es sich nicht um Lohnstreitigkeiten, sondern um andere Forderungen, die das Handwerk angeblich als untragbar ablehnt, handelt. Weiter heißt es, daß sich die Gesellen in einigen Innungen bereits seit Wochen im Streik befinden, der auf das Verbandsgebiet überzugreifen drohe. Die Aussperrung stelle also eine Abwehrmaßnahme dar. In der Tat befinden sich auch die Leipziger Fischergesellen seit mehr als acht Tagen im Streik. Der Arbeitskampf ist hier in letzter Linie darauf zurückzuführen, daß von den Innungen die Bezahlung der Kostgelder für Lehrlinge abgelehnt wird. Sollte wegen derselben Sache die Aussperrung im nordwestdeutschen Gebiet erfolgt sein?

## Berichtungs-Kalender

Dienstag, 16. Juli.

Polenarbeiter-Verband, Delegierte und Betriebsräte der Musikindustrie, Volkshaus, 17 Uhr.  
Pfeifer, Volkshaus, 17,30 Uhr.

# Deutschland voran

## Die Entwicklung der Welt Handelsflotte

Aus der jüngst erschienenen Statistik über die Entwicklung der Welt Handelsflotte, wie sie alljährlich von Lloyd's Register herausgegeben wird, geht hervor, in welchem raschen Maße es den deutschen Reedereien bereits gelungen ist, ihren durch den Krieg in Verlust geratenen Bestand wieder zu erreichen. In den letzten verfloßenen zwölf Monaten hat sich die Welt Handelsflotte um einen Netto-Zuwachs von 119.653 Bruttoregistertonnen vermehrt gegen 176174 Bruttoregistertonnen im Jahre zuvor. Unter den Vändern, die während der letzten zwölf Monate ihre Tonnage vergrößert haben, steht Deutschland an erster Stelle. Seine Handelsflotte ist in dieser Zeit um 315.301 Tonnern erweitert worden, die englische, die bezüglich des Zuwachses an zweiter Stelle steht, nur um 290.081 Tonnern. Die Vereinigten Staaten und Italien haben sogar eine Verringerung zu verzeichnen, und zwar um 151.380 bzw. 141.157 Tonnern. In diesen beiden Fällen rührt der Rückgang der Tonnage von gesteigerter Abwracken alter Schiffe her.

Am 30. Juni d. J. betrug die Welt-Handelsflotte insgesamt 68.074 Millionen Tonnern. Nach Abschreibung der Tonnage aller Segelschiffe (120.061 in England und 1.546 Millionen in allen anderen Ländern) ergibt sich folgendes Bild für den Anteil der wichtigsten Vänder an der Gesamttonnage im Vergleich zu 1914:

Bruttoregistertonnen von Dampfern und Motorschiffen in Tausend Tonnern am 30. Juni 1914 und 1929

	1914	1929	+ Zunahme - Rückgang
Großbritannien und Irland	18.802	20.040	+ 1.238
Britische Dominions	1.632	2.795	+ 1.163
Dänemark	770	1.033	+ 263
Frankreich	1.922	3.803	+ 1.881
Deutschland	5.135	4.058	- 1.077
Griechenland	821	1.267	+ 446
Holland	1.472	2.032	+ 560
Italien	1.430	3.215	+ 1.785
Japan	1.708	4.167	+ 2.459
Norwegen	1.057	3.218	+ 2.161
Spanien	884	1.136	+ 252
Schweden	1.015	1.489	+ 474
Vereinigte Staaten (Häfler)	2.027	1.036	- 991
Vereinigte Staaten (Binnenflotten)	2.280	2.451	+ 171
Andere Vänder	3.479	4.251	+ 772
Insgesamt	45.404	68.408	+ 23.004

Während der seit Kriegsbeginn verfloßenen 15 Jahre ist also die Gesamttonnage der Welt Handelsflotte um 21 Millionen gestiegen.

das sind rund 46 Prozent der Vorkriegstonnage. Während der vorangegangenen Jahre von 1899 bis 1914 betrug die Zunahme 117 Prozent.

Wie die obige Tabelle zeigt, haben die Vereinigten Staaten die umfangreichste Vergrößerung ihrer Handelsflotte seit Kriegsbeginn zu verzeichnen. Die Hochseeflotte ist fast auf das Sechsfache gestiegen. Auch Frankreich und Italien weisen eine beträchtliche Zunahme auf. Deutschland hat seine Vorkriegsziffer noch nicht erreicht. Es ist aber dabei zu berücksichtigen, daß es nicht allein auf die Zahl der Bruttoregistertonnen ankommt, sondern auch auf die Leistungsfähigkeit der Schiffe. Die technische Entwicklung geht dahin, bei gleichem Tonnagegehalt den Leistungseffekt zu steigern. Da die Schiffe der deutschen Handelsflotte zum großen Teil erst in den letzten Jahren gebaut worden sind, ist anzunehmen, daß die Leistungsfähigkeit der deutschen Handelsflotte stärker gestiegen ist als der Raumgehalt. Zweifellos ist der Anteil der neu erbauten, modernen Schiffe der deutschen Flotte höher als der anderer Vänder. Trotzdem also die deutsche Flotte noch um mehr als eine Million Bruttoregistertonnen an Raumgehalt hinter dem Vorkriegszustand zurückbleibt, ist es sehr wohl möglich, daß sie ihn an Leistungsfähigkeit bereits überschritten hat. In Deutschland entfallen 24 Prozent der Flotte auf Schiffe unter fünf Jahre, in Großbritannien und Irland 22 Prozent und in den Vereinigten Staaten nur 3,5 Prozent unter fünf Jahre. Der Weltdurchschnitt berechnet sich auf 15,5 Prozent.

Der Anteil der einzelnen Vänder an der Welt Handelsflotte hat sich grundlegend geändert. In der Zeit von 1914 bis 1929 sank der englische Anteil von 41,6 auf 30,2 Prozent, während der der Vereinigten Staaten von 4,5 auf 16,6 und der Japan's von 3,8 auf 6,3 Prozent gestiegen war. Der deutsche Anteil betrug 1914 11,3, 1929 6,1 Prozent. Er steht also, wohlgemerkt dem Raumgehalt nach, unmittelbar hinter Japan an vierter Stelle, dürfte aber wohl Japan bald überholt haben.

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Welt Handelsflotte in bezug auf die Antriebsarten. Es entfallen in Prozenten der Weltflotte auf:

	1929	1928	1914
Segelschiffe	2,24 Proz.	2,08 Proz.	8,06 Proz.
Del für Motoren	9,78 Proz.	8,11 Proz.	0,45 Proz.
Del für Ressel	28,58 Proz.	28,46 Proz.	2,65 Proz.
Kohle	59,50 Proz.	60,75 Proz.	88,84 Proz.
	100,00 Proz.	100,00 Proz.	100,00 Proz.

Die Verdrängung der mit Kohle angetriebenen Schiffe durch die mit Del betriebenen Motorschiffe hält also an.

## Die Jugend-Blätter des JbV

Der Zentralverband der Angestellten legt die Nr. 7 seiner „Jugendblätter“ vor, die wiederum recht interessante Beiträge enthält. Neben einem instruktiven Artikel des Parteigenossen Ministerialrat Professor Richard Goldt über die Betriebsstatistik enthält sie eine gut informierende Abhandlung über den „Kaufmann im Konkurs“, vom Dipl. Handelslehrer Schönlke verfaßt. Dieses Mal ist auch „Bengt Berg“ enthalten. Dr. Hans Wieg berichtet über das Wollen dieses Forschers. Eine kleine Skizze Erna Büllings über „Eine Monatsfahrt“ sorgt für Vervollständigung der Nummer. Berichte über die diesjährigen Pfingsttreffen der JbV-Jugend, die als ein großer Erfolg gefeiert werden und Mitteilungen über die Entwicklung der Jugendarbeit im Reich sind außerdem in dieser Nummer enthalten. Wir wollen besonders die reichhaltigen Illustrationen — der Zeitschrift und eine interessante Ergänzung vermerken, die darauf ausgeht, durch Aufgaben aus der Berufs- und Gemeinschaftsstunde dem kaufmännischen Lehrling und jugendlichen Angestellten die Zeitschrift noch wertvoller zu machen. Die „Jugendblätter“ sind eine interessante und wichtige Bildungschrift für den jugendlichen Angestellten und können von uns immer wieder empfohlen werden. Den Jugendmitgliedern des JbV wird die Zeitschrift kostenlos geliefert.

## Spiel, Sport, Körperpflege



Das Fest der Kinder in Nürnberg galt als die letzte große Sportveranstaltung des Arbeiterturns vor den Hauptveranstaltungen zum 2. Bundesfest. Es wurde zu einer ganz großen Sache, zu einer Angelegenheit, die wieder Tausende von Menschen in ihren Mann zog und so eine ganz prächtige letzte Werbung für das Bundesfest darstellte. Das Fest der Kinder hatte das schöne Stadion als Rahmen, das seinen letzten Schluß für das Bundesfest erhielt. 12.000 Zuschauer, darunter die beiden Bürgermeister der Stadt waren Jungen von Dorfbildungen in Wollschiffen, die begehrt wurden. 3000 Kinder bildeten die Märsche in Spielen und Tänzen, die durch ihren Reiz durch die Stadt und ihre teilweise getragenen Freilichtspiele die Herzen der Zuschauer eroberten. Die Freilichtspiele, der städtische Turnverein — vorgeführt von der Bezirkschule in Nürnberg — in buntester Tracht, und die Wollschiffspiele von 2000 Kindern waren die Höhepunkte des Tages. Man sah drei Tage Ruhe — und in Nürnberg wird das größte sportliche Ereignis seinen Anfang nehmen, das diese Stadt bisher erlebte.

Bundesfest. Wegen des Bundesfestes in Nürnberg sind sämtliche Gesellschaftsräume des Arbeiterturns und Sportturns und des Arbeiter-Turnvereins vom Donnerstag, dem 18. Juli, bis einschließlich Montag, dem 22. Juli, geschlossen. Geöffnet bleiben die Filialen Zeiger Str. 3 und Jägerstraße Str. 11.



Großsch. Ein Erlebnis wunderschöner Art war der Werbeabend der Freien Sängerschaft am vergangenen Sonnabend. Begünstigt durch herrliches Wetter nahm die Veranstaltung unter zahlreicher Beteiligung aller Bevölkerungskreise einen wohlgeordneten Verlauf. Ohne Überdrehung kann festgestellt werden, daß die Freien Sänger ihren guten, alten Ruf durch ihre diesmaligen vorzüglichen Darbietungen erneut gefestigt haben. Waren die Männer- und Gemischten Chöre auf dem Marktplatz durch ununterbrochene Verkehrsgeräusche vor allem für Entfernende stark beeinträchtigt, so kamen dann alle Gesangsbeiträge auf der Rodelbahn bei der abendlichen Stille in schöner Reinheit zur Geltung. „Wo man singt, da laß dich ruhig nieder!“ Diese Worte wurden Wirklichkeit, als der größte Teil der andächtig lauschenden Zuhörer auf der idyllischen Waldwiese lagerten. Von einer mit leuchtenden Lampen abgegrenzten improvisierten Naturbühne — im Hintergrund der prächtige Laubwald, durch das Geäst die blinkende helle Mondscheibe — ließ die unter bewährter Leitung stehende Sängerschaft ihre mit großem Beifall aufgenommenen Lieder in die laue Sommernacht erklingen. Der Erfolg des Werbeabends dürfte als vollkändig erst dann angesehen werden, wenn ein großer Teil der begeisterten Zuhörer und sonstiger langesfreudiger Menschen aktive Mitglieder der Freien Sängerschaft Großsch. werden. Und das wäre dem verdienstvollen Sängerkorps aufrichtig zu wünschen.

Begau. Arbeiterfests. Beim Bau des Wasserwerkes der Sächsischen Werke aus der Esterwiesen wurde der 24jährige Monteurgeselle Giesler aus Begau durch einen herabstürzenden Balken schwer verletzt. Er wurde dem Krankenhaus in Jena zugeführt.

Begau. al. Stadtverordnetenwahl. Der Stadtverordnete Dr. Hermann hat sein Mandat niedergelegt, an seine Stelle tritt Herr Hebel. Dem Darlehen von 4000 Mark aus dem Stadtfür Kinderreiche Familien wird zugestimmt. Für den aus dem Schulausschuss geschiedenen Genossen Buchheim wird der Genosse M. Sch. u. r. z. gegen die Stimmen der SPD gewählt. Die Bauhütte Zeig hat um die Uebernahme eines weiteren Anteils (166 Mk. Nachzahlungen) ersucht. Der Rat lehnt ab. Stadt. Voigtländer bezeichnet die Bauhütten als kapitalistische Unternehmungen. Das Ansuchen der Bauhütte Zeig wird gegen die SPD-Fraktion abgelehnt, die Aufkündigung der Mitgliedschaft der Stadtgemeinde Begau bei der Bauhütte Zeig gegen die sozialdemokratischen Vertreter angenommen. Bei Fremdenbesuch der Wohnung durch Verzug sind die Umzugskosten erstattet worden. Es soll nun eine Norm dafür gefunden werden, wobei die Kommunisten von „Wohnungsverkäufen“ reden, während doch nur die wirklichen Umzugskosten erstattet werden. Der Wohnungsausschuss wird Richtlinien ausarbeiten. Voigtländer bezeichnet den Wohnungsausschuss als Dummkammer, abgleich sein Freund W. F. i. e. l. r. fragt wegen der Forderung des Arbeiter-Schwimmer-Bundes im städtischen Bade an, der auf seinem Anteil die Bundesflagge gehißt hat. Da die Flagge etwas viel Rot hat, ist sie dem Bürgermeister i. R. Hebelmann vermahnt auf die Kerven gefallen, daß sie durch die Polizei heruntergeholt wurde. Aus der Anfrage entwidete sich ein Flagenstreit, der vom Vorsteher damit beendet wurde, daß der Bauauschuss um Genehmigung ersucht werden soll. Zwei weitere Punkte der Tagesordnung wurden auf Beschluß der Mehrheit in nichtöffentlicher Sitzung behandelt. Gen. Michalek beantragte, sie in öffentlicher Sitzung zu verhandeln. Das wurde abgelehnt, obwohl die Wiederwahl des Bürgermeisters in aller Öffentlichkeit verhandelt werden konnte. Er wurde mit den Stimmen der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft auf 12 Jahre wiedergewählt.

Ein billiger Verwaltungs-Sonderzug nach Ziegenrück-Abbenheim. Abfahrt verkehrt Sonntag, 21. Juli; Abfahrt Leipzig 5h. 45 Uhr. Der Sonderzug hält in L. Leutzsch, L. Magwitz, Knauthain, Cnbra, Großbach, Begau und Neudorf. Fahrpreis ab Leipzig 5h. hin und zurück nur 6,00 Mark. Der Fahrkartenverkauf bei den bekannten Verkaufsstellen hat begonnen. Näheres durch amtliche Auskünfte und den Führer für diese Sonderfahrt und beim Reichsbahn-Verkehrsamt 2 Leipzig, Köpferstr. 1, Fernspr. 700 21, Umh. 758.



# Rote Jugend im roten Wien

Wien, 14. Juli.

Wir sind in Deutschland, und nicht zuletzt in Leipzig, an manche gewaltige proletarische Massenkundgebungen gewöhnt, so daß wir sie nicht nur beinahe als selbstverständlich, sondern auch als kaum überbietbar halten. Was aber heute Wien an Massenpräsentation, das dürfte noch auf einige Zeit hinaus wohl kaum eines der sozialistischen Zentren der Welt in Bewegung zu sehen vermögen.

Der heutige Tag galt den Opfern der Wiener Justizschlacht, galt dem 15. Juli 1927, da unter des Kanzler-Präsidenten Seipels Regierung die Schachtelndarfer Arbeitermänner freigesprochen wurden, da die in ihren Gerechtigkeitsempfinden aufs tiefste verletzte Masse, durch sinnlose Vollstreckung zur Sühne gebracht, den Ort der Schande, Justizpalast genannt, in Brand steckte und im selben Augenblick, da der Feuersturm von unseren Genossen der Weg freigemacht worden war und sie die Löcherheit beginnen wollten, die Volksgesalten trachten und in den Straßen Wiens die Jagd auf wehrlose Menschen begann.

Neulich rote hatte das Seipels-Regime gefördert, hunderte Proletarier wurden eingekerkert, fast und ohne alles menschliche Gefühl, erklärte der Bundeskanzler und hohe Würdenträger der Kirche den Abgeordneten im Parlament: **„Belangen Sie keine Milde von mir!“** — Die Seipels-Delegationen stülten sich die Wägen mit dem Besten einer neuen Welt, zu der Mühsal und Bitterkeit sollte.

Aber die österreichische Reaktion hatte sich verrechnet, der österreichischen Sozialdemokratie waren die Massen nur auf einen Augenblick entglitten. Bald hatte sie die Führung wieder fest in der Hand und im Abwehrkampf konnte sie nicht nur, den aus dem Dunkel heranschleichenden Faschismus niederzuschlagen, sondern auch die eigenen Reihen um Tausende neuer Streiter vermehren.

Der heutige Tag, nach dem Stinsontag, am 15. Juli, schließt. Zu dem 15. Juli 1927, dem Tag der Jugend, die noch während der Internationalen Jugendtreffen in Wien, die sich die Hunderttausende Wiener Arbeiter und Arbeiterinnen, die den Ring in diesen Massen besetzt hatten. Schon nach 8 Uhr begann von allen Seiten der Anmarsch des sozialistischen Jungvolks, und um 9 Uhr stand vom Burgtheater bis zum Rathaus ein einziger Wald von roten Fahnen, übergolten von leuchtendem Sonnenschein. Ein trübendes Bild, eine flatternde Volksschicht, ein hartes:

Trotz alledem!

## Friedrich Adler spricht

aus hunderttausend Reihen stürmisch begrüßt.

In historischer Stunde und auf historischem Wege sind wir heute vereint. Am 14. Juli 1789 begann die große französische Revolution, ein Jahr später, am 14. Juli 1890, tagte in Paris der Internationale Arbeiterkongress, der den Weltkongress forderte und als Rundgebung für diese Forderung die Feier des 1. Mai beschloß. Auf diesem Wege begannen in den neunziger Jahren die Wahlrechtskämpfe der Wiener Arbeiter, an denen er (Adler) als junger Mensch teilgenommen habe. Seitdem habe die Arbeiterklasse einen großartigen Aufstieg erlebt und in immer steigendem Maße ihre Selbstbewußtsein entfaltet. Heute stehe neben der Sozialistischen und neben der Gewerkschafts-Internationalen die Internationale der Jugend, und so habe der heutige Tag auch eine symbolische Bedeutung, insofern, als alle drei Internationalen

gemeinsam den Kampf führen müssen zur Erhaltung und Weiterbildung der Demokratie, zur Abwehr und Niederwerfung des Faschismus, zur Durchführung des Sozialismus. Adler schließt seine Ansprache mit dem stürmisch applaudierten Appell:

„Die Internationale über alles, über alles in der Welt!“

## Citrine, London

Darauf überbringt Citrine, London der Jugend die Grüße von 14 Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter und Arbeiterinnen. Was ihn besonders tief ergreife und in seinem Lande noch nicht zu sehen sei, das wären solche Scharen sozialistischer Jugendlicher, wie sie hier versammelt sind. Er spricht die Hoffnung aus, daß auch für England die Zeit kommen möge, da die jungen Proletarier in Jugendverbänden vereint seien.

## Otto Bauer, Wien

Als darauf Otto Bauer erscheint, geht wieder eine stürmische Welle der Begrüßung durch die dichtgedrängte Masse. Wenn heute die Jugend vieler Nationen hier vereint sei, so müßte sie vor allem auch daran denken, die in den Ländern der Diktatur einen bitteren Kampf führen. Aber die Stunde werde kommen, wo auch die Jugend dieser Länder über den geistigen Faschismus hinweg der Jugend der anderen Nationen die Hände reichen könne. Vor fünfzehn Jahren hätten dort (auf dem Balkan) gewisse einseitige Generäle und Minister die Welt in Brand gesetzt. Heute seien die große Hoffnung der Welt die britische Arbeiterpartei, die englische Arbeiterregierung. Unser Ziel ist eine sozialistische Welt, eine Welt, die die Arbeiter aller Rassen umfaßt. Die Jugend sei berufen, das Werk zu vollbringen, das die Alten begannen. Der Menschheit Freiheit, der Menschheit Würde, sie sind in eure Hand gegeben!

Mit erschütterter Wucht legt darauf der Massenchor der Internationalen ein, deren braulende Wellen von Justizpalast Branden, in dem vor zwei Jahren jenes Urteil erging, das zu den Schändlichsten Taten noch neunzig weitere forderte. Rot rücken die Fahnen, aufgeregt stehen Jungvolk und Alte, Männer und Frauen, einig in dem Gelbnis:

„Nie wieder Krieg!“

Hoch die Solidarität des Proletariats!

## Die Jugend marschiert

Und nun beginnt jene riesenhafte Demonstration über den Ring nach dem Prater. In Zehntausenden ziehen die Massen der Jugendlichen auf der Straße Althausburgischen Glanzes dahin, wobei an den Jungen früherer, kalterischer Macht und Herrlichkeit. Was nicht der Jung als Marschbahn braucht, ist nicht leicht von freudig bewegten Menschen mit leuchtend roten Blumen im Kuopfsch, oder an der Waise. Voran marschieren die Reichsdeutschen mit vielen Tausenden, darunter als stärkste Gruppe die Leipziger. Auch die „Tippler“ sind in diesem Zuge. Dann kommt das buntfarbige Bild der „Ausländer, der Tschechen und Polen, der Belgier und Schweizer, der Holländer und Franzosen, der Jugend aus Palästina, aus Schweden und Dänemark und woher sonst noch, alle jubelnd

begrüßt von der in Masse Später bildenden Wiener Arbeiterklasse. Den Schluß bilden die Oesterreicher in Sportkleidung, in Wanderkluft oder in Heimatstracht. Am Ende der Ringstraße, beim Donaukanal haben die Vertreter der internationalen Körperschaften, der österreichische Parteivorstand und der Vorstand des Bundes freier Gewerkschaften Anstellung genommen. Die Jugend desillert vor ihnen und entbietet in einem Dutzend Sprachen ihren Gruß. Freudig bewegt danken die Alten. Sie schauen von Ferne das Land der Zukunft, das sie selbst nicht mehr erreichen werden. Aber die Jungen werden es finden, wenn sie die Straße weiterschreiten, auf die die Alten sie geleitet haben.

## Sozialistischer Anschauungsunterricht

Eine Erinnerungsfeier an den 15. Juli 1927

bildete den Abschluß des dreitägigen Jugendtreffens. Die Hülle von Veranstaltungen aufzuführen, die die Wiener Genossen ihren Gästen boten, ist unmöglich. So sei nur erwähnt, daß außer einer großen Reihe wertvoller künstlerischer Feiern, an denen die Leipziger Jugend hervorragend mitwirkte, Führungen durch Wien und selbstverständlich durch die Wohnbauten der Gemeinde Wien stattfanden und daß mehrere führende Wiener Genossen und Genossinnen Vorträge hielten, so Genosse Breiner über: „Die sozialdemokratische Finanzpolitik der Gemeinde Wien“, Robert Danneberg über: „Die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung von Wien“, Karl Renner und Theresia Schiesinger über: „Die österreichische Sozialdemokratie“ usw. Am Freitagabend fand auf der hohen Warte eine Internationale Abendfeier statt, auf der u. a. Genosse Crispian als Vertreter der Sozialistischen Arbeiter-Internationalen sprach und der Sekretär der Jugend-Internationalen, Erich Dillenhauer dem Verband der österreichischen Arbeiterjugend eine schöne Fahne überreichte. An diese Abendfeier schloß sich ein imposanter Fackelzug den Donaukanal entlang nach dem Rathaus, das in geradezu prachtvoller Weise festlich illuminiert war. Die Leipziger Jugendgenossen ließen sich am Schluß des Fackelzuges in beinahe miternächtlicher Stunde noch eine Zugabe an die Wiener in Gestalt eines sehr netten Bläserkonzerts, das die ungeteilte Anerkennung aller Anwesenden fand.

Das Internationale Jugendtreffen in Wien ist eine in seiner Art einzigartige Veranstaltung gewesen. Es hat das sozialistische Jungvolk vieler Länder innerlich nähergebracht, hat Verbindungen angeknüpft, die über die Stunde hinweg zu einem dauernden, persönlichen und darüber hinaus zu einem politischen Bande werden. Es hat die Solidarität aus den luftigen Höhen der Theorie und des formalen Bekenntnisses in die rauhen Niederungen des alltäglichen Lebens hineingeführt — und die Theorie fand ihre Bestätigung. Im tiefsten Herzen befreit verließen am Sonntag die jungen Gäste Wien, um in die Heimat zurückzukehren oder sich auf Schusters Rappen noch ein Stück Welt anzuschauen.

## Nach 47 Jahren als unbrauchbar entlassen!

In Hannover ist der Tischler Kruse auf dem Wege zu seiner Arbeitsstelle — wo er 47 Jahre lang tätig war — einem Herzschlage erlegen.

Diese satanische Notiz war dieser Tage in der bürgerlichen Presse zu finden. Welch banale Angelegenheit, denkt der durchschnittliche Zeitungsläser, und legt die Notiz ad acta. Welche tiefen Hintergründe aber dieser Fall hat, wird durch den sozialistischen „Volkswillen“ der breiteren Öffentlichkeit kundgetan: „Kruse war 68 Jahre alt, er war aber noch rüstig. So war seine einzige Hoffnung, solange arbeiten zu können, als es seine Kräfte gestatteten. Vor zwei Jahren schon sollte er abgebaut werden. Der Abbau blieb ihm noch einmal erspart. Jetzt aber fragte die Firma nicht mehr nach Menschlichkeit, nichts mehr nach jahreszahlungen, Diensten... des alten Arbeiters. Kruse wurde mitgeteilt, daß heute sein letzter Arbeitstag sei. Das überlebte ich nicht!“, sagte der Alte zu Hausbewohnern, und bei einer andern Gelegenheit: „Wenn ich nur morgen tot in meinem Bette liegen würde!“ Der rücksichtslose Arm des Kapitalismus, der die alten Arbeiter rigoros beiseite schiebt, langte auch nach ihm. Er wurde das Opfer eines Wirtschaftssystems, das den Menschen, den lebendigen, besetzten Menschen nur als Produktionsfaktor wertet: Bist du nicht mehr so elastisch in deiner Arbeit, kannst du uns nicht mehr soviel Profit einbringen wie ein junger Arbeiter, dann bist du gefesselt. Da gibt es kein soziales Gewissen. Brutalität ist Trumpf — der Gewinn heißt alles! Der letzte Weg zur Arbeit — nach 47 Jahren — wurde für Kruse der letzte Weg im Leben. Wenige Schritte vor der Fabrik brach er tot zusammen. Er überlebte seinen Abbau nicht. Eine 63jährige kranke Frau hinterläßt er.“

**Die beste Bekämpfung**  
der Schundliteratur ist das Werben  
neuer Leser für die Volkzeitung!

## Die Brücke im Dschungel

Roman von B. Traven.

Der Pumpmeister machte große Algen und sah Ignacio an wie einen Weltweisen. Dann sagte er in einem Ton, aus dem deutlich die Bewunderung vor der Klugheit des Ignacio herauszuhören war: „Ich glaube, Sie haben recht, Ignacio. Das sieht ihnen ganz ähnlich, diesen Americanos. Ich sage es ja, stupid sind die ganz gewiß nicht, wenn sie auch sonst niederträchtiger Biester sind.“

Darauf antwortete Ignacio triumphierend: „Ja, man muß nur die Augen und Ohren aufmachen, dann kann man schon etwas lernen und sehen, auf welche Weise sie ihr Geld machen. Wir können die alle nichts vormachen, ich bin ihnen weit über, diesen Duscheln.“

Inzwischen hatte sich ein anderer Mann neben Garza gesetzt und ihm die Geige aus der Hand genommen. Die Mädchen sahen alle auf, weil er so tat, als ob er nun einmal zeigen wollte, wie man zum Tanze aufzuspielen habe. Ein paar Takte schlen es auch, daß er wirklich hervorragend spielen könne, und die Mädchen saugten bereits an ihren Kleidern herum. Aber dann war es auch schon aus, und er spielte schlechter als Garza.

Zwei Mädchen wagten es endlich, zu tanzen. Nach zehn Schritten aber sehen sie sich wieder. Wenn wenigstens eine Gitarre da wäre, dann ließe sich so etwas wie Musik zusammenstopfeln. Demnach denkt niemand an Aufbruch. Man ist einmal hier, und irgendetwas wird ja wohl geschehen. Wo so viele Leute heieinander sind, geschieht immer etwas. Vielleicht kommt doch noch der große Musikmeister, auf den sie alle in einem unbestimmten Gefühl warteten.

Ignacio hat sich von uns entfernt. Er sucht sicher eine andere Gruppe auf, die er mit seiner großen Entdeckung auf die Rufe gewinnen kann.

Eine junge, hübsche Frau kommt auf uns zu. Sie hat ein meergrünes Gazejacket an, durch das man den weißen Unterrock schimmern sieht. In dem schwarzen, sorgfältig durchgekämmten Haar hat sie zwei dicke rote Blumen, und sie trägt einen kleinen Blumenstrauß an die Brust gesteckt und einen mit vielen roten Blumen am Gürtel

„Haben Sie Carlos nicht gesehen?“ Sie fragt es ganz leicht hin. „Er hat noch nicht sein Abendbrot gegessen. Er ist ja ganz aus dem Häuschen vor Aufregung, weil Manuel gekommen ist. Das geht in einem Fort: „Buenas noches!“ und „Adios!“ und „Bontito!“ und „Bontito!“ und immer gleich wieder auf und davon.“

„Hier war er nicht, ich habe ihn nicht gesehen“, sagte der Pumpmeister.

„Kann sein, daß er hier war“, sagt Clegh, „aber ich habe nicht auf ihn geachtet.“

Ein anderer Mann kommt auf uns zu, und wir reden von dem neuen Dampfsessel, der dem Pumpmeister schon seit zwei Jahren verschrieben wurde, aber immer noch nicht angelangt ist.

Die junge hübsche Frau sieht Manuel und geht zu ihm rüber. „Ich sehe, wie er den Kopf schüttelt und dann wieder auf sein lächelndes Mädchen einredet.“

Die Frau — es ist die Gattin Garzas und die Mutter des kleinen Carlos — geht nun zu ihrem Mann. Er dreht sich gerade eine Zigarette, hört gleichgültig zu und schüttelt dann mit dem Kopfe.

Eine Wette steht die Frau unschlüssig und nachdenklich da. Dann sieht sie sich zwischen den Leuten und den Kindern um. Alle die Versenkten stehen und laufen in dem trüben Licht umher wie hunte gepenstliche Schatten. Die Gesichter, die alle Melancholie, viele beinahe schwarz sind, sind weniger zu erkennen als die grellfarbigen Kleider der Mädchen und die hellen Heuboden und Hosen der Männer. Zwischen steht es aus, als ob Kleidungsstücke umherläufen, über denen ein großer Hut hängt und mitläuft, denn die Gesichter und Hände verlaufen in der Nacht.

Einstigmal sehe ich noch die Frau Garza zwischen den Gruppen hin und her streifen, dann aber achte ich nicht mehr auf sie.

Garza hat die Fiedel wieder genommen. Man sieht ein, daß er von allen, die es nun versucht haben, immer noch am besten spielt.

Aus irgendeinem Winkel der Nacht heraus bläst jemand auf einer Mundharmonika. Wieder versuchen einige Mädchen zu tanzen, und wieder stellen sie den Versuch nach einer Runde ein. Die Frau des Pumpmeisters steht auf, nimmt eine Laterne mit und geht damit ins Haus. Der Wind wird dadurch noch gepenstlicher. Drüben bei den Eseltreibern ist das Feuer am Berlöschen, und die beiden Männer und der Junge kommen näher

heran, um unter Menschen zu sein. Sie finden gleich Bekannte, stellen sich bei ihnen hin, spucken aus und mischen sich in das Gespräch.

Da kommt Garza in der Richtung von der Brücke auf uns zu. Sie geht sehr eilig und sagt, noch während sie geht: „Der Junge ist nicht da. Ich kann ihn nicht sehen. Wo steckt er nur?“ Ihre Gesicht, das vorher noch nebenächlich, alltäglich geschäftig war, nimmt jetzt einen auffallend deutlichen Ausdruck der Besorgnis an. Sie sieht die Eltern hoch, öffnet ihre Augen weit und richtet sie fragend auf uns. In diesen Augen schimmert ein leiser Verdacht, gegen den sie sich noch zu wehren sucht. Und ein zweiter Verdacht glimmert hindurch, ob wir vielleicht etwas ahnen, aber unsere Ahnung vor ihr verborgen wollen. Stillos sieht sie sich nach allen Seiten um, wo sie nach suchen könnte. Dann blickt sie uns wieder an. In ihren Augen ist eine Wandlung vor sich gegangen. Der Verdacht, die leise Ahnung fangen an, Gestalt anzunehmen.

Der große Musikmeister ist erschienen! Der gröhnte, daß die Menschen haben. Gleich wird er zum Tanze aufspielen. Zu einem wirbelnden Tanze, bei dem die Fanfaren des letzten Tages der Welt zu hören sein werden.

Die Tänzer beginnen sich langsam aufzustellen. Zuerst nur die, wie bei jedem Tanze, die gehört haben, daß die Musik eingespielt hat.

„Machen Sie sich doch keine Sorgen, Carmelia“, sagt der Pumpmeister, „der Junge ist müde geworden und hat sich hingelegt zum Schlafen.“

„Im Hause ist er nicht, ich habe jeden Winkel durchsucht.“

„Er wird bei andern Leuten sein.“

„Nein, auch nicht.“

„Vielleicht irgendwo unter einer Decke getrocknet, oder er liegt auf einem Dache, wo er eingeschlafen ist, und wo es kühl ist“, sagt jetzt Clegh.

An das Dach hat die Frau nicht gedacht. Das kann sein, er schläft ja oft mit dem andern Jungen auf dem Dache, sie hat ihm ja oft den Fegen-Decke hinaufwerfen müssen. In ihre Augen kommt ein Schein von Hoffnung. Sie eilt davon. Wieder über die Brücke zurück.

Die Pumpmeisterin ist mit der Laterne aus der Hütte zurückgekommen, und der Platz wird wieder ein wenig heller.

(Fortsetzung folgt.)

Konzerte der Arbeiter-Mandolinisten

Die Bedeutung der Arbeiter-Mandolinisten ist eine dreifache. Direkt, unmittelbar wollen sie den proletarischen und sozialistischen Liebhabern der Mandoline, die infolge ihrer Billigkeit am leichtesten käuflich und infolge ihrer Spielart am besten erlernbar ist, die gefellige Ausübung ihrer Kunst unter Gesinnungsgenossen ermöglichen...

Endlich dienen die unermüdeten Spieler schon längst einem praktischen, organisatorischen Zweck. Sie schritten bei Demonstrationen voran als Spielleute, ermunternd und den Schritt festigend, sie erkreuten und wurden in den Unterhaltungsabenden der Ortsvereine der Parteien mit ihrer klingenden Fröhlichkeit...

Marisch- und Werbemittel der Arbeiterorganisationen, Pioniere der musikalischen Kulturbestrebungen des Sozialismus, Felerabend-erfüllung des Arbeiters: unter diesen drei Gesichtspunkten ist die Arbeiter-Mandolinisten-Bewegung zu betrachten und zu fördern. Nach diesen drei Richtungen hin hat sie an Lebenswichtigkeit und Arbeit genug auf Jahrzehnte hinaus, auf die Dauer. Konzentriert man sich darauf, fällt fast alle Problematik der Mandolinistenarbeit weg und die Schwierigkeiten der Programmbildung verringern sich mit der Herausarbeitung fest umgrenzter Ziele...

Solcher Dinge sind sich die Führer der Bewegung bewusst, denn anders könnten sie nicht sachlich, zweckdienlich und klugloslos arbeiten. Sie wollen ja nicht zurück zur Preimitivität, noch in ihre verharren, sondern weiter und empor. Aber genug davon und einige Anmerkungen zum Programm, das die vorangegangenen Erörterungen einestells auslöste und andererseits die Formulierungen erhärtete. Mit Freude konstatiere ich, daß man auf die Bearbeitung klassischer Sinfonien verzichtet hat. Ein erheblicher Fortschritt! Die Troubadour-Fantastik zeigte eine reizvolle Stelle, jene, wo Verdi selber im Orchester eine Gitarre nachahmt. Aber das Miserere für Mandoline (im selben Stück) verdient einen Namen, den ich wegen der Festlichkeit des Anlasses nicht herabschreibe. Man kann so was zu privatem Vergnügen machen, aber darf es nicht im Konzert vortragen. Unglücklich gewählt war auch die Paraphrase über: „Frühmorgens, wenn die Hähne krähen“. Ich sehe davon ab, daß es schlecht gelehrt ist und anscheinend viel Fehler in den Stimmen stehen, aber es ist äußerst frisch, und man würde es bei den Sängern schlimmste Liebertafel nennen. Leider mußte sich gerade der wichtige Bundesliederchor damit plagen, und es kam dabei logischerweise in beiden Konzerten zu langwierigen Anstimmungen. Das Kinderlieder-Potpourri haben die Kinder nett und wacker gespielt. Die Festhymnen und Duvertüren von Schau und Wölfl bewegen sich charakteristisch-gewisse ihrem Ausdrucksvermögen nach auf dem Niveau der glatten französischen Opern-Duvertüre von 1830. Originelles haben diese Originalkompositionen nicht, sie sind nur gefällig. Von dem Programm am musikalisch-proletarischen Kompositionen beginnt die „Mandolinfantastik“ von Kof mit sanfter Lyrik und vorzweifelhaft dann laßt die Internationale. Der „Marsch der Arbeiter“ vom nämlichen Komponisten ist ohne den Titel als Arbeitermarsch nicht kennlich. Der bekannte Tendenzchor „Morgenrot“ von Nobel verlor für Mandoline ohne Worte seinen revolutionären Inhalt. Man muß sich damit abfinden, daß der Mandolinistenklang, auch wenn er von Proletariatsmassen erzeugt wird, zum Träger revolutionärer Ideen wenig geeignet ist. Das bemies das tausendfach erprobte Lied von „Lord Folson“, in dem der Männerchor Leipzig-Thonberg mitwirkte. Die Mandolinbegleitung schwächte Härte und Entschlossenheit ab. Das andere Lied mit Männerchor, „An die Freiheit“ (von Ganglberger), sollte ein Hymnus an die Internationale sein, war aber ein langamer, gefühliger Walzer. Ein bewußtmächtiger strenger Programmanschluß könnte in Zukunft solche Verlager vermeiden. Am hübschesten die südländische Suite von Bracco, Satori, Salveti und die Volksliederfantastien, namentlich die „Volgsänge“. Da waren die Mandolinisten in Sentimentalität und Munterkeit in ihrem besten Element.

Die Darbietung war in den meisten Fällen gut, am besten schnitten die kleineren Gruppen ab. Von den Deutschen möchte ich hervorheben die Gawe 7, 8 (Sachsen), 4 und 6. Von den Usländern traten auf Österreich, Schweiz und Holland. Am temperamentvollsten und präzisesten wirkten die Züricher in ihrem ersten Stück - sie haben alte Tradition und sind Italien nahe, in den Dörfern der Südschweiz hörte ich an vielen Abenden die Mandolinistenclubs musizieren. (Für alle gilt: Ein Musikauschuß sollte die Bestimmen einer Revision unterziehen.)

Belbe Konzerte in der Albertshalle (Sonntagmittag und Montagabend) fanden zusammen etwa 5000 Zuhörer, die die Spieler mit Beifall, der gegen das Ende hin zunahm, auszeichneten. Die Mandolinisten werden mit viel Erfahrungen von diesem ersten großen Versuch heimkehren. Wir wünschen ihnen, daß das Fest ihre Organisation gestärkt haben und ihren Vereinen, dem Proletariat und Sozialismus in jenem Sinne nützen möge, den ihnen Klarheit und Weltbild weisen. H. W.

Mirag-Veranstaltungen

Funkreportage von der Vogelwiese.

Anscheinend um einen Ausgleich für die Aufhebung der sächsischen Geländehaft in München zu schaffen, wurde von der Mirag ein oberbayerischer Abend der Deutschen Stunde übertragen. Motto: „Geh' auch Gott, alle miteinander!“ - Eingeleitet wurde die Sache durch den bayrischen Präsidentenmarsch, auf daß man in der Welt merke, daß es in der weißblauen Wunsch-Monarchie noch alte Tradition gibt. Dann kamen Geschichten von Ludwig Thoma, Schrammleierstücke, die ganz gut klangen, und schließlich einige Schaberhüpfel zur Kennzeichnung der hochenden Volksfeste. Als ich meinem liebenwürdigen Kassen bei dem schönsten dieser Schaberhüpfel die Hörer ans Ohr gab, fragte er nach einem Augenblick ganz bestimmt: „Entel, das sind wohl Lieber von wilden Stämmen?“

Dann brachte die Mirag den „Tod von Meno“, ein Sende-spiel von Kurt Hegnide. Es ist das eine Rundfunkpremiere, die man mit viel Respekt angeht hätte als etwas, was besonders interessant und wesentlich sein sollte. In Wirklichkeit war es ein historisches Schauspiel von anno dazumal das auch in der Problemstellung nichts Neues brachte: Siegt Soldatenpflicht über die Liebe, oder steigt die Liebe über die Soldatenpflicht? Im vorliegenden Falle war erfreulicherweise letzteres der Fall und auch sonst löste sich alles in Wohlgefallen und Harmonie auf. Die Sympathie des Herrn Kurt Hegnide scheint in ganz auffälliger Weise bei den Engländern und nicht bei den lateinischen Völkern zu sein. Das hängt mit gewissen Tendenzen der ganzen deutschen Bourgeoisie zusammen. Als Ganzes war „Der Tod von Meno“ eine Belanglosigkeit.

Erhebend in diesem „Mitteln“ war eine Funkreportage von der Dresdner Vogelwiese: zuerst einige historische Erläuterungen über die Entstehungsgeschichte, alles von wegen der deutschen Grünlichkeit bei der möglichst immer an Hermann den Cheruster angeknüpft werden muß. Dann spielt eine Drehorgel entzückend leidend. Funktionärer Ausdruck für: „Mir sind da, auf der Vogelwiese!“ Seitens Ostar, der berühmte Jahrmartensänger, der auch für die Leipziger Jugend eine Quelle des Ergötzens ist, preßt in wohlgeleiteten und dabei doch hinreichenden Worten seine Ränge und Würden an. Im Bratungrückel wird im Münchner Dialekt eine kurze Ansprache gehalten. Dann macht man - auch in Berücksichtigung der Funkwirkung - „improvisiert“ in „Weiß, Wein und Gelag“, während die Kapelle einen Tusch nach dem anderen herunterschmettert. Eine Wunderschau. Arabische Fakire und Gaukler, Bauhängerinnen und Wasserfische werden „programmatisch“ unter ausfälliger Erwähnung der jeweiligen Reize angeführt. Das macht nicht der Miragist, sondern eine von der Vogelwiese. „Wissen Sie, mein Herr, was Liebe ist? - Nein?! - Keine Bratungrückel! - Liebe ist ein köstliches Gefühl am Herzen, wo man nicht tragen kann.“ sagt die Dame. Kennen dieses Wortes werden mir recht geben, daß das „Am Herzen“ im Original an der lautet. Man hat hier auf Käuz Rückstimm genommen, womit ich nachgewiesen zu haben glaube, daß das Manuskript auch dieser Wunderschau-Mitglieder der Mirag vorgelesen haben muß.

Hippodrom, Lustspiel, Tombola, wo das Rad im Mikrophon so blöde wie ein trüchtiges Kuh, wenn sie weiß, daß sie für Elekrola aufgenommen wird. Schließlich das Autofarussel mit vier bodenständigen Anlagen, die sich gleichzeitig betätigen. Als Ganzes war die Art, wie die Rundfunkreportage erfolgte, im wesentlichen glücklich. Mehr über diese Dinge zu sagen, behalten wir uns noch vor. Ein Vortrag des Genossen Dr. Meyer-Brandt vom ADGB behandelte das Thema „Arbeit und Gesundheit“. In wirklich ausgezeichnet klarer Weise schälte der Referent all die hygienischen, technischen und sozialen Probleme heraus, die hier Berücksichtigung finden müssen. Die Veranstaltung war ein Aktiposten der Arbeiterstunde der Mirag.

Leipziger Filmschau

Soll man drei, vier Jahre alte Filme wieder hervor, weil die gähnend leeren Kinos eine Mehrerausgabe nicht verlohnen? Oder sind die Kinos nur deshalb leer, weil man selbst unter den alten Filmen nur mindere Qualität auswählt? Ich glaube, die Kinobesitzer unterschätzen das Publikum doch etwas.

Kathen der Weise mag man noch sehen. Er hat nicht die abgetriebene Überlegenheit Leffings der Religion gegenüber, sondern hier wird Leffing, der sich heute viel freier und schärfer gegen die Kirchenreligion wenden würde, zu einer nicht einmal motivierten Frömmigkeit umgebogen. Aber so anschauliche Bilder wie z. B. die Belagerung Jerusalems vermitteln wenigstens saßbare Eindrücke. Die Menschen sind allerdings bläß gezeichnet, man sieht sie nicht leben. Selbst Werner Krauß als Nathan spielt nur ein recht pathetisches Theater. - Warum beneiden eine uraltelbterne Grotteske des Monty Banks, eines Komikerschens 6. Ranges? Sind Chaplin, Harald Lloyd, Buster Keaton für Leipzig zu schade? (Kinopavillon.)

Koch mehr verwundert man sich, wenn selbst ganz alte Mitbewestime wieder ausgegraben werden, wie der „Lobesritt von Bellona“. Oder der ihm verwandte Abenteuerfilm Die Teufelskutsch, in der die gemischte sächsische Schweiz zu wilden Perspektiven vor die Kamera gerückt wird. Unglücklich ist hier die Zusammenstellung eines so waghalsigen, beweglichen Artikels wie Luciano Albertini mit der talent- und ausdruckslosen Puppe Lya de Puill. Nichts rechtfertigt die Ausgrabung abgelegener Belanglosigkeiten, solange neue wertvolle Filme an Leipziger ungeschaut vorübergehen. (Casino.)

Jannings als Heilsarmee-Propagandist.

In der kapitalistischen Gesellschaft ist der Künstler ebenowenig frei wie der Arbeiter. Das wollen wir bedenken, wenn uns Jannings als Dar Kännig von Sopa kommt. Ein schlimmes Stück Kitsch. Jannings hat sich ja aus der kunstvernichtenden Dollararmut mittlerweile freigemacht. Das ehrt ihn. Nichts desto weniger kann man für sein leichtes Werk unmöglich Achtung aufbringen. Hier hat er sich als Reklamefigur für die musikalische Traktatindustrie hergegeben. Nicht den Douts, der von der Heilsarmee, ebenso auch das Mädchen, das für ihn auf den Strich ging, gerettet wird. Und nicht - dieser Kraftakt! - in den Armen einer Fürorgeschwester, gottgegeben. Das ist arrangierte Propaganda für die Hallselujagade! Ist Jannings dafür ein Vorzugsplatz im Heilsarmeehimmel garantiert worden? Dem Gesichte dieser Fabel entspricht ihre Ausführung. Man hat nicht etwa die Slums (Glendoveries) von London original photographiert, die man ja ähnlich in amerikanischen Städten hätte finden können, sondern man hat romantische Bauten aus Pappe im Atelier gebaut. Aber als Ganzes ist dieser Schund nicht von Poppe. (Theoria.)

Gott und Geld in Amerika

Von Erich Mübner.

Es ist Mittagspause in einer der vielen Fabriken Newyorks. Im Raucherraum sitzen die älteren Arbeiter, Zeitung lesend, oder ins Leere blickend. Nur einige sieht man mit dem Nachbar im Gespräch. Das Rattern der Maschinen am Vormittag zerstreut ihre Gedanken. Den Wunsch nach Ruhe, Nichtdenkmüssen lieft man ihren Gesichtern ab.

Die jüngeren Arbeiter suchen Abwechslung. Silbergebäude mit den Fingern in die Luft geschleift, bestimmen im Fallen ihren Besizer. Vorder- oder Rückseite gewinnt. Ein Tagelohn wird auf ein Pferd gewettet. Einzelne Gruppen spielen Karte. Dollarheine flattern überm Tisch, um in fremde Hölentischen zu verschwinden.

Die ganz Jungen lachen und toben. Einen Kreis bildend um den „Befähigten“. Neueste Jazz-Schlager, gesungen, gepatscht mit den Füßen getrampelt, ordnen als wilder Lärm herüber. In der Mitte des Kreises der Tänzer. Seine Hände und seine nach dem Takt des Gesohles verrentend, den Unterkörper vor- und zurückschaukelnd, ahmt er den gestern Abend gesehenen Tanz eines Kegermädhens nach. Schwindend und ganz ermatet muß er endlich aufhören. Ein blödes Gebrüll aller um ihn Stehenden ist der Applaus.

In der Tür erscheint ein etwa 60jähriges Männlein, das sonst mit einem Besen den Arbeitsaal reinigt; jetzt hat es ein Bündchen bedruckter Zettel im Arm. Gebückt schleicht es an den lärmenden Jungen vorüber. Die lachenden, älteren Arbeiter sind sein Ziel. Mit feierlicher Geste übergibt es jedem eines dieser Papiere. Mein Nachbar, ein 40jähriger Leipziger, lächelt, als der Zettelverteiler auf ihn zukommt. Neben mir sitzt ein junger Berliner. Wir zwei sind erst 14 Tage hier beschäftigt. Der Betriebsleiter glaubt sich verpflichtet, seinen Zetteln einige erhellende Worte mitzugeben. - Mit sanfter, tiefer Stimme, leicht singend spricht er: „Protestanten, Katholiken, Juden, alle sind willkommen zu den Vortragsabenden unserer Seite, der Bibel-forscher. Lange Jahre schon gehöre ich dazu. Nach den ersten drei gehörten Vorträgen ist man eine guter, edler Mensch. Es gibt keinen besseren Ort, am Sonntag als unsere Kirche. Als reiner Mensch verläßt man sie. Es ist ein Segen für uns alle!“ Hier fällt ihm der Berliner ins Wort: „Ich gehe lieber Säkularschulaufen oder Schwimmen am Sonntag, und überhaupt will ich mit der Kirche nichts zu tun haben!“ - Mein Nachbar lächelt. - Die blauen Augen des Alten blitzen enttäuscht. Er jährt am ganzen Körper. Stoßweise erwidert er: „Oh, nein! Das dürfen Sie nicht sagen. Der Segen Gottes ruht auf unserer Gemeinde. Hören Sie die Geschichte meines Sohnes, und Sie werden anders reden.“ Mein Nachbar bemerkt auf deutsch, zu mir gewandt: „Die höre ich nun schon das fünfmal!“ Der Alte erzählt: „Mein Sohn ist Pilot eines Privatflugzeuges. Letzten Herbst in kühnlicher Nacht flog er von Newyork nach Washington. Der Sturm heulte. Klatschend strömte Regen nieder. Meine Frau forgt sich sehr um ihn. Wir wußten, daß er schwer zu kämpfen hatte in seiner Maschine. Die ganze Nacht beteten wir für ihn. Am Morgen erhielten wir die Nachricht. Sein Flugzeug war außer Kontrolle geraten, in Sturm und Dunkelheit hatte er notlanden müssen.“ Seine Maschine ging an einem Baum in Trümmer. Er lebte! Ein Wunder war geschehen! Sie sehen also, die Hand Gottes liegt gnädig über uns!“ Ganz leise, innerlich bewegt hatte er diese letzten Worte gesprochen. Mit träneneuchten Wangen, das Gesicht verückt nach oben gerichtet, stand er vor uns. Der Berliner öffnete den Mund, wurde aber von meinem Nachbar mit verständlichem Blick zum Schweigen gebracht. - Klingelzeichen ertönt. Alle hasteten nach den Arbeitsräumen.

Viert Tage später. Morgens. Wir drei Deutschen gehen gemeinsam von den Umkleideräumen nach untern Arbeitsspähchen. Da steht eine Gruppe Arbeiter stauend, still den Worten des alten Beschneidenden lauschend. Wir kommen näher. Seine Stimme ist laut, schrill, edig. Sein Körper ist gespannt, hochgerichtet. Die Augen funkeln grün. Seine Hände greifen in der Luft nach Dingen, die wir nicht sehen können. Die Junge ist schwer vor Erregung. Mühsam trägt er: „Ihr seid alle nichts! Betriebs-sklaven! Mein Sohn! Ein ganzer Kerl! 250 Dollar verdient er jetzt pro Tag! 250 Dollar! Den Besen werde ich nun nicht mehr lange um eure Maschinen herum-schwängen! 250 Dollar verdient mein Sohn pro Tag. Wenn er das 40 Tage lang tut, dann haben wir 10000 Dollar! Davon wird ein Haus gekauft. Und ein Figgarengeschäft. Nun wird's uns endlich gut gehen! Ich sagte euch ja, die segnende Hand Gottes liegt auf meiner Familie!“ Mit Siegermienen blinzt der stolze Vater auf uns herab. - „Ja, was? Was macht denn Ihr Sohn?“ fragt der Berliner. Langsam, Wort für Wort betont, kommt die Antwort: „Mein Sohn ist Pilot in Mexiko. Erkundungsfähige über den Hinten der Rebellen und Bombenwerfer! 250 Dollar pro Tag! Ja, ja, 250 Dollar pro Tag! Der Herr hilft den Senen!“ Der Berliner ist bleich geworden. „W-o-m-b-e-n-w-e-r-t-e-n?“ formen seine Lippen. Dann plötzlich scharf und schneidend: „Wie wollen Sie denn das mit Ihrem Glauben in Verb - -!“ Mein Nachbar unterbricht ihn, zieht ihn zur Seite. - „Sei still; der da wird nie verstehen, was du ihm sagen willst. Kannst du einem Papagei eindreffierte Worte wieder abgewöhnen? Nein! Immer wieder wird er sie sprechen. Oder von ihm verlangen, daß er denken solle? Mitleid empfinden? Liebe? Es ist unmöglich!“ Die Klingel ertönt. Die Maschinen beginnen ihren Lärm.

kleine Chronik

Der Wiener Dichter Hugo von Hofmannsthal ist auf besonders tragische Weise einem Gehirnschlag erlegen. Bei dem Leidenbeginns seines ältesten Sohnes, der sich das Leben genommen hatte, brach der fünfundsünzigjährige Dichter bewußtlos zusammen. Der frühestre Eritler, der siebzehnjährig die dramatische Studie „Gestern“ veröffentlichte, wurde um die Jahrhundertwende zur „Schule der Neoromantiker“ gerechnet, mit seiner Prosa, seinen Versen und kleinen Dramen. Er war ein Effektiker und das Muster des zugleich kultivierten und beladenden späten Bär-gers. Mit der Bearbeitung alter Stoffe, des mittelalterlichen „Tobemann“-Spielles hatte er seinen größten Erfolg, ebenso wie als Diktator von Richard Strauß, für den er im „Rosentauker“ sein Bestes, weil Schöstes gab, einen spielerischen, ein höchsten sentimental Wiener Leichtsin. Seine letzte selbständige Bühnendichtung, das „Große Salzburger Welttheater“ zeigte ihn einer unachten, nicht mittelalterlichen, sondern nur mittelalterlich-romantischen Trümmerlei verfallen, die uns gar nichts mehr anging.





Badezeit

Überall im Lande laden schimmernde Teichflächen zum kühlen Bade ein. Allerdings besitzt Sachsen keine natürlichen Teiche, da alle erst durch Dammbauten ihr Wasser angestaut haben...

Gegen die 'Schwarzarbeit'

Schärfere Kontrolle der Arbeitslosigkeit.

Der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat an die Landesarbeitsämter ein Schreiben gerichtet, in dem eingehende Anweisungen für eine schärfere Prüfung der Arbeitslosigkeit und besonders der Erfassung der 'Schwarzarbeiter' gegeben werden.

Ein Arbeitsloser, der Unterstützung begehrt, muß dem Arbeitsamt tatsächlich zur Verfügung stehen. Bei Ausfüllung der Arbeitsbescheinigungen ist noch überall die erforderliche Gewissenhaftigkeit erreicht. Eine Kontrolle der Angaben über das Arbeitsentgelt durch die Krankenkasse ist im weitestem Umfange notwendig.

Es ist Pflicht der Arbeitsämter, der Kontrolle, ob die unterstützten arbeitslosen Gewerkschaften ausüben, die äußerste Aufmerksamkeit zu schenken und durch geeignete Überwachung dafür zu sorgen, daß Ausnutzung der Versicherung durch solche 'Schwarzarbeiter' vermieden wird.

Die Landesarbeitsämter haben die Arbeitsämter bei diesen Aufgaben zu unterstützen und sich durch eingehende und regelmäßige Nachprüfungen ein zutreffendes Bild von deren Durchführung zu verschaffen.

Einbruch in ein Baubüro

In der Nacht zum 13. Juli wurde in ein Baubüro am Johannisplatz eingebrochen und eine Kasse mit etwa 1600 Mark, ein Scheckbuch für Frachttreibungen von der Deutschen Verkehrskreditbank auf 1000 Mark, fällig ab 15. Juli 1929 lautend, und je eine Lohnkarte mit Geld für Fremter und Max Wittig, außerdem ein kleiner Handkoffer, ein Hemd, eine Windjacke und 600 Stück Zigaretten (Balkett und Rames) gestohlen.

Straßenperungen. Ab Freitag, den 19. Juli, wird die Straße am Wasserwerk zwischen der Störmbäcker Straße und der Preußenstraße für den durchgehenden Fahrverkehr in beiden Richtungen auf etwa 8 Tage gesperrt.

Der Rat im Druck

Fürstenbilder raus aus dem Rathaus - Das Verlangen der Stadtverordneten berechtigt

Die Leipziger Stadtverordneten hatten am 23. November 1927 beschloffen, den Rat zu beauftragen, aus den Räumen des Neuen Rathauses, die zur Erfüllung von Repräsentationspflichten benutzt werden oder die Beratungszwecken dienen, nämlich dem Festsaal und dem Ratssalenratungssaal, die monarchistischen Embleme, drei Porträts ehemaliger regierender Fürsten und die Wiedergabe eines Bismarckdenkmals in Silber, zu entfernen.

So sei es auch falsch, vom Räte zu verlangen, geschichtlich Gewordenes zu beseitigen, nur weil die Verfassung geändert worden sei.

Weiter wurde ein Verstoß gegen § 65 des Bürgerlichen Gesetzbuches und, soweit das Bismarckdenkmal, eine Schenkung, in Betracht komme, ein Verstoß gegen die Stiftungsbestimmungen gerügt. Die Fürstenbilder stammten von der Hand des bekannten Porträtmalers Urban und das Bismarckbild sei der Stadt vom Kommerzienrat Stöhr mit dem Auftrag geschenkt worden, es im Ratssitzungssaal aufzuhängen.

Demgegenüber legten die Stadtverordneten dar, daß die künstlerische, sowie jede über die allgemeinen verwaltungs- und büreau-technische Einrichtung hinausgehende Ausstattung nicht in dem Rahmen der laufenden Verwaltung fällt, insbesondere auch dann nicht, wenn es sich um Räume handelt, die neben dem Charakter der Repräsentativen noch ein bestimmtes politisches Gepräge erhalten. Die Ausstattung solcher Räume könne nur unter Mitwirkung der Stadtverordneten erfolgen.

den Ratsräumen zu entfernen. Wenn man sie in die stadthistorische Galerie oder an einen anderen geeigneten Platz bringe, so würden die Stadtverordneten dagegen kaum Einspruch erheben. Weiter wurde die Auffassung des Rates über den Schenkungsvertrag widerlegt.

In einer Gegenansicht erwiderte der Rat, daß zu der büreau-mäßigen und verwaltungstechnischen Ausgestaltung des Rathauses auch die Ausschmückung gehöre. Außerdem handle es sich gar nicht um eine Neuausschmückung, sondern um die Erhaltung des bestehenden Zustandes.

Die Kreishauptmannschaft hatte die Frage des Rates abgewiesen und sich im wesentlichen die Rechtsausführungen der Stadtverordneten zu eigen gemacht.

Hiergegen hatte der Rat Verufung eingelegt, indem er sich noch auf eine Reichsverordnung bezog, wonach Gegenstände von künstlerischem und geschichtlichem Werte geschützt seien. Dementgegen erklärten die Stadtverordneten, daß von einer Beeinträchtigung der Werte keine Rede sein könne, wenn man sie im Stadtmuseum oder in der Gemäldegalerie unterbringe, zumal solche Erinnerungszeichen mit der Umgebung nicht unlosbar verbunden seien.

Das Oberverwaltungsgericht in Dresden (3. Senat) hat die Berufung verworfen und die Kosten des Verfahrens der Staatskasse auferlegt. Was zu den Geschäften der laufenden Verwaltung gehöre, könne nur im einzelnen Falle entschieden werden. Die Ausschmückung der Repräsentationsräume trat in der Tat aus dem Rahmen der laufenden Verwaltung heraus. Diesbezügliche Beschlüsse stehen nicht dem Rat, sondern den Stadtverordneten zu. Auch eine Verletzung sonstiger Vorschriften liegt nicht vor. Wenn bei der Schenkung zum Ausdruck gekommen sei, das Bild möge im Ratssitzungssaal aufgehängt werden, so handle es sich dabei nur um einen unerbindlichen Wunsch des Stifters, nicht aber um einen Auftrag im Sinne des Gesetzes. Die Reichsverordnung über Schutz der Kunstdenkmäler sei schon 1925 außer Kraft getreten und damit seien auch die sächsischen Ausführungsbestimmungen hinfällig, so daß es dahingestellt bleiben könne, ob sie verletzt wären, wenn sie noch bestanden hätten.

Rüpelhaft und parlamentsunfähig

Jedes Parlament muß nicht nur eine Geschäftsordnung haben, sie muß auch von den Parlamentsmitgliedern beachtet und durch nicht mißbraucht werden, sonst wird jede parlamentarische Arbeit unendlich gemacht. Das trifft selbstverständlich auch auf die Gemeinderäte zu. Die Kommunisten sind nicht Freunde solcher Geschäftsordnungen, besonders wenn sie in der Minderheit sind und ihren hemmungswirksamen Störungsabsichten bei parlamentarischen Verhandlungen die Geschäftsordnung hinderlich im Wege sieht, wie in den beiden letzten Sitzungen des Stadtverordnetenkollegiums sich gezeigt hat.

Die Schneller und Dajede, die vor dem neuen Volksetrat Winterich, der den letzten Stadtverordnetensitzungen auf der Tribüne bewohnte, den Nachweis der richtigen Thälmannschen Linie zu führen hatten, mußten zu diesem Zwecke unbedingt Standfuß machen und 'revolutionäre' Parlamentaristatist treiben. Das ist damit den Parlamentarismus und das Ansehen der sozialistischen Arbeitererschaft schädigen, kündigt diese Schädlinge der Arbeitererschaft nicht. Hauptsache ist, daß sie ihre wacklige Stellung in der RVD neu festigen können. So kam der Hinauswurf Schnellers und Dajedes aus dem Stadtverordnetenkollegium und ihr Wärtorium, das Herr Dajede selbst zur Lächerlichkeit machte, indem er gegenüber den Polizeibeamten sich darauf berief, daß er Kriegsbeschädigter sei.

Die mit den Kommunisten wegen ihrer Rüpelereien geführten

Geschäftsordnungsdebatten haben gezeigt, daß die Schneller und Dajede entweder die Bestimmungen der Geschäftsordnung nicht kannten und nicht kennen wollten, oder sie nicht verstanden haben. So wiederholte Schneller in der Sitzung, die den Haushaltsplan verabschiedete, denselben Antrag auf namentliche Abstimmung, der wegen der fehlenden Unterstützung von 10 Abgeordneten nicht zur Verhandlung kam. Der Vorsitzende mußte erst darauf aufmerksam machen, daß der alte Antrag nach der Geschäftsordnung nicht zulässig ist. Trotzdem brüllte einer der Kommunisten: 'Warum denn nicht?'

Am Beginn einer der letzten Sitzungen, in der die Aussprache über den Haushaltsplan fortgesetzt wurde, brachte Dajede einen langen, mit kommunistischer Witz versehenen Antrag gegen das 'Polizeinüppelbäumchen' und wollte den Antrag außerhalb der Tagesordnung begründen, was nach der Geschäftsordnung nicht zulässig ist. Auch in diesem Falle mußte der Vorsitzende den Kommunisten praktischen Unterricht in der Geschäftsordnung geben.

Nach dem Ausschluß Schnellers von der Stadtverordneten-sitzung führte Dajede Beschwerde und verlangte, daß das Präsidium und die Fraktionsführer sofort über seine Beschwerde entscheiden sollten. Der Vorsitzende mußte Dajede beschreiben, daß nicht er, sondern nur sein Gefinnungsfreund Schneller als Ausschlußbescheide beim Präsidium einlegen könne. Wenn nun die Kommunisten die Geschäftsordnung für sich ausüben können, verlangt ihr 'revolutionärer' Geisteshaltung. Herr Schneller war nur für eine Sitzung ausgeschlossen. Am gleichen Abend fand jedoch eine neue Sitzung der Stadtverordneten statt. Als sie begann, suchte man vergeblich den 'großen Revolutionär' und Verächter des 'bürgerlichen Parlamentarismus', Herrn Schneller, und erst, nachdem Herr Dajede schüchtern beim Vorsitzenden angeklopft hatte, ob Schneller nicht wieder in den Sitzungssaal kommen könne, weil er nur für eine Sitzung ausgeschlossen sei, die beendet wäre und der Vorsitzende dieses als selbstverständlich bezeichnete, kam Schneller wie ein geprügelter Schulbube in den Sitzungssaal.

In der letzten Stadtverordnetensitzung war zu einem Tagesordnungspunkt von den Ausschüssen beantragt worden, auf einem



Abmarsch des Demonstrationzuges vom Rathaus Wien

In unserem Artikel: Rote Jugend im roten Wien.

# Wo ruft die Pflicht?

Zentrum-Süden, heute Dienstag, 20 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 34, Gruppenabend. Genosse Hegmann spricht über den Young-Plan.

## Sozialistische Studentengruppe.

Morgen Mittwoch, 20 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 34, letzter Abend der Arbeitsgemeinschaft Zeigner über Strafrecht.

## Mitglieder-Vereinstellungen

Connewitz-Bühnig. Alle Bücher müssen bis Mittwoch, den 17. Juli, abgegeben werden. Die Bibliothek bleibt bis 21. August geschlossen.

Städtisch. Morgen Mittwoch Ferienausflug. Treffen 13 Uhr an der Thonberger Brücke. Badeausflug und Trinktisch mitbringen. Teilnahme Erwachsener erwünscht.

Vöhlitz-Chrenberg. Mittwoch, 17. Juli, 20 Uhr, in der Grünen Aue, Vortrag des Genossen Frenzel: Der Kampf um die Gemeinden.

früheren Beschluß der Stadtverordneten stehen zu bleiben. Die Kommunisten beantragten, den Beschluß aufzuheben, blieben aber bei der Abstimmung sitzen. Erst auf die Bemerkung des Vorsitzers zu den Kommunisten: „Wenn Sie dagegen sind, müssen Sie aufstehen“, erhoben sich die kommunistischen Herrschaften. Wenn der Vorsitz die Kommunisten nicht aufmerksam machte, hätten sie gegen ihren Antrag gestimmt.

Man könnte diese Liste parlamentarischer Unfähigkeit kommunistischer Stadtverordneten noch fortsetzen, doch für heute soll es genug sein. Möge die Arbeiterschaft bei der kommenden Stadtverordnetenwahl dafür sorgen, daß der Einfluß der Schneller-Leute im Stadtverordnetenkollegium auf ein Minimum herabgedrückt wird.

## Pollzeinachrichten

**Empfindlicher Verlust. 200 Mark Belohnung!** Während des Urlaubens von Waren von einem vor dem Grundstück Breslauer Straße 2 haltenden Lastauto hatte ein Beifahrer sein Jackett, in dem sich ein Briefumschlag mit 1500 Mark Geschäftsgebern befand, auf dem Führersitz gelegt. Nach Beendigung seiner Arbeit mußte der Mann die Wahrnehmung machen, daß der Umschlag mit dem Gelde gestohlen worden war. Der Betrag bestand aus 50 Zwanzigmarscheinen und 50 Zehnmarscheinen. In dem Umschlag befand sich außerdem eine Wechselanweisung über 1000 Mark auf Paul Selge Merseburg, lautend. Wer die Beobachtung gemacht hat, daß sich eine Person auf dem Führersitz des fraglichen Autos zu schaffen machte oder sonst Sachdienliches hierzu angeben kann, wolle sich beim Kriminalamt melden. Für die Wiederherbeibringung des Geldes sind vom Verlustträger, dem Arbeitgeber des Bestohlenen, 200 Mark Belohnung ausgesetzt worden, deren Verteilung unter Ausschluß des Rechtsweges erfolgen soll.

**Gewalttätige Mordanschlag.** Am 10. Juli, abends in der 11. Stunde, wurde eine auf dem Nachhausewege befindliche Hausfrau in der Kleiststraße in Gohlis von einem unbekannten Mann in Straßenbahneruniform, der ihr schon von der Kreuzung Weibels- und Bleicherstraße aus gefolgt war, angegriffen. Nachdem das Fräulein seine Begleitung abgelehnt hatte, faßte der Mann es plötzlich an beiden Schultern, warf es auf die Straße und zerriß ihm die Unterleibung. Auf die Hilferufe des Mädchens stürzte der Mörder nach der Bleicherstraße zu. Er ist 1,60 bis 1,65 Meter groß und hat volles, rundes Gesicht. Zeugen des Ueberfalls, insbesondere ein junges Mädchen, das in der Nähe gestanden hat, und Personen, die Hinweise zur Ermittlung des Täters geben können, wolle sich beim Kriminalamt melden.

**Tierquälerei.** Von acht Enten, die täglich auf einer Wiese an der Parthe in Wodau weiden, sind am 7. Juli, nachmittags, von unbekannten Kahlhähnen 4 Stück verumtötet durch Fußtritt oder wuchtige Stockschläge getötet und in ein Erdloch geworfen worden. Zweien der Tiere war das Rückgrat gebrochen. Wer Beobachtungen hierzu gemacht hat, wolle sich beim Kriminalamt melden.

**Ein leichthühner Schläge.** Am Montag wurde in Leipzig, Gohlis der zwischen den Gärten entlang gehende Kaufmann Bed durch einen Leichthühner in den Bauch getroffen und schwer verletzt. Als Schläge wurde ein 17 Jahre alter Oberrealschüler festgehalten. Er hatte in einem Garten Schießübungen vorgenommen. Die kriminalpolizeiliche Untersuchung des bedauerlichen Vorkommnisses ist noch im Gange.

**Tierverkauf an den Freibänken.** Morgen Mittwoch, den 17. Juli, an der Freibank I Nr. 801 bis 1200 und Nr. 3601 bis 3900; an der Freibank II Nr. 1601 bis 2000. Von 10,30 Uhr an freier Verkauf.

## Leipziger Rundfunkprogramm

Mittwoch, 17. Juli.

- 10,50—11,00 Uhr: Dienst der Hausfrau. Margarete Schubert, Dresden: „Brüchsuppen und Fruchtspeisen.“
- 12,00 Uhr: Schallplattenkonzert.
- Nach dem Rauener Zeitzeichen: Schallplattenkonzert.
- 14,15—14,45 Uhr: Ernst Smigelski, Romolo Crilla, Leipzig: Italienischer Unterricht.
- 15,00 Uhr: Für die Jugend. Zwei Rasperstücke mit Musik. Spielleitung: Hans Peter Schmiedel. 1. Rasperl und der Astronom. Ein kleines Rasperstück von Peter Peppermint. Figuren: Rasperl, Dr. Stellariums, der Astronom, der Teufel, der Mond. II. Das große Los. Ein Rasperstück von Maria Klara Keller. Figuren: Rasperl, Wachmeister, der Teufel.
- 16,30 Uhr: Fröhliches vom Rhein und vom Wein. Weitere Vieder zur Laute und Rezitationen. Mitwirkende: Walpurga Stöber, Dresden (Vieder zur Laute), Eugen Rny (Rezitationen).
- 18,05 Uhr: Arbeitsmarktbericht des Landesarbeitsamtes Sachsen.
- 18,20 Uhr: Wettervorhersage und Zeitangabe.
- 18,55 Uhr: Arbeitsnachweis.
- 19,00 Uhr: Dr. M. R. Behm, Leipzig: „Die Wirtschaftsverfassung.“ I: „Die Entwicklung zur modernen Wirtschaftsverfassung.“
- 19,30 Uhr: Dr. Adolf Teufcher, Dresden: „Das Moritzburger Teichgebiet.“
- 20,00 Uhr: Volkstümliches Orchesterkonzert. Das Leipziger Sinfonie-Orchester. Dirigent: Wilhelm Ketisch. 1. Lohjina: Overtüre zur Oper „Der Wildschütz“. 2. Mascagni: Aus der Oper „Cavalleria rusticana“. 3. Nicolai: Ballettmusik aus der Oper „Die lustigen Weiber von Windsor“. 4. Offenbach: Intermezzo und Barcarole aus „Hoffmanns Erzählungen“. 5. Gounod: Faustwalzer. 6. Kreisler: Marsch der Schwarzwald.
- 21,15 Uhr: Deutsche Erzähler. Theodor Fontane: Onkel Dodo. Sprecher: Hans Fischer, Dresden.
- 22,00 Uhr: Zeitangabe, Wettervorhersage, Pressebericht und Sportfunk.
- Anschließend: Tanzmusik. Neue Leipziger Jazzsymphoniker. Während der Tanzmusik (etwa um 22,30 Uhr) Meldungen von Bord des Lloyd dampfer „Bremen“.

# Kinderrepublik Sachsen

## Das Zeltlager in Kößchenbroda wird eingeweiht

„Kößchenbroda“, so etwa lieft man es im Brodhaus, „Kößchenbroda ist eine sächsische Stadt rechts an der Elbe unterhalb Dresdens, verfügt über 17432 Einwohner, erfreut sich eines Amtsgerichts und einer höheren Mädchenschule, betreibt Obst-, Wein-, Erdbeer- und Spargelbau.“ Am 14. Juli 1929 aber — so hätte der gewissenhafte Chronist zu verzeichnen — gefielte sich dem Amtsgericht und den Erdbeeren eine neue Sehenswürdigkeit, die nicht nur die Blide Kößchenbrodas auf sich zog, sondern auch die umliegenden Rester in merkliche Erregung versetzte. Am 14. Juli entsaltete sich auf einer Höhe oberhalb der Stadt Kribelndes, lachendes, munteres Leben. Die Kößchenbrodaer rieben sich die Augen und staunten. Schier über Nacht waren Zelte aus der Erde gewachsen, ein ganzer Zeltstaat, eine kleine Welt für sich. Selbstherlich breiteten sie sich aus, die grauen Regel, wie spitze Mägen ragten sie über die Dächer der Stadt. Staunen, Kopf-schütteln, Fragen: „Was'n da los? Ein Regerdorf?“ „Rein, kein Regerdorf, eine kleine rote Republik.“ Das erfuhr in den Mittagstunden jeder, auch der Verschlafene.

Mittags um zwei Uhr tauchten am Waldrand rote Fahnen auf, hauchten sich im Wind, flammten in der Sonne und nahmen ihren Kurs geradeswegs auf das sonnigst ruhige Städtchen zu, als gälte es, die Straßen im Sturm zu erobern. Sie kamen näher, und nun leuchteten von großen, roten Transparenten des Räffels Lösung: „Kinderrepublik Sachsen“ und „Wir sind das Bauvolk der kommenden Welt“. Darum also das seltsame Treiben da oben am Hang des Kößchenberges, darum das Lachen und Singen in der Luft.

### Die Kinderfreunde

haben ihre Zelte aufgeschlagen und wollen für vier Wochen die düstere Großstadt mit all ihrem Elend vergessen, wollen frei sein, Sonne trinken, Luft schöpfen, spielen, turnen und sich selbst regieren. Am weithin sichtbaren Schützenzelt in Kößchenbroda hat sich der junge Staat verammelt. Im weiten Kreise sitzen sie auf der Wiese, nahezu achthundert Kinder aus allen Gauen Sachsens, mit leuchtend blauen Blusen besetzt, das rote Falkenzeichen am Arm. Ueber ihren Köpfen flattern die Fahnen, aus ihren Reihen tönt Singen und Lachen. Genosse Wedel begrüßt die Schar im Namen des Landesauschusses Sachsen der Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde und wünscht dem Kinderstaat, der sich im Geiste einer neuen Zeit, im Geiste des Sozialismus selbst verwalten, seine eigenen Rechte wahren soll, Sonne und Glück. Genosse Kammer (Leipzig) Präsident der „roten Republik“, und ein Vertreter des Gruppenverbandes der SPD Kößchenbroda entbieten ihren Gruß und „Freundschaft, Freundschaft!“ pflanzt sich der Ruf veranlagt durch die blaublühige Kunde fort.

### „Brüder zur Sonne, zur Freiheit“

und „Wann wir schreiten Seit' an Seiten“ und „Nie, nie wollen wir Waffen tragen“ — viel hundert frische, helle Stimmen schmetterten ihre Lieber in die sonnig blaue Luft, ein Leipziger Kindertrupp mit Zupf- und Streichinstrumenten, die prächtig gespielt werden und für

die musikalischen Stunden da oben im Lager viel Gutes versprechen, begleiteten den Gesang, und die Stadtkapella fällt schallend ein. Solch ein Singen und Klängen und Jubeln ist es, daß den Kößchenbrodaer Einwohnern die Mäuler offenbleiben.

Nach einem lustigen Akkord durch Straßen und Wald begeben sich alle Bürger des Ferienstaates zum „Parlamentsgebäude“. Das ist ein etwas kühner Name für ein Ballenhaus mit offeneren Wänden, roh gezimmerten Tischen und Bänken, aber kein steinerner Reichstagspalast kann stolzer gewürdigt werden, als das einfache Parlamentsgebäude der jungen Republik. Noch einmal nimmt Genosse Wedel das Wort: „Zieht unsre Fahne in den Wind, sie flünde, daß wir gläubig sind; sie flünde, daß wir eine Gemeinschaft; sie flünde, daß wir eine sozialistische Gemeinschaft sind.“ Die rote Fahne fliegt am Mast in die Höhe. Feterlich still ist es im blaublühigen Kreis, und „im Namen der Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde“ wird die rote Kinderrepublik Sachsen ausgerufen und mit einem dreifachen „Freundschaft“ begrüßt. Genosse Kammer, der Präsident, mußert seine Schar und erinnert sie an die vielen Kinder, denen nie erlaubt wird, einmal über sich selbst zu bestimmen. Die sozialistischen Eltern aber erlauben es; sie vertrauen ihren Kindern, sie wollen selbständige Kinder haben, die sich später einmal selbst regieren können. Freude an der Gemeinschaft, Ordnung, Einigkeit und Freundschaft sollen die Ferienwochen im Zeltlager gestalten helfen.

### Die roten Fahnen

verteilen sich über den weiten Platz. Blaue Blusen kriechen in die Zelte, Jungen und Mädel in Turnhosen und Badeanzügen tauchen nach einer raschen Verwandlung daraus hernor und machen sich an die Arbeit. Sowie gibt es zu tun! Zelte werden mit Gräben umgeben, Kaffee in großen Töpfen wird herangeschleppt, Blumen werden rund um die „Dörfer“ gepflanzt. Jedes Dorf hat etwa zehn Zelte, und aus sieben Dörfern besteht die Republik. Jedes Dorf wählt einen Bürgermeister und drei Delegierte, die das Parlament bilden helfen, denn sich jeder Staatsbürger freiwillig unterordnet. Keiner befiehlt, alle gehören den Gesetzen einer Gemeinschaft, die sich selbst verwalte. Das sollen Ferien werden! Ferien in Sonne, Licht und Freiheit gelaucht.

Die ersten Ballspieler lagen über die Wiese, die ersten Schwimmer paddeln im nahen Teich, überall lacht und singt es, in der Küche dampfen sieben riesenhafte Kessel, von Helfertinnen bedient, von ein paar hundert hungrigen Mädeln im Nu leergefutert. Der erste Ferientag scheint schon Wunder gewirkt, scheint die Augen blanzgeputzt, die Haut der Kinder gebräunt zu haben. Ungern nur wenden die Gäste, Eltern und Freunde der Kinder, der Ferienrepublik den Rücken, über deren grauen Fahnen zum erstenmal die Sonne untergeht. Lange noch tönt den Heimkehrern der lachende Lärm des Lagers in die Ohren, von fern grüßen die roten Fahnen, grüßt die Hoffnung auf eine neue Zeit, eine neue, freiere Menschheit. Weithin tönen, von frischen Kinderstimmen gelungen, die Worte: „Wir Kuser der Zukunft, wir sind der junge Staat.“

## Saatenstand im Freistaat Sachsen Anfang Juli 1929

(Mitgeteilt vom Statistischen Landesamt.)

Im Monat Juni trat nach einigen trübem, regnerischen Tagen eine vorwiegend warme, hellere Witterung von etwa zwei Wochen Dauer ein, die mit Beginn des „zweiten“ Monatsdrittels, nachdem zum erstenmal örtlich 30 Grad überschritten waren, in Folge von Raufstürmen wieder von einer Reihe kühlere, gemittelter und nieberschlagsreicher Tage abgelöst wurde. Dieser Witterungslauf begünstigte im allgemeinen die Entwicklung der Saaten, Winterroggen und -weizen stehen meist befruchteter, wenn sie auch im Stroh häufig kurz geblieben sind. Die Roggenhülse ist fast überall günstig verlaufen, und nur vereinzelt hat im letzten Monatsdritteln die Weizenhülse durch Gewitterregen gelitten. Starke Regengüsse brachten den Roggen vielfach zum Lagern. Die Wintergerste konnte die im Frühjahr erlittenen Schäden häufig nicht wieder ausgleichen, so daß über ihren dünnen, mangelhaften Stand aus weiten Gebieten des Landes berichtet wird. Sommergerste und Hafer stehen im allgemeinen befriedigend, wenn auch die längere Dauer trockenen Wetters sie in ihrer Entwicklung in trockenen Lagen und auf sandigen Böden aufgehalten hat. Auch bei ihnen tritt nicht selten bereits Lager auf. Nach, der durch die Trockenheit etwas gelitten hatte, erholte sich gegen Ende des Monats wieder. Die etwas lüdig aufgegangenen Kartoffeln haben sich ebenfalls nach den letzten Niederschlägen günstig entwickelt. Das gleiche trifft für die Rüben zu.

Für den Freistaat Sachsen wurden vom Statistischen Landesamt folgende Durchschnittsquoten des Saatenstandes errechnet (dabei bezeichnet 1 einen sehr guten, 2 einen guten, 3 einen mittleren, 4 einen geringen und 5 einen sehr geringen Stand): Winterweizen 2,5 (2,6), Sommerweizen 2,5 (2,8), Winterroggen 2,6 (2,8), Sommerroggen 2,6 (2,8), Wintergerste 2,9 (2,8), Sommergerste 2,5 (2,7), Hafer 2,6 (2,8), Lupinen 3,0 (3,0), Raps und Rübsen 3,0 (3,0), Flachs 2,7 (-), Frühkartoffeln 2,5 (2,4), Spätartoffeln 2,6 (2,8), Runkelrüben 2,8 (3,1), Zuckerrüben 2,7 (3,0), Ales 3,0 (3,4), Luzerne 2,7 (2,9), Be- (Ent-)wässerungswiesen 2,8 (3,2), andere Wiesen 3,0 (3,3). Die eingeklammerten Zahlen beziehen sich auf Anfang Juli 1928.

## Volksmusikwoche der Volkshochschule Sachsen

Rundgebung in Musfa.

Zum fünftenmal kamen sanges- und klangstrotzige Menschen aus allen Teilen Sachsens — zum größten Teil aus der Jugendbewegung — zu einer Volksmusikwoche zusammen. Diese fünfte Volksmusikwoche, die vom 29. Juni bis zum 7. Juli veranstaltet wurde, erreichte härter als die früheren die öffentliche Aufmerksamkeit. Einmal, weil sie auf der schwimmenden Jugendherberge Sachsen stattfand, die während der Woche von Wehlen nach Musfa und zurück nach Königstein geschleppt wurde, wobei das singende Schiff überall, besonders aber in den böhmischen Dörfern und Städten, mit Jubel begrüßt wurde. Zum andern dadurch, daß — zum erstenmal — die Ideen, die diesen Volksmusikwochen zugrunde liegen, über die Grenzen unserer Heimat hinausgetragen wurden.

Die Woche erreichte ihren Höhepunkt denn auch nicht wie die früheren bei der Schlussfeier, die in Königstein sein sollte, aber leider verregnete, sondern bereits am Mittwoch in einem öffentlichen Konzert in Musfa, das auf Einladung des dortigen Stadtrates erfolgte. An die 3000 Menschen kamen und standen dichtgedrängt um den Musikpavillon im Aufzger Stadtpark und begrüßten die Reichsdeutschen mit lebhaftem Beifall, der sich von Darbietung zu Darbietung steigerte. Der Leiter der Volksmusikwoche, Genosse Kurt Kämpf, Dresden, hatte es verstanden, in den vier Tagen, die zur Vorbereitung des Konzertes zur Verfügung standen, nicht nur über ein Duzend Vieder einzulüben, sondern auch die nach Alter, Temperament, Vorbildung und Herkunft so verschiedenen Menschen mit einer Einheit zusammenzuschmelzen. So erklang der Chor mit seinen alten Fahrern- und Liebesliedern

raß die Sympathien und den Beifall der Aufzger. Nicht minder gefiel die Instrumentalgruppe unter dem tüchtigen Genossen Kurt Weichenberger, Berlin, die leicht verständliche Musik aus dem 17. Jahrhundert bot. Den größten Beifall fanden die Volkstänze, die von 10 Paaren frisch und flott getanzt wurden.

So dürfte diese Woche wesentlich dazu beitragen, alle, die in dankenswerter Weise an ihrer Veranstaltung und Durchführung beteiligt waren, darin zu bekräften, an den als richtig und notwendig erkannten Aufgaben der musikalischen Volksbildung weiterzuarbeiten.

Kurt Heibaut.

## Lust- und Mordmord bei Freiberg

Der Täter verhaftet.

Wie wir berichteten, fanden Missetäter vor einigen Tagen im Rittergutswalde von Wegefahrt den unbekanntesten Leichnam eines jungen Mannes, der bestialische Verwundungen aufwies.

Die sofort angestellten Ermittlungen führten zur Verhaftung des Täters. Es handelt sich um den am 4. Juni 1901 zu Stettin geborenen Kaufmann Herbert Beder, der im Mai dieses Jahres zusammen mit dem Ermordeten bei einem Gutsbesitzer in Stellung war.

Hierzu erfahren wir noch folgendes:

Der Ermordete, der Arbeiter Erich Kurt Zellmer, befand sich seit November vorigen Jahres bei dem Gutsbesitzer Rudolf Zieger in Großlagen, Bezirk Lommschke, in Stellung. Am Sonntag, dem 7. Juli, verließ Zellmer seine Dienststelle in Großlagen, um sich mit seinem früheren Arbeitstollegen Beder in Kleinwaltersdorf bei Großschirma zu treffen. Von diesem Zeitpunkt an blieb Zellmer verschwunden. Das schwere Verbrechen hat Beder unmittelbar nach seinem Zusammenreffen mit Zellmer begangen. Ueber das Motiv der Tat will Beder dem Untersuchungsrichter nähere Angaben machen. Wie bis jetzt festgestellt werden konnte, war Beder ein Frauenfeind. Wegen Differenzen mit einer landwirtschaftlichen Angestellten hatte er die Arbeit bei Zieger in Großlagen aufgegeben, war aber mit Zellmer und der Arbeiterin in Briefwechsel geblieben. Nach der Tat an Zellmer schrieb er an diese Gutsarbeiterin und bestellte auch diese für Sonntag, den 14. Juli, nach seinem Aufenthaltsort. Inzwischen wurde aber Beder als der Mörder ermittelt und verhaftet. Der Ermordete soll zu dem Täter in näheren Beziehungen gestanden haben. Bei der Durchsicherung der Habe des Beder wurden die dem Zellmer geraubten Sachen gefunden. Die Beerdigung des Ermordeten fand am Sonntag in Wegefahrt statt.

Bereits Ende Juni fanden Missetäter im gleichen Rittergutswalde einen stark verwesten, unbekanntem, nackten männlichen Leichnam, der schon einige Monate dort gelegen hatte. Bisher konnten die Personalien dieses Toten noch nicht ermittelt, sowie seine Kleidungsstücke nicht herbeigeführt werden. Man nahm an, daß dieser tote Selbstmord begangen habe. Ob Beder auch hier seine Hand im Spiel gehabt hat, dürfte bald aufgefärt sein.

**Baugen.** Der geheimnisvolle Tod im Riosett. Freitag nacht wurde in der Artilleriekaserne in der ältesten Wohnung der 14jährige Sohn des Zollbeamten Selbig nach dem Ziehen der Wasserleitung tot aufgefunden. Man nahm an, daß er durch elektrischen Strom, der irgendwie in die Wasserleitung gekommen war, getötet worden sei. Die nun vorgenommene Sektion der Leiche durch den Gerichtsarzt ist in gewissem Sinne ergebnislos verlaufen.

**Musfa.** Von einem Motorradfahrer umgerissen. In einer Straßenkreuzung wurde der 75 Jahre alte Rentempänger Julius Klemm von einem Motorradfahrer umgerissen. Er wurde mit einer Gehirnerschütterung ins Krankenhaus gebracht, wo er in lebensfähigem Zustande danteliegt.

## Der beleidigte Proturist Gottes

Man ahnt gar nicht, wie es so in den hinterwäldlerischen Dörfern Bayerns aussieht, wenn man nicht mal selber dort gewesen ist. So würden Herr Pfarrer, herrschen uneingeschränkt; und ist gar noch der Herr Lehrer, wie meist, auf seiner Seite, dann wehe dem armen Bauern, der es wagen würde, gegen den Stellvertreter Gottes auf Erden aufzumucken! Da liegt die starke Wurzel der katholischen Herrschaft: in der hypnotischen Urteilseinschränkung bei den von ihr beherrschten Seelen. Es ist eine richtige Schreckhypnose, mit der die Pfaffen arbeiten; die Drohung, daß eine Revolte im religiösen Erziehungshaus den Verlust des Himmelreichs nach sich ziehe, wirkt auf die primitiven Bauern noch. Es ist, wie wenn ein Räuber einen harmlosen Passanten mit einem hölzernen Revolver in Schach hält; der Revolver schießt ja gar nicht; aber der Ueberfallene rückt doch aus Angst die Geldbörse heraus.

Da hat in einem kleinen oberbayerischen Nest der Ortshochwürden ein neues Pfarrhaus für 20000 Mark bauen lassen. Die dem Seelenhirten anvertraute Herde mußte zum Bau die Hälfte bezahlen. Deshalb wurde die Kirchensteuer erhöht; ein Bestuhl, die die Bauern immer pro Jahr mieten, kostete nicht mehr 400, sondern 700 Mark. Die Bauern bemerkten plötzlich, daß sie einst in ihrer Schulzeit das Einmaleins gelernt hatten; und sie belagerten rochennderweise heraus, daß bei jährlich 70 Kirchgängen jede einseitige Unterhaltung mit Gott 10 Mark, bei nur 35 Gotteshausbesuchen aber gleich 20 Mark kostete! Das fanden sie zu teuer; und ein kleiner Bauer wurde zum Michael Rothhaas der Gemeinde und sprach es laut aus, was die andern nur dachten: daß es eine Schweinerei sei, daß Hochwürden die Rechnungsbücher über den Pfarrhausbau der Gemeinde unterzöge.

Hochwürden war sehr freitbar. Bei der nächsten Sonntagspredigt sagte er sämtlichen Gemeindegliedern von der Kanzel herab gleich gründlich die Wahrheit. Ein Wort gab das andere; das Ende war ein Beleidigungsprozeß des freitbaren Epistulus gegen den kleinen Bauer, der schließlich sogar in die zweite Instanz vor das Schöffengericht nach München kam. Ein feiner Weibschmeißel ging von Hochwürden aus, als dieser, gänzlich unpazifistisch, ein freitbarer Christ vom Scheitel bis zur Sohle, seine Anklagen gegen die konstanten Bauern hervorkehrte. Diese wiederum waren auch nicht müßig. Es kam heraus, daß

Hochwürden die Kanzel mißbrauchte, um alle bäuerlichen Klatschgeschichten, die er erfuhr, vor der Gemeinde breitzutreten.

Die Folge davon waren endlose Prozesse; vor Gericht wurde festgestellt, daß die ganze Gemeinde nicht entfernt sozial Prozesse geführt hat wie Hochwürden in drei kurzen Lebensjahren.

Der Bauer mußte wegen formaler Beleidigung verurteilt werden. Dieser Sieg des Gottesmannes ist teuer erkauft. Manche Bauern haben als Zeugen ausgesagt, daß sie schon seit Jahren nicht mehr in die Kirche gingen. Und wenngleich sie heute noch denken, daß das eine schwere Sünde sei, so kommt ihnen doch langsam die Einsicht, daß es sehr irdische Dinge sind, für die ihre freitbare Kirche kämpft. Sie beginnen zu begreifen, daß sie den wahren Himmelsreich Weg in künftigen Himmelreich mit wirklichem Gelde auf dieser Erde überbezahlen; und daß sie den angeblichen Seelenfrieden im Jenseits mit echtem Dorfkatsch und Unfrieden im Diesseits erkaufen müssen.

Vor wenigen Jahren noch wäre es unmöglich gewesen, daß ein katholischer Bauer vor Gericht gegen den Stellvertreter des Herrn aufgetreten wäre. Die Kritik hat sich bereits an seinen Proturisten gewagt und ihn als kleinen, machtsüchtigen, habgierigen Menschen entpuppt; wie lange noch wird es dauern, bis der Chef selber dran kommt, und die Säulen des Himmels als Luftspiegelung erweisen?

# Aus Nah und Fern

## Zwei Schnellzüge fahren aufeinander

WB Brunn, 15. Juli.

Am Bahnhof Bohuslavitz auf der Strecke Brunn-Trebnitz fuhr heute nachmittags gegen 15 Uhr ein von Brunn kommender mit einem nach Brunn gehenden Schnellzug zusammen. Die Lokomotiven der beiden Züge schoben sich ineinander, drei Wagen entgleisten. Ferner wurden ein Pullman- und ein Dienstwagen teilweise zertrümmert.

Der von Brunn abfahrende Schnellzug hatte bereits vor dem Zusammenstoß einen Unfall zu verzeichnen. Kurz nach 2 Uhr hatte er ein Fuhrwerk überfahren, wobei der Kutscher und das Pferd getötet worden waren.

## Nur geringer Sachschaden — 25 Verletzte

WB Prag, 15. Juli.

Bei dem Zusammenstoß der beiden Schnellzüge im Bahnhof Bohuslavitz wurden 20—25 Reisende und Eisenbahner leicht verletzt. Der Sachschaden ist gering. Bei dem Zusammenstoß fuhr der nach Brunn bestimmte Schnellzug auf den im Bahnhof stehenden Gegen-Schnellzug auf. Der Unfall, der auf falsche Weichenstellung zurückzuführen ist, hat keinen größeren Umfang angenommen, weil die beiden Lokomotivführer die Gefahr rechtzeitig bemerkten. Der Lokomotivführer des anfahrenden Schnellzuges bremste scharf, während der Führer des stehenden Zuges sofort Gegenstopp gab, so daß der Zusammenstoß stark gemildert wurde. Die beiden Schnellzüge konnten nach Auswechslung der Maschinen mit zweistündiger Verspätung ihre Fahrt fortsetzen. Auch die meisten Verletzten konnten die Reise fortsetzen.

## Grubenbrand in Westfalen

### 4 Bergleute eingeschlossen — Betrieb ruht

WB Essen, 15. Juli.

In der vergangenen Nacht ist in einem Blindschacht der Zeche „Katharina“ in Kray auf der linken Sohle aus bisher noch nicht gekannter Ursache ein großer Grubenbrand ausgebrochen, der trotz sofort eingeleiteter Rettungsmaßnahmen im Laufe des Montagvormittags an Ausdehnung zugenommen hat und bereits zum Hauptgang der vierten Sohle eingedrungen ist. Es sind vier Bergarbeiter abgegraben, über deren Schicksal noch Unklarheit besteht. Nach einer Mitteilung des Oberbergamtes in Dortmund sind weitere Menschenleben nicht in Gefahr. Die Bergleiste der Schachtanlage muß vorläufig stillgesetzt werden.

WB Essen, 15. Juli.

Der bereits gemeldete Brand auf der Zeche Katharina in Kray entstand im Revier I des Westfeldes gegen vier Uhr bei Auswechslungsarbeiten auf der 4. Sohle. Er verbreitete sich überaus rasch über den ganzen Schacht, einen Querschlag und die anschließende 500 Meter lange Wetterstrecke. Das ganze Grubenfeld war alsbald von dichten Rauchschwaden angefüllt. In den Rettungsarbeiten beteiligten sich außer der Rettungsabteilung der betroffenen Grube Abteilungen von Bonifatius, Rhein-Elbe und Prosper. Durch die Rauchschwaden wurden zwei Zimmerleute abgegraben. Ein Bergarbeiter, der Rettungsversuche unternahm, kam ebenfalls nicht wieder. Außerdem wird der im Revier tätige Wetterkontrollleur vermißt. Den Rettungsarbeiten ist es trotz Hinzunahme ihrer eigenen Sicherheit bis heute um 22 Uhr nicht gelungen, durch den ungeheuren Rauch in die lange Strecke einzudringen, so daß an eine Bergung der vier Vermissten noch nicht zu denken war. Das ganze betroffene Grubenfeld mußte vermauert werden; für den übrigen Teil des großen Feldes besteht jedoch keine Gefahr. Die Morgen- und Mittagschichten konnten nicht anfahren.

## Die „Antifiskalischen“

Herr Stinnes hat Pech. Wie nett hatte er sich das ausgedacht, den überzumpelten Biedermann zu spielen! Den Ahnungslosen, der hineingefallen war in die Falle, die ihm dunkle Ehrenmänner gestellt hatten —. Mit welchem Eifer war Herr Lisberg, der Verteidiger, und auf dieser Tour bravouröse Akten geritten. — So ungefähr auf der Linie: „ladellose Familie“, distinguiertem schwerreicher Geschäftsmann, wie wird er da wohl —! Aber Herr Lisberg denkt und die Staatsanwaltschaft lenkt —

Dr. Berliner, der 8 Stunden plädierte und dabei dem Anklabengel Hugo Stinnes festig zu Leibe ging, hat die krummen Wege bloßgelegt, die Hugo Stinnes von der neuen zur alten Kriegsanleihe gewandelt ist. Mag der Verteidiger nun auch mit noch so viel Scharfsinn für seinen Klienten auf Freispruch plädieren — das wird eine ritterliche oder eine Berufserfüllung, bestimmt keine Fanfare mehr sein!

Herr Stinnes hat betrogen wollen, und diese Tatsache wird man nicht mehr wegdiskutieren können —, auch mit Engelszungen nicht! Es ist kein kleines Sümmchen, um das der Star des Kriegsanleiheprages den Staat zu schädigen beabsichtigte; es waren immerhin mehrere Millionen, die sich der gute Mann von dem kleinen Abstrecher ins Kriminelle versprach.

Der Coup mißglückte; bei allem Raffinement, mit dem man sich um die bewußte „Lücke im Gesetz“ bemühte, vergaßen die Herren, daß schließlich auch das Gesetz seine Wurzeln hat. Nun sitzen sie auf der Anklagebank: Hugo Stinnes, der subalterne, schone Mensch, mit den träuberischleierten Augen; Herr Groß, der bebrüllte „Wissenschaftler“ des fröhlichen Schwindlerclubs; Eugen Hirsch, der so breit und wuchtig dahinfährt, wie ein gutnotierter Börsenwert; Herr Rothmann mit dem gutdunkleren Vordach und den stehenden Augen; der ehemalige L. u. L. Leutnant Schneider und Herr v. Waldow, der Sekretär von Stinnes, der heute so hartnäckig leugnet, was er einst gestanden hat.

8 Monate Gefängnis lautet der Auftrag für Stinnes. Der ist doch einigermaßen erschreckt. Etwas wie Erstaunen malt sich in seinen Zügen. Der Ankläger hat ein nettes Wort geprägt, — das Wort von der

### „antifiskalischen Gesinnung“

des Herrn Stinnes. Aber mit Verlaub, — da muß man den Angeklagten fast in Schutz nehmen. Ist er denn hierin irgendwie eine Sondererscheinung? War denn diese „antifiskalische Gesinnung“ — wie distret ist das übrigens formuliert! — nicht schon immer ein hervorragender Charakterzug von ihm und seinesgleichen? — Antifiskalismus, Steuerhosen, Steuerbetrug —: ist das nicht eine in guls- und bestützten Kreisen sehr verbreitete Eigenschaft?

Stinnes Betätigung auf diesem Gebiet entsprach der Tradition, der Tradition seiner Familie —, der Tradition seiner Berufssphäre —. Wie man sieht, hat der Staatsanwaltschaftsrat hier in ein Wesenstest gestochen. Der Stinnes-Prozeß hat grade in dieser Richtung ungemein interessante Fingerzeige gegeben. Es würde sich schon lohnen, einige andere „Antifiskalische“ näher kennen zu lernen, — vielleicht in Mosbit! Kaiser Blüch.

## Volkshaus Leipzig

Spezialgericht. Heute: Weiße Bohnen mit Pökelschweinbauch 75 Pfg. Gefüllte Kalbsbrust mit Kompott 1.15 Mark. Schlachtfest Beefsteak m. Brühkartoffeln 1.00

## FAMILIEN-NACHRICHTEN

### Statt Karten.

Für die vielen Beweise liebevoller Teilnahme beim Hinscheiden unseres geliebten, unvergeßlichen Entschlafenen, des Herrn

## Fleischerstr. Emil Richter

sagen wir allen Verwandten, Bekannten und Kollegen innigsten Dank. Ganz besonders Dank Herrn Pfarrer Buchwald für die trostreichen Worte am Grabe.

Leipzig W 35, Kaiserstraße 21

In tiefer Trauer  
Ida verw. Richter geb. Herold  
im Namen aller Hinterbliebenen.

Am 14. Juli 1929 verschied nach langem, schwerem Leiden. im Alter von fast 47 Jahren, meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante:

## Frau Ida Eichhorn geb. Qultzsch

Leipzig S 3, Bornalsche Straße 31

In tiefem Schmerz  
Otto Eichhorn und Kinder

sowie im Namen sämtlicher Hinterbliebenen. Eineinschierung findet am 18. Juli, nachm. 2 Uhr, auf dem Südrichthof statt. — Freundlichst zugedachte Blumenspenden werden dankend abgelehnt.

## Dr. med. H. Bach

verrätet bis 25. August  
Gellort-Vertrater: Dr. Dörfeldt,  
strasse 4, Johannisplatz 1.

## Der Dietz-Verlag in Berlin

veranstaltet für die Zeitschriften

„Die Frauenwelt“ und  
„Der Wahre Jakob“

## Reichswerbetage

vom 15. bis 31. Juli 1929

Während dieser Tage geben wir für interessanten Probe-Nrn. gratis ab

Leipziger Buchdrucker AG.  
Abteilung Buchhandlung, Tauchaer Straße 19/21  
und deren Filialen

## Gummi-Klose

Zur besten Körperpflege  
Kloseform  
das ideale Spülmittel alle  
Frauendouchen, Spülapparate  
in allen Preislagen  
Separate Damenbedienung

LEIPZIG-HAINSTR. 17-19

## Unerhört billig

verkaufen wir nur morgen  
im Rahmen unseres Saison-  
Ausverkaufes

## Sandalette

In Qualität, mit Leder-  
futter, solid. Straß-  
schuh, div.  
Farben  
alle  
Größen



nur  
**6**  
85

Große Auswahl in billigen Kinderschuh

## Hönigsberg

Königsplatz 7  
Hainstraße 14-16,  
Königsplatz 7

Peterssteinweg 12  
Hainstraße 31  
Windmühlenstraße 24  
Kolonnadenstraße 32 • Täubchenweg 18 • Dieckstraße 21 (Kleinzs.)

## Germania-Bad

Schleußiger Weg — Telefon 32303



## Billige Ferien-Dauerkarten

gültig bis 15. September  
Täglich Lenzola-Konzert  
Schwimm-Unterricht

Das Bad ist geöffnet von früh 6  
bis abends 8 Uhr

# Aus dem Reich der Technik

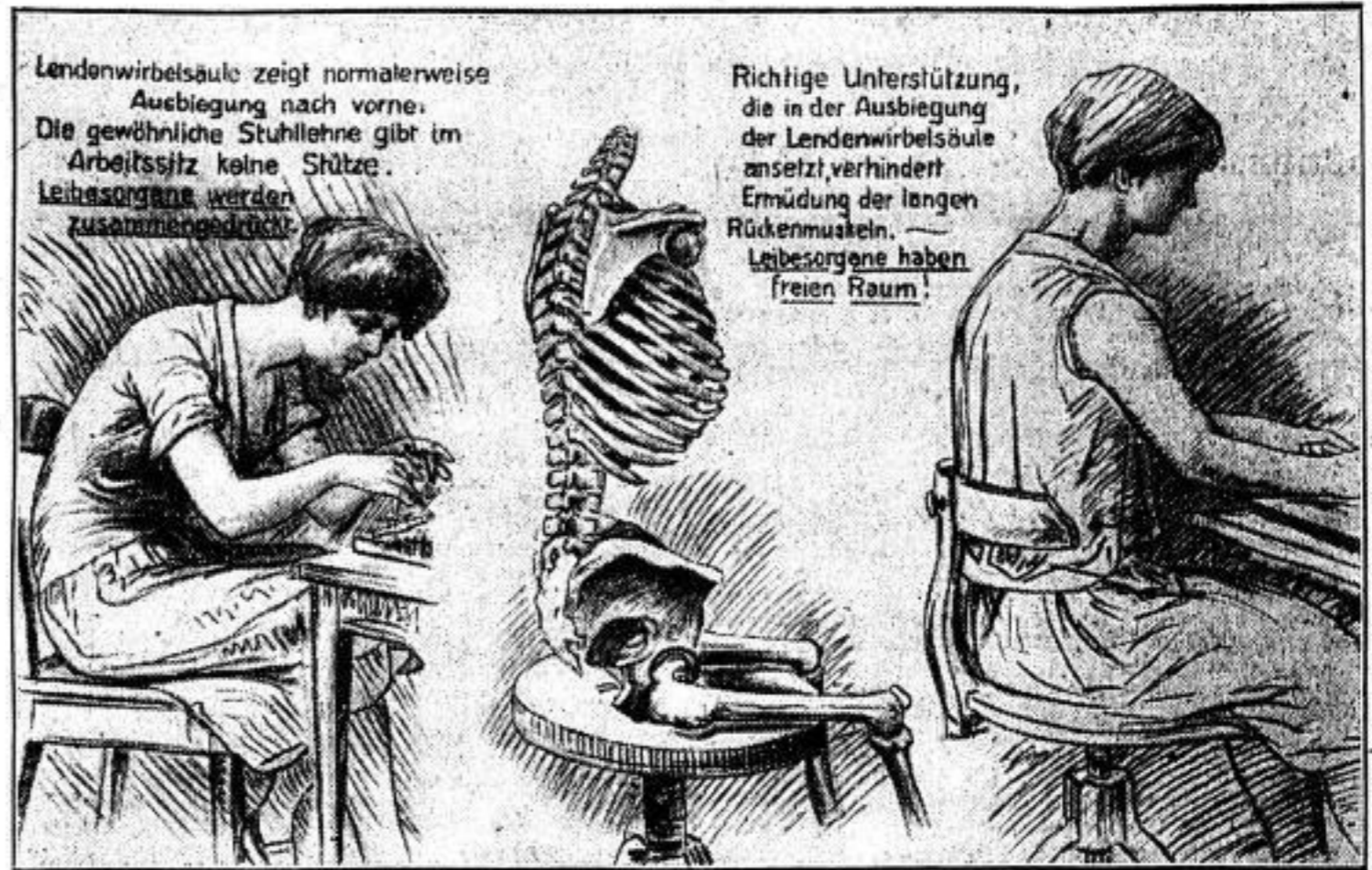
## Arbeitssitz und Arbeitstisch

Sozialpolitik als Quelle der Leistungssteigerung

In der deutschen Industrie war es einmal ganz allgemein so: Wenn jemand irgendetwas fabrizieren wollte, so suchte er ein irgendwo leerstehendes Gebäude. Darin wurden die Maschinen montiert. Ganz zufällig eine Auktion alter Möbel statt, so wurden Arbeitstische und Arbeitssitze billig erstanden. Die Billigkeit machte dabei alles aus. Inwieweit Arbeitssitz und Arbeitstisch der Eigenart der Fabrikation entsprachen, war völlig Nebensache. Auf die beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen nahm man keine Rücksicht. Sie konnten sich mit unzulänglichen Arbeitsräumen, unzulänglichem Arbeitsgerät und nichtpassenden Stühlen und Tischen abfinden. Die Arbeitskraft war eine Ware, die man nicht zu schätzen wußte. Man kaufte sie, wie Arbeitstische und Arbeitssitze auf der Auktion, möglichst billig und nutzte sie nach Strich und Faden aus. Ausnutzung der Arbeitskraft bis zum äußersten, das war oberstes kapitalistisches Gesetz. Zur Pflege der Arbeitskraft, zur Sozialpolitik, bequemte man sich nur so weit, wie man gefehlich und polizeilich gezwungen wurde. Die Sozialpolitik als Quelle der Leistungssteigerung war noch nicht erkannt. Selbst die Wissenschaft hatte darüber noch höchst unvollkommene Vorstellungen.

Seitdem ist es etwas anders geworden. Die wissenschaftliche Forschung hat den engen Zusammenhang zwischen Arbeitskraft und Arbeitsleistung festgestellt. Auf Grund der arbeitspsychologischen Erkenntnisse stellt eine vernünftige Betriebsverwaltung nicht irgendeinen Menschen an eine bestimmte Arbeit; man legt heute darauf Wert, daß die Veranlagung des Arbeiters den Anforderungen der Arbeit entspricht, die er verrichten soll. Die Berufsberatung hat hier auf vielen Gebieten Gutes gewirkt. Man weiß auch, daß der Leistungssteigerung durch Ermüdung eine Grenze gesetzt wird und sorgt dafür, Ermüdung des Arbeitenden zu vermeiden. Arbeitsgerät, Arbeitstisch und Arbeitssitz werden der Fabrikation angepaßt, auf den Arbeitenden eingestellt. Die wissenschaftliche Erkenntnis hat dazu geführt. Man fängt an, die Sozialpolitik als Quelle der Leistungssteigerung anzuerkennen. Jedoch steckt die Entwicklung erst in den Anfängen. In den meisten deutschen Betrieben sieht es leider immer noch so aus, wie wir oben geschildert haben. Bei den Betrieben, in denen es anders geworden ist, handelt es sich immer noch um Spitzenbetriebe.

In Berlin ist vor kurzem im Deutschen Arbeitssitz- und Arbeitstisch-Museum eine Sonderausstellung „Arbeitssitz und Arbeitstisch“ eröffnet worden. Der Zweck der Ausstellung ist, die gesundheitlichen Auswirkungen von zweckentsprechend ausgestatteten Arbeitssitzen und Arbeitstischen zu zeigen und die durch Vermeidung von unnötigen körperlichen Anstrengungen zu erzielenden Leistungssteigerungen zu veranschaulichen. Der besondere Wert der Ausstellung liegt darin, einen Überblick über den augenblicklichen Stand der Bestrebungen zu geben und zwar in der Weise, daß die an den verschiedenen Stellen bereits gemachten Erfahrungen einem größeren Kreis zugänglich gemacht werden. Allen denjenigen Industrie- und Gewerbebetrieben, die dieser Frage bisher vielleicht nur geringe Beachtung geschenkt haben, sollen durch die Ausstellung Anregungen gegeben werden. Anzustreben ist, daß überall, wo die Arbeitsausführung es zuläßt, zweckmäßig gestaltete Arbeitsplätze vorgesehen werden, und daß insbesondere auch Arm- und Fußstützen und sonstige Hilfseinrichtungen geschaffen werden, die eine vorzeitige Ermüdung vermeiden. Unser 1. Schaubild zeigt eine



Unterstützung der Lendenwirbelsäule

Abteilung der Ausstellung. Links sehen wir ein altes Bureaustuhl, der jeden geradezu ermüden muß, der an ihm arbeitet. Rechts befindet sich ein modernes Schreibpult. Hingewiesen sei auch auf den Unterschied in der Beleuchtung. Unser 2. Bild zeigt links den unrichtigen und rechts den richtigen Sitz einer Stenotypistin.

Leider kann man nicht sagen, daß alles gelan ist und gelan wird, um derartige Katastrophen zu beseitigen oder auf ein Mindestmaß zu reduzieren.

Sicherlich ist die Reichsbahn gewillt, alles zu tun, um eine sichere Transportführung sicherzustellen. Sie hat das gerade in den letzten Wochen sehr häufig betont. Es hat auch nicht an guten Vorschlägen für eine erhöhte Betriebssicherheit gefehlt. So sind ohne Zweifel wesentliche Fortschritte durch Vervollkommenung der Signalanlagen erzielt worden. Auch die Versuche mit der elektrischen Signalübertragung haben bisher zu sehr guten Ergebnissen geführt. Aber alle diese Verbesserungen, so schön und vollkommen sie auch sein mögen, kosten viel Geld und erfordern bis zu ihrer Fertigstellung sehr viel Zeit. Daran mag es wohl auch liegen, daß die Reichsbahngesellschaft ihre guten Pläne noch nicht verwirklicht hat. Die Öffentlichkeit kann und darf aber nicht warten. Es muß untersucht werden, ob es nicht andere Mittel gibt, mit denen sich die notwendige Betriebssicherheit schneller und sparsamer erreichen läßt.

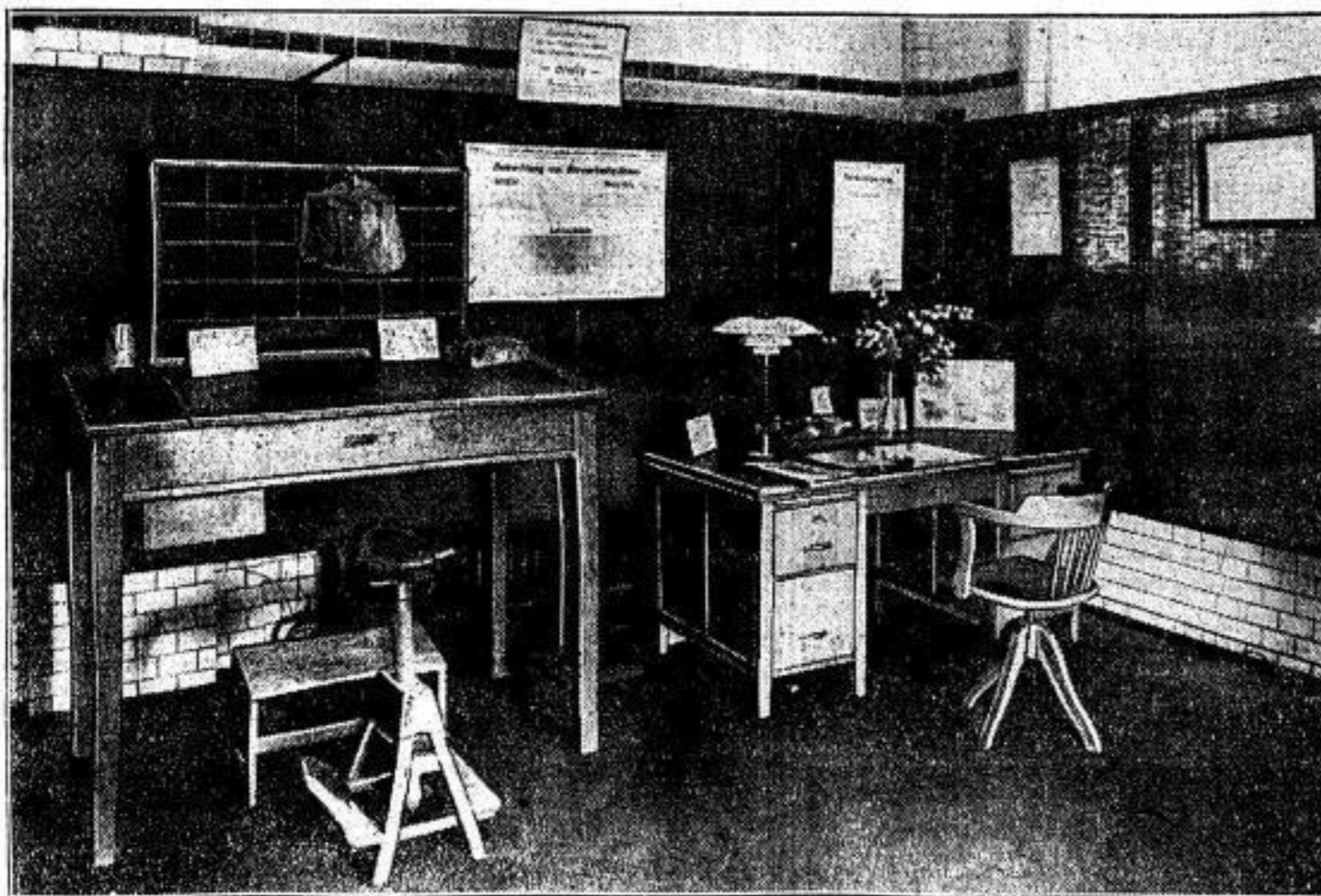
Wenn man den einzelnen Unglücksfällen auf den Grund geht, so zeigt sich immer wieder, daß sie auf die Unübersichtlichkeit der Strecke zurückzuführen sind; insbesondere ergibt sich als Ursache die unvollkommene Beleuchtung der Lokomotiven. Man fragt sich, warum unsere Lokomotiven nicht mit elektrischen Scheinwerfern ausgerüstet werden. Wäre das der Fall, dann hätte das Zugpersonal die Möglichkeit, die Signale oder etwaige unvorhergesehene Hindernisse rechtzeitig zu erkennen und den Zug zum Stehen zu bringen. Andererseits würde das Publikum vor dem Herannahen des Zuges durch den Zug selbst rechtzeitig gewarnt. Die Ausrüstung der Lokomotiven mit elektrischen Scheinwerfern ist ein einfaches und vor allem ein wenig kostspieliges Mittel für die Erhöhung der Betriebssicherheit. Der Beschaffungspreis ist tatsächlich so gering, daß er sich in ganz kurzer Zeit bezahlt macht. So muß die Reichsbahngesellschaft infolge des Urteils in dem oben erwähnten Prozeß 80 000 Mark zahlen. Für diese 80 000 Mark könnten rund 45 Lokomotiven mit elektrischen Scheinwerfern ausgerüstet werden. Man versteht die Reichsbahngesellschaft nicht, wenn sie dieser Frage bisher nicht die erforderliche Aufmerksamkeit zugewandt hat. Die elektrischen Scheinwerfer sind seit langer Zeit bei einer Reihe von Kleinbahnen eingeführt und haben sich sehr gut bewährt.

### Elektrische Scheinwerfer für Sicherung der Bahnübergänge

Vor einigen Tagen hat das Reichsgericht die Deutsche Reichsbahngesellschaft in einer Schadenersatzklage zur Zahlung von 80 000 Mark verurteilt. Solche Schadenersatzklagen beschäftigen die Gerichte in letzter Zeit sehr häufig. Ein Kraftwagen wollte einen schrankenlosen Bahnübergang überqueren. Er wurde von der Lokomotive erfasst und zertrümmert. Der Wagen war mit 8 Personen besetzt. Mit der Verurteilung der Reichsbahngesellschaft zum Schadenersatz kann sich die Öffentlichkeit nicht beruhigen. Vielmehr wird die Frage dringend, wie die unbewachten Bahnübergänge bestmöglich gesichert werden können. Die intensive Verkehrsentwicklung bedingt eine Steigerung der Juggeschwindigkeit und eine Verdichtung der Zugfolge. Damit werden die unbewachten Bahnübergänge immer größere Gefahrenpunkte. Gefordert werden muß Anwendung aller Mittel, um sie auszuschalten.

### Signale an Eisenbahnübergängen

In Minneapolis sind viele selbsttätige, halb selbsttätige und Handsignale an den Uebergängen der Eisenbahnen über die Straßen aufgestellt. Am häufigsten ist das Griswold-Signal, das für zwei Stellungen „Halt“ und „Frei“ beweglich eingerichtet ist. Nähert sich ein Zug, so ist die achteckige, gelb beleuchtete Scheibe mit der Aufschrift „Halt“ der Straßenflucht zugewandt; ist der Uebergang frei, so ist die Scheibe um 90 Grad um die senkrechte Achse gedreht und zeigt „Frei“. Ein kleiner Motor bringt sie in diese Stellung in der sie mittels eines Magneten festgehalten wird. Dagegen wird sie in die Haltstellung mittels eines Gewichtes wieder zurückgeführt, nachdem der Magnet ausgehört worden ist. Zu beiden Seiten unterhalb der Scheibe sind Blinklichter über ihr zwei beleuchtete gekreuzte Arme angeordnet mit der Aufschrift „Eisenbahnübergang“. Die Signale mehrerer Eisenbahnübergänge werden von einem Turm aus überwacht und bedient. An weniger verkehrsreichen Uebergängen bedient man sich feststehender Blinklicht- und sogenannter „Wag-Wag“-Signale mit Glocke, die teils vom Zug selbsttätig, teils mit der Hand bedient werden.



Alter und neuer Bureauarbeitsplatz